



Suchergebnisse: Protest

1230 – Freunde der Franziskaner dürfen Geld sammeln und verwalten

Rom-Lateran * Die regierenden Päpste wirken mildernd auf die Franziskaner-Ordensregeln ein und setzen die Praxis durch, dass Freunde des Ordens der Minderbrüder Geld sammeln und verwalten dürfen. Die Spiritualen wenden sich zwar scharf dagegen, werden aber dafür verfolgt, eingekerkert und sogar erschlagen. Ihr Protest kann jedenfalls die Konventualen nicht bremsen.

27. Oktober 1307 – Papst Clemens V. protestiert gegen den Gebrauch der Folter

Avignon * Papst Clemens V., der ja eigentlich die direkte Gerichtsgewalt über die Templer hat, zeigt sich lediglich gekränkt und schreibt: „Euer überstürztes Vorgehen ist eine Beleidigung gegen Uns und die römische Kirche.“ Gleichzeitig protestiert er gegen den Gebrauch der Folter.

August 1378 – Papst Urban VI. regiert sehr autokratisch und unerbitterlich streng

Rom-Vatikan * Papst Urban VI. regiert sehr autokratisch und unerbitterlich streng. Insbesondere die elf französischen Kardinäle und der Spanier Peter von Luna rücken daher von ihm ab und monieren, dass die Wahl unter Zwang stattgefunden und der Gewählte sich zudem als „unfähig und geisteskrank“ erwiesen hat - und erklären ihn für abgesetzt. Papst Urban VI. ernannt daraufhin 29 neue Kardinäle, wodurch das Kollegium erheblich vergrößert wird. Dagegen protestieren nun auch italienische Kardinäle, denn üblicherweise entscheiden Papst und Kardinäle gemeinsam über die Ernennung neuer Purpurträger. An einer Ausweitung des Kreises haben die Kardinäle kein Interesse, weil die Einkünfte des Kollegiums dann auf mehr Köpfe verteilt werden muss.

20. September 1378 – Zwei Päpste konkurrieren untereinander

Fondi * Die protestierenden Kardinäle verlassen den päpstlichen Hof, schließen sich mit den Franzosen zusammen und wählen in Fondi Robert von Genf zum Papst Clemens VII.. Damit ist das Schisma besiegelt: Zwei Päpste konkurrieren um den Anspruch, der „wahre Inhaber der kirchlichen Höchstgewalt“ zu sein. Das Abendländische Schisma unterscheidet sich gegenüber früheren Kirchenspaltungen fundamental. Waren es in vergangenen Zeiten meistens Könige und



Kaiser, die im Streit mit dem Papst ihnen genehme Gegenpäpste einsetzten, so war die jetzige Trennung aus der Mitte der Kirche entstanden. Außerdem gleicht es einem revolutionärer Akt, dass sich das Kardinalskollegium selbst die Kompetenz zusprach, einen Papst abzusetzen und einen Nachfolger zu wählen. Frankreich, England und Spanien erklären Clemens VII. zum rechtmäßigen Papst. Das deutsche Reich ist uneins, aber Kaiser Carl IV. und sein Nachfolger Wenzel unterstützten Urban VI., ebenso Schottland, Ungarn und weitere Territorien.

Juli 1523 – Ein Bäckerknecht wird wegen seines lutherischen Glaubens enthauptet

München * Ein namentlich nicht bekannter Bäckerknecht wird wegen seines lutherischen Glaubens mit dem Schwert enthauptet. Es ist dies die erste in München verhängte Todesstrafe wegen des neuen Glaubens.

24. Februar 1530 – Kaiser Carl V.: „Die lutherische Ketzerei in Deutschland ausrotten“

Rom-Vatikan * Kaiser Carl V. gibt Papst Clemens VII. das Versprechen, „die lutherische Ketzerei in Deutschland mit Stumpf und Stil auszurotten“.

14. Juni 1530 – Kaiser Carl V. verlässt München in Richtung Augsburg

München - Augsburg * Kaiser Carl V. und sein Gefolge verlassen München in Richtung Augsburg, wohin er einen Reichstag einberufen hat. Dort sollen die Religionsparteien geeinigt werden, doch der Kaiser will „die lutherische Ketzerei in Deutschland mit Stumpf und Stil ausrotten“. Denn genau dieses Versprechen hat er am 24. Februar 1530 Papst Clemens VII. ja gegeben.

2. April 1553 – Das berühmte Bier aus Einbeck kommt in München an

München * Die Lieferung mit dem berühmten Bier aus Einbeck kommt in München an. Sie ist seit dem 2. März auf 600 Kilometer lange Wegstrecke. Als Spediteure fungieren Nürnberger Handelshäuser, die damit gutes Geld verdienen. Die lange Reise des Edelstoffes aus dem protestantischen Norden ändert nichts an der dunklen Farbe des Bieres; auch der kräftige Geschmack bleibt erhalten und selbst die nicht geringen Alkoholprozentage kommen unverändert in München an. Doch eines hat sich während der langen Reise massiv verändert: der Preis.



Das Bier verteuert sich durch die weiteren Belastungen an Zehrung für die Mannschaft und die Pferde sowie durch die Zölle und Mauten auf etwa das Dreifache.

25. September 1555 – Die religiös-politischen Verhältnisse im Reich werden regelt

Augsburg * Auf dem Augsburger Reichstag wird ein Reichsgesetz verkündet, das die religiös-politischen Verhältnisse im Reich regelt und damit die Glaubensspaltung festschreibt. Im Augsburger Religionsfrieden werden lutherische Protestanten - nicht die Reformierten - den Katholiken reichsrechtlich gleichgestellt. Der Landesherr kann über die Konfession seiner Untertanen bestimmen. Andersgläubige dürfen das Land verlassen. Später wird der Grundsatz auf die griffige Formel „Cuius regio, eius religio“ [„Wessen die Herrschaft, dessen Glaube (gilt)“] gebracht.

1556 – Georgskirche für den Laienkelch vorgesehen

Bogenhausen * Mit dem Auftauchen des protestantischen Gedankenguts im Herzogtum Bayern kommt die Bogenhausener Georgskirche kurzfristig in die engere Wahl für die Abgabe des sogenannten Laienkelchs, worunter man die Kommunion in beiderlei Gestalt - also Wein und Brot - versteht. Der Bayernherzog Albrecht V. musste auf dem Landtag im Jahr 1556 der Forderung der Stände nachgeben und den Laienkelch straffrei stellen.

1560 – Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung zugenommen

Europa * Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung nach 1560 stark zugenommen. Der Mechanismus einer Agrarkrise lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen: Das Ergebnis einer klima- oder unwetterbedingten Missernte ist die Verknappung der Grundnahrungsmittel, was bis ins 19. Jahrhundert hinein immer das Brotgetreide betrifft. Die unmittelbare Folge davon ist eine Teuerung, die dazu führt, dass große Teile der Bevölkerung hungern oder an Unterernährung leiden. Dieser verschlechterte Allgemeinzustand bewirkt oft das Auftreten von epidemischen Krankheiten oder eine stark erhöhte Krankheitsanfälligkeit. Dieser Zyklus dauert bis zur nächsten Ernte, also bis zum Spätsommer des folgenden Jahres. Folgt aber in der Zwischenzeit eine weitere Missernte, erhöht sich der Schaden um ein Vielfaches. Die Perioden der Teuerung treten um das Jahr 1560 häufiger auf und dauern länger. Diese Hungerkrisen betreffen große Teile Europas, weshalb neue Hexenverfolgungen beginnen und in den verschiedenen Ländern zu einer Verschärfung der Hexen-Gesetzgebung führen. Die



Verfolgung der Hexen ist nicht von der konfessionellen Überzeugung der Verfolger abhängig. Auch drängen sich nach der Reformation die katholisch gebliebenen Gebiete - wie man gerne unterstellt - nicht in den Vordergrund. Im Gegenteil: In Spanien hat sich die Inquisition seit dem Jahr 1526 auf eine sehr gemäßigte Position zurückgezogen. In Italien führt eine Debatte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zu einem deutlichen Widerstand gegen die Hexenverfolgungen in den oberitalienischen Alpentälern. Anders verhält es sich mit den Hexenverfolgungen in Deutschland. Hier beginnen die Protestanten achtzig Jahre später dort, wo die Katholiken in den 1480er-Jahren aufgehört haben, nämlich im deutschen Südwesten.

3. August 1562 – Ein großes Hagelunwetter vernichtet den Wein und das Getreide

Südwestdeutschland * Ein großes Hagelunwetter vernichtet - zu Beginn der Erntezeit - den Wein und das Getreide - und damit das tägliche Brot. Das Unwetter löst die erste große Hexenjagd der Neuzeit aus. Alleine in der kleinen protestantischen Herrschaft Wiesensteig werden 63 Hexen verbrannt. Die Verfolgungen werden relativ spontan und gesetzlos durchgeführt.

1569 – Philipp Apian muss als Protestant die Universität Ingolstadt verlassen

Ingolstadt * Als überzeugter Protestant muss Philipp Apian - auf Betreiben der Jesuiten - die Universität Ingolstadt verlassen. Er geht nach Tübingen.

24. August 1572 – Der Pogrom gegen die Hugenotten beginnt

Paris * In der Nacht zum 24. August 1572, dem Namenstag des Heiligen Bartholomäus, beginnt gegen 3 Uhr in Paris eine wahre Hetzjagd auf Menschen anderen Glaubens, in diesem Falle Protestanten. Bis zu 10.000 Hugenotten fallen in dieser Nacht und den folgenden Tagen dem grauenhaften Gemetzel zum Opfer. Veranlasst wurde der Pogrom, der als „Pariser Bluthochzeit“ oder „Bartholomäusnacht“ in die Geschichte einging, von Katharina von Medici, der Mutter des französischen Regenten Karls IX. Vorausgegangen war die Hochzeit des protestantischen Heinrich von Navarra mit Margarete von Valois, die das Pulverfass der Gewalt entzündete.

1579 – Ein Dreijähriger auf dem Bischofsstuhl



München - Regensburg * Der dreijährige Herzog Philipp Wilhelm von Baiern wird Fürstbischof von Regensburg. Mit Philipp Wilhelms Wahl soll das hoch verschuldete Bistum Regensburg stärker an das bayerische Herzogtum gebunden werden. Gerade auch deshalb, weil sich in der Reichsstadt Regensburg die Protestanten eine einflussreiche politische Position erarbeiten konnten.

1580 – Unterbindung der protestantischen Glaubensausübung

München - Wien * Verschiedene geistliche Fürsten unternehmen - unterstützt von Baiern und Österreich - die ersten Versuche, die protestantische Glaubensausübung zu unterbinden.

2. Februar 1582 – Der Kölner Kurfürst Gebhard von Waldburg-Trauchenburg heiratet

Bonn * Der Kölner Kurfürst Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg heiratet Agnes von Mansfeld in Bonn. Außerdem will er das Kölner Kurerzstift säkularisieren und den Protestantismus einführen. Der Papst fordert Waldburg-Trauchenburg auf, von seinen Plänen Abstand zu nehmen, denn sein Erfolg hätte die Balance zwischen den Konfessionen zu Lasten des Katholizismus stark verändert. Ganz Nordwestdeutschland droht protestantisch zu werden. Auch die katholische Mehrheit für die Kaiserwahl wackelt plötzlich gewaltig.

4. Oktober 1582 – Umstellung des Kalenders bei den Katholiken

Rom-Vatikan * Papst Gregor XIII. reformiert den auf die Antike zurückgehenden Julianischen Kalender, um damit die Nachtgleichen wieder mit dem Kalender in Übereinstimmung zu bringen. Auf den 4. Oktober soll der 15. Oktober 1582 folgen. Kaiser Rudolph II. fordert daraufhin die Reichsstände auf, den neuen Gregorianischen Kalender einzuführen. Doch während die Katholischen Stände den Kalender annehmen, lehnen ihn die Evangelischen Stände aus konfessionellen Gründen ab. Damit werden im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zwei Kalender mit unterschiedlicher Tageszählung benutzt, was die Handels- und Rechtsgeschäfte massiv beeinträchtigt. Das bleibt so bis zum 17. Februar 1700 so.

23. Mai 1583 – Das Kölner Domkapitel wählt Bischof Ernst zum Erzbischof von Köln

Köln * Das Kölner Domkapitel wählt den 28-jährigen bayerischen Herzog Ernst, der bereits Herr



über die drei Bistümer Freising, Hildesheim und Lüttich ist, einstimmig zum neuen Kölner Erzbischof und Kurfürsten. Damit ist die katholische Mehrheit bei der Kaiserwahl wieder gesichert. Zum Dank wird Fürstbischof Ernst unmittelbar nach seiner Wahl vom Papst bestätigt, obwohl das Konzil von Trient eine derartige Ämterhäufung strikt untersagt hat. Für das bayerische Haus Wittelsbach bringt der Erfolg einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Mit dieser Wahl erhält er den ersten Kurhut für die bayerisch-wittelsbachischen Fürsten. Das Herzogtum Bayern erreicht mit Maximilian I. erst vierzig Jahre später diese Rangerhöhung. Außerdem sollen bayerische Prinzen in den nächsten 178 Jahren die Kölner Kurwürde erreichen und viele Bistümer in Nordwestdeutschland regieren. Mit der Wahl Ernsts zum Kurfürsten wird eine protestantische Mehrheit im Kurkolleg, das den Kaiser wählt, verhindert. Kurfürst Ernst kann allerdings nur geschützt von bayerischen Waffen in Köln einziehen.

1. September 1589 – Sich katholisch erklären oder das Land verlassen

München * Der Weinsiegler Hanns Reiter und seine Ehefrau sollen sich bis Michaeli [29. September] „katholisch erklären“ oder das Land verlassen.

6. April 1590 – Die Hexen-Gutachten des Hofrats und der Universität Ingolstadt

München - Ingolstadt * In dem Gutachten des Hofrates werden zunächst ausdrücklich die Meinungen derjenigen protestantischen Hexenverfolger zurückgewiesen, die gemäßigt auftreten. Dazu gehören Johannes Brenz aus Stuttgart und seine Anhänger, die jede Möglichkeit eines tatsächlichen Wetterzaubers abstreiten. Wetter sind eine Angelegenheit der Natur oder Gottes, nicht aber Sache „alter Weiber“ oder gar des „Teufels“. Nach dem Hofratsgutachten ist den Katholiken künftig jeder Zweifel an der Existenz der Hexen, des Teufelspakts, des Hexenflugs und des Schadenszaubers ebenso verboten wie jede inhaltliche Kritik. Auch das von vier Theologieprofessoren ausgearbeitete Ingolstädter Gutachten kommt zum Ergebnis, dass die Obrigkeit mit Eifer und Strenge gegen die Hexen vorgehen und es den Untertanen zur Pflicht machen soll, Verdächtige zu denunzieren. Die Gutachten folgen alleine den katholischen Autoren und unter diesen wiederum nur denjenigen, die die härtesten Ansichten zur Hexenverfolgung vertreten, die jemals in der europäischen dämonologischen und juristischen Literatur zum Hexenprozess geäußert worden sind.

18. Januar 1598 – Erzherzog Ferdinand II. bedankt sich für die erteilte Ehedispens



Wien - Rom-Vatikan * Erzherzog Ferdinand II. bedankt sich bei Papst Clemens VIII. für die erteilte Ehedispens mit Herzogin Maria Anna von Baiern. Zuvor waren von protestantischer Seite Angriffe auf das Paar unternommen worden. Beanstandet wurden der beträchtliche Altersunterschied, wobei die 24-jährige Maria Anna lediglich vier Jahre älter als Ferdinand II. war, dann die Hässlichkeit der Braut und schließlich die nahe Verwandtschaft der Geschwisterkinder. [Ferdinands Mutter Erzherzogin Maria war die Schwester von Maria Annas Vater Wilhelm V..] Schon deshalb musste der päpstlicher Dispens eingeholt werden.

26. April 1606 – Die protestantische Mehrheit verprügelt spontan die Katholiken

Donauwörth * In Donauwörth zieht die katholische Minderheit - unter Verletzung des Augsburger Religionsfriedens - aus Anlass einer jährlich stattfindenden Bittprozession mit fliegenden Fahnen vom Kloster Heiligenkreuz aus. Es kommt zum Konflikt mit der protestantischen Mehrheit, die die Katholiken spontan verprügelt. Donauwörth ist eine der acht Freien Reichsstädte, in denen nach den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens Katholiken und Protestanten das Recht freier Religionsausübung genießen.

26. April 1607 – Die Protestanten belagern das Kloster Heiligkreuz in Donauwörth

Donauwörth * Zur nächsten Markusprozession schickt der Kaiser Kommissare nach Donauwörth, die einen geregelten Ablauf sicherstellen sollen. Doch die Protestanten belagern das Kloster Heiligkreuz und lassen weder die Kommissare noch die Katholiken zur Prozession aus dem Kloster. Der ausschließlich aus Protestanten bestehende Stadtrat toleriert dieses Verhalten.

April 1608 – Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat

Regensburg * Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat zwischen Protestanten und Katholiken. Die katholischen Fürsten stellen einen Antrag auf Restitution aller Kirchengüter, die seit 1552 säkularisiert worden sind. Davon betroffen wären rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie 15 reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Die protestantischen Landesstände verlassen daraufhin den Reichstag. Das Restitutionsedikt wird erst 1629 beschlossen.



14. Mai 1608 – Die protestantischen Stände gründen die Union

Auhausen * Aufgrund der Donauwörther Ereignisse und zunehmender Spannungen mit den Katholiken gründen protestantische Reichsstände in Auhausen an der Wörnitz im Fürstentum Ansbach die Union, ein Defensivbündnis. Durch den Beitritt weiterer Stände wächst die Zahl der Mitglieder auf insgesamt acht Fürsten, den Grafen von Oettingen und 17 Städte an. Christian I. von Anhalt-Bernburg übernimmt das Direktorium der Union, die er durch Bündnisse mit England, den Niederlanden und Schweden außenpolitisch absichert.

3. Juni 1609 – Der Kaiser überlässt dem baierischen Herzog die Reichsstadt Donauwörth

München - Wien * Herzog Maximilian I. präsentiert dem Kaiser für die Exekution von Donauwörth eine Rechnung in Höhe von 255.403 Gulden. Kaiser Rudolf II. verpfändet daraufhin dem baierischen Herzog dafür die Reichsstadt Donauwörth. Maximilian I. lässt umgehend die Ausübung des protestantischen Glaubens verbieten und führt die Gegenreformation und damit die Rekatholisierung ein.

9. Juli 1609 – Kaiser Rudolf II. stellt den Majestätsbrief aus

Prag * Kaiser Rudolf II. und zugleich König von Böhmen stellt den sogenannten Majestätsbrief aus. Er gewährt den evangelischen Landständen des Königreichs Böhmen besondere Privilegien zu. Der Majestätsbrief beinhaltet das Recht der Stände den König zu wählen, er erlaubt den Protestanten den Bau von Kirchen und Schulen in den Städten und auf dem Land, er beendet die gegenreformatorischen Bestrebungen der katholischen Adeligen, indem er die gewaltsame Bekehrung der Untertanen verbietet, und er überträgt den Protestanten die bis dahin angeeigneten Kirchengüter.

1612 – Der aus Einbeck stammende Bierbrauer Elias Pichler kommt nach München

Einbeck - München * Der aus Einbeck - im hohen protestantischen Norden - stammende Bierbrauer Elias Pichler wird vom baierischen Herzoghaus ans Hofbräuhaus nach München angeworben, um hier ein Bier nach einpöckischer Art zu brauen. Bevor er seine Tätigkeit aufnimmt, muss er aber noch schnell zum katholischen Glauben konvertieren. Er braucht zwar noch einige Experimente, aber dann gibt's statt des bis dahin gebrauten Plempels ein würziges, süffiges und bekömmliches Bockbier aus dem Herzoglichen Hofbräuhaus. Das wird aber erst im



Jahr 1614 sein.

19. Januar 1612 – Der Ausbau der Münchner Stadtbefestigung wird abgelehnt

München * Wegen zu erwartender kriegsrisikoreicher Auseinandersetzungen mit der protestantischen Union fordert Herzog Maximilian I. erneut den Aus- und Umbau der Münchner Stadtbefestigung. Er argumentiert zusätzlich mit der Möglichkeit einer Erweiterung des ummauerten Stadtgebiets. Doch auch die Landstände versagen ihre Zustimmung aus finanziellen Gründen.

11. November 1613 – Pfalzgraf Wolfgang-Wilhelm konvertiert zum katholischen Glauben

Neuburg * Magdalena, eine Schwester von Herzog Maximilian I., geht in München eine Ehe mit dem protestantischen Herzog Wolfgang-Wilhelm von Pfalz-Neuburg ein. Der Pfalzgraf konvertiert bei dieser Gelegenheit zum katholischen Glauben.

1614 – Pfalz-Neuburg tritt aus der protestantischen Union aus

Neuburg * Pfalz-Neuburg tritt aus der protestantischen Union aus.

1. Mai 1614 – Elias Pichler kredenzt erstmals das von ihm gebraute Bockbier

München-Grägenau * Braumeister Elias Pichler kredenzt in München erstmals das von ihm gebraute Bier nach original Einbecker Art, das später über einpöckisch Bier den Namen Bockbier erhalten wird. Aufgrund der merkantilistischen wirtschaftspolitischen Grundprinzipien ist Herzog Maximilian I. - auch beim Bier - der Meinung, dass es wirtschaftlich besser ist, Fertigwaren auszuführen und allerhöchstens die Rohstoffe einzuführen, um dann am erzielten Mehrwert zu verdienen. Deshalb werden ab dem Jahr 1612, mit der Anwerbung des aus Einbeck stammenden Braumeisters Elias Pichler, auch die Lieferungen von Einbecker Bier für den Münchner Hof eingestellt. Schon zuvor ist am Münchener Herzogshof der Bedarf an dem Gerstensaft aus dem hohen deutschen (protestantischen) Norden durch den Aufschwung, den das Weiße Bier hier genommen hat, stark zurückgegangen. Das Luxusgetränk mit seinen mehr als 16 Prozent Stammwürze und über sieben Prozent Alkoholgehalt bleibt auch weiterhin ein Privileg des Landesfürsten. Herzog Maximilian I. lässt - auf nachhaltiges Drängen - zwar den „Bock“ auch an seine Landeskinder ausschenken, erklärt aber die Herstellung des Bockbieres -



wie schon zuvor des Weißbieres - zum fürstlichen Regal, also zum Monopol der Landesherrschaft. Aus dem ainpöckischen Bier wird im Volksmund bald der Bock. Im Kanzleideutsch aber ist noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein vom Ainbock die Rede.

29. Juni 1617 – Die böhmischen Landstände wählen Erzherzog Ferdinand zum König

Prag * Aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustandes wählen die böhmischen Landstände Erzherzog Ferdinand - noch zu Lebzeiten von Kaiser und König Matthias - zum designierten König von Böhmen, nachdem auch er die im Majestätsbrief garantierten Freiheiten und Privilegien beeidet. Erzherzog Ferdinand II. wird von den böhmischen Ständen - trotz seines bekanntermaßen kämpferischen Katholizismus - zum König gewählt und im Prager Veitsdom feierlich gekrönt. Doch die an den herzoglichen, königlichen und kaiserlichen Höfen sitzenden und Einfluss habenden Jesuiten wollen - ebenso wie der spanische Hof - die Bestimmungen des Majestätsbriefes rückgängig machen. Sie ersinnen eine Gegenstrategie, in deren Folge zwei protestantische Kirchen abgerissen werden.

März 1618 – Die protestantischen Landstände in Böhmen beschweren sich beim Kaiser

Prag * Die protestantischen Landstände in Böhmen rufen einen Landtag ein, auf dem sie die im Majestätsbrief gewährten Rechte verletzt sehen und beim Kaiser Beschwerde einlegen. Dessen Antwort ist kurz und bündig. Er verbietet weitere Sitzungen des Landtags und setzt damit den Majestätsbrief faktisch außer Kraft.

31. Juli 1618 – Die böhmischen Stände erklären sich zur Wahlmonarchie

Prag * Die Böhmisches Konföderation, ein Bündnis der nicht-katholischen Stände, wird in Prag gebildet. Der König als monarchisches Oberhaupt wird weitgehend entmachtet. Die Regierungsgewalt wird in die Hände der Stände gelegt. In der Konföderationsakte erklären die böhmischen Stände sich zur „freien, ständisch verfassten Wahlmonarchie“. Die Stände der Nebenländer Mähren, Schlesien, Ober- und Niederlausitz werden denen Böhmens gleichgestellt. Sie dürfen fortan an der Königswahl teilnehmen. Der Protestantismus wird zur Staatsreligion erklärt.



21. November 1618 – Peter Ernst II. Graf von Mansfelds Truppen erobern Pilsen

Pilsen * Peter Ernst II. Graf von Mansfeld gelingt nach einem 15-stündigen Kampf die Einnahme der habsburgtreuen Stadt Pilsen. Es ist der erste Belagerungskampf des Dreißigjährigen Krieges. Pilsen gilt als bedeutendster Stützpunkt der katholischen Kaisertreuen und hatte sich dem Böhmischem Aufstand nicht angeschlossen. Der Söldnerführer Graf von Mansfeld lässt nach der gewonnenen Schlacht einen Galgen errichten, an dem als Erster der Pilsener Henker sein Leben lässt. Ihm wird nachgesagt, dass er sich bei der Verteidigung der Stadt als Scharfschütze mit einer stets treffenden Teufelskugel hervorgetan hätte. Die meisten Verteidiger erhalten aber einen freien Abzug, heuern aber hinterher bei der Mansfeldschen Armee an. Nach dem Fall von Pilsen bekommt die protestantische Sache in Böhmen großen Auftrieb. Der Kaiser verhängt zur Strafe die Reichsacht über Mansfeld.

12. September 1619 – Friedrich V. soll sich von den böhmischen Angelegenheiten fernhalten

Rothenburg ob der Tauber * Die in Rothenburg ob der Tauber tagende protestantische Union rät dem pfälzischen Kurfürsten Friedrich V., sich nicht in die böhmischen Angelegenheiten einzumischen.

31. Juli 1620 – Der Ulmer Vertrag sichert die Besetzung Oberösterreichs

Ulm * Im Ulmer Vertrag wird - durch französische Vermittlung - ein Neutralitätsabkommen zwischen der katholischen Liga und der protestantischen Union geschlossen, das sich aber nicht auf Böhmen erstreckt. Damit ist Herzog Maximilian I. vor einem Angriff der Union sicher und kann mit seinem stattlichen Heer, bestehend aus 24.500 Mann zu Fuß und 5.500 Reiter, vor der oberösterreichischen Grenze aufmarschieren.

Oktober 1620 – Die „Rebellion von Prag“ ist der erhoffte Anlass zum Krieg

Prag * Für Erzherzog Ferdinand ist die „Rebellion von Prag“ der erhoffte Anlass, um gegen die „böhmischen Stände“ loszuschlagen. Die „Ständevertreter“ interpretieren ihre Gewalttat als Notwehr, doch für den habsburgischen Kaisersohn ist die kriegsartige Niederwerfung der „Aufständischen“ unausweichlich geworden. Die dafür notwendige Finanzierung soll durch die eingezogenen Güter der „Rebellen“ sichergestellt werden. Außerdem soll „der Schrecken der Hinrichtungen die Stände zum Gehorsam zwingen“. In Prag geht inzwischen das Gerücht um,



dass die „Jesuiten“ eine „Bluthochzeit“, also die Ermordung der Protestanten, planen. Andererseits streuen die kaiserlich Gesinnten das Gegengerücht, wonach die „böhmischen Stände“ vom „türkischen Kaiser Hilfe begehrt hätten“. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den „Kaiserlichen“ und den „Böhmischen“ beginnen.

8. November 1620 – Die Schlacht am Weißen Berg entbrennt

Prag * Der Karmeliten-Pater Dominicus a Jesu Maria tritt mit einem von kalvinistischen Bilderstürmern geschändeten Marienbild um den Hals und dem Kreuz in der Hand vor die Söldnertruppen und ruft im mitreißenden Glaubenseifer zum Kampf auf. Engel würden die katholische Sache zum Sieg führen. Der Schlachtruf lautet: „Maria!“ Am Weißen Berg entbrennt der Kampf gegen das böhmische Ständeheer. Eine Übermacht von 32.400 kaiserlichen Infanteristen und 7.550 Reitern tritt gegen 8.000 böhmische Fußsoldaten und 5.000 Kavalleristen an. In nur einer einzigen Stunde erringen die Kaiserlichen einen triumphalen Sieg über die böhmischen Rebellen. Domenicus a Jesus Maria stilisiert anschließend den Kampf zu einer Schlacht des Katholizismus gegen den Unglauben hoch. Die vernichtende Niederlage des protestantischen Heeres wird dementsprechend als Sieg des Katholizismus und schließlich als göttliches Wunder umgedeutet.

22. Januar 1621 – Herzog Maximilian I. heimlich als Kurfürst vorgesehen

Wien * Der als „Winterkönig“ verunglimpfte wittelsbachisch-pfälzische Kurfürst Friedrich V. wird vom Kaiser geächtet und verliert seine Kurfürstenwürde sowie die Oberpfalz. Erst mit der Reichsacht gegen Friedrich V. entsteht die juristische Voraussetzung, um die Kurwürde neu zu übertragen und die Lehen neu zu vergeben. Baierns Herzog Maximilian I. erhält zwar die politische Zusage, doch der Kaiser kann die Kurwürde nicht einfach privat vergeben, weil sie Teil der Reichsverfassung ist [= Goldene Bulle], das Gleichgewicht der Kurfürsten verändern und dadurch protestantischen Widerstand provozieren würde. In der Folge soll auch die Bevölkerung wieder in den Schoß der katholischen Kirche zurückgeführt werden. Die Oberpfalz war zwischen 1556 und 1563 lutherisch, zwischen 1563 und 1576 calvinistisch reformiert, zwischen 1576 bis 1583 wieder lutherisch und zwischen 1583 und 1628 erneut calvinistisch.

24. April 1621 – Die protestantische Union löst sich selbst auf

Heilbronn * Die protestantische Union löst sich beim Unionstag in Heilbronn - unter dem Eindruck



der militärischen Überlegenheit der kaiserlichen Heere und der katholischen Liga - selbst auf.

21. Juni 1621 – In Prag wird ein blutiges Gericht über die Aufständischen gehalten

Prag * Nach dem Zusammenbruch des Böhmisches Aufstands und der Flucht des Winterkönigs Friedrich V. lässt Kaiser Ferdinand II. - vor dem Altstädter Rathaus in Prag - ein blutiges Gericht über seine Anhänger halten. 43 Todesurteile gegen protestantische böhmische Adelige werden gesprochen, 27 werden an diesem Tag öffentlich vollstreckt. 24 durch das Schwert, drei am Galgen. Zwölf der abgeschlagenen Köpfe werden zur Abschreckung am Prager Brückenturm aufgesteckt und erst zehn Jahre später durch die sächsische Besatzungsmacht entfernt.

7. Januar 1623 – Der Regensburger Fürstentag beginnt

Regensburg * Der Regensburger Fürstentag beginnt. Um die Verhältnisse nach der Niederschlagung des Böhmisches Aufstands zu regeln, lädt Kaiser Ferdinand II. die Regenten aus Köln, Mainz, Trier, Kursachsen, Brandenburg, Braunschweig-Wolfenbüttel, Pommern, Hessen-Darmstadt, Baiern, Salzburg und Bamberg zu einem Treffen nach Regensburg. Bis auf Hessen-Darmstadt lehnen alle protestantischen Fürsten die Teilnahme ab. Sachsen und Brandenburg entsenden lediglich Beobachter zu dieser Besprechung.

13. Mai 1623 – Handwerker-Protest gegen die Seidenwirker

München * Als die Gebrüder Beniamin und Sinj aus Florenz das Unternehmen der Gebrüder Bettenga übernehmen wollen, laufen die Münchner Handwerker der Loder, Leinweber, Strumpfwürckher und Gschlachtgwandter dagegen Sturm, da ihnen die besten Spinnerinnen „von den Italiänern abgerungen werden [...] und das clainod vnd fürnembste comercium des landts, das gewerbe mit loden, Tuech, federrith, handschuech und strimpf geht zu grund“. Der Münchner Bürgermeister unterstützt den Protest der ansässigen Handwerker mit dem Argument, dass der Holzverbrauch der Seidenwirker unvergleichlich hoch sei. Doch Herzog Maximilian I. erhebt sich über die Proteste und erteilt für die „besonders lieben Beniamin und Sinj“ am 13. Mai 1623 das erbetene Privileg, da sie „weeder mit einer abwerbung der gespuntleuth noch in ander weeg den loders etc. khainen eintrag thuen“. Außerdem dürfen für die Arbeiten nur Leute beschäftigt werden, die aus Orten kommen, die fünf Meilen entfernt sind.



1625 – König Christian IV. von Dänemark greift in den Krieg ein

Dänemark * König Christian IV. von Dänemark greift auf der Seite der von Frankreich, England und den Niederlanden unterstützten Protestanten in den Krieg ein. Damit wird aus dem Böhmisches-Pfälzischen Krieg der Dänisch-Niederländische Krieg.

10. Oktober 1625 – Eine Religionsedikt für Oberösterreich

Wien - Oberösterreich * Nach einer kaiserlichen Instruktion wird in dem von Bayern besetzten Oberösterreich durch ein Religionsedikt die totale Gegenreformation eingeführt. Alle protestantischen Einwohner Oberösterreichs müssen bis Ostern 1626 katholisch werden - oder auswandern. Wer sich zu diesem Schritt entschließt, muss zehn Prozent seines Vermögens als Nachsteuer bezahlen.

12. Mai 1626 – In Oberösterreich bricht ein Bauernkrieg los

Lembach im Mühlkreis - Oberösterreich * Mit dem Frankfurter Würfelspiel sollte ein Exempel statuiert werden. Doch wächst dadurch der Zorn der protestantischen Bauern noch stärker, worauf im Mai 1626 der Bauernkrieg durch erste Kampfhandlungen in Lembach im Mühlkreis beginnt. Bei einer Rauferei im Markt Lembach werden sechs bayerische Soldaten getötet. Der Oberösterreichische Bauernkrieg richtet sich gegen Kurfürst Maximilian I. und die bayerische Besatzungsmacht. Zehntausende Bauern versammeln und organisieren sich. Über ihren Haufen wehen schwarze Fahnen, die mit Totenköpfen geschmückt sind. Eines ihrer Kampflieder lautet: „Von Bayern Joch und Tyrannei, Und seiner großen Schinderei, Mach uns, o lieber Herr Gott, frei!“

4. März 1628 – Die Kurwürde Baierns wird erblich

München * Kurfürst Maximilian I. von Bayern erhält die erbliche Kurwürde offiziell verliehen. Die ihm am 25. Februar 1623 übertragene Kurwürde war nur „auf Lebenszeit“. Jetzt ist die bayerische Kurwürde erblich, doch der 55-jährige Kurfürst Maximilian I. hat noch keinen Erben. Die Rangerhöhung Baierns vom Herzogtum zum Kurfürstentum wird im ganzen Land kundgetan. Im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium scheint damit die katholische Mehrheit auf Dauer gesichert. Gleichzeitig fühlen sich aber die protestantischen Reichsstände zu erhöhtem Widerstands- und Kampfeswillen herausgefordert.



6. März 1629 – Kaiser Ferdinand II. erlässt das Restitutionsedikt

Wien * Kaiser Ferdinand II. erlässt - in Übereinstimmung mit den Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier und Baiern - das Restitutionsedikt, das jede „Entfremdung von katholischem Kirchengut nach dem Stichjahr 1552 für unrechtmäßig“ erklärt. Davon betroffen sind rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie zwölf reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Nur Meißen, Merseburg und Naumburg werden dem Kurfürsten von Sachsen aus politischen Rücksichten vorerst überlassen. Es erhebt sich nicht nur bei den protestantischen Reichsständen lauter Protest. Selbst der Papst äußert Bedenken.

1634 – Ein Protestbrief gilt als Geburtsurkunde der Paulaner-Brauerei

München - Au * Weil sich die Paulanermönche nicht an die Abmachungen halten und ihr Bier auch außerhalb des Klosters verkaufen, beschwerten sich die Münchner Brauer beim Magistrat der Stadt und bitten um entschiedene Abhilfe des klösterlichen Brau- und Ausschankwesens. Dieser Protestbrief gilt als Geburtsurkunde der Paulaner-Brauerei. Die Paulaner verstoßen allerdings auch in den kommenden 165 Jahren immer wieder ganz bewusst gegen Vorschriften und Gesetze.

1634 – Die Paulaner erhalten die Brauerlaubnis und Protest

München-Hackenviertel * Mit kurfürstlicher Genehmigung dürfen die Paulaner-Mönche ihren Haustrunk brauen und - nach jährlich neu einzuholender Erlaubnis - am Namenstag ihres Ordensgründers den Klosterbesuchern ihr Bier anbieten. „Allein es wurde dies nicht so genau genommen: Die Paulaner schenkten das ganze Jahr hindurch aus purer Charitative und gratis Bier aus. Selbstverständlich auch an die die Religiösen besuchenden Verwandten und vielen Freunde aus Pflicht der Höflichkeit!“ So viel [un]christliche Konkurrenz der Paulanerpatres bringt die Münchner Brauer in Rage. Sie wenden sich an den Bürgermeister und die Räte der kurfürstlichen Hauptstadt, mit der Bitte um entschiedene Abhilfe des klösterlichen Brau- und Ausschankwesens. Also keine Gründungsurkunde, sondern dieser Protestbrief gegen die „pfäffische Konkurrenz“ gilt als Geburtsurkunde der Paulaner-Brauerei.

10. Mai 1641 – Die Bronzeputti auf dem Säulensockel der Mariensäule werden aufgestellt



München-Gruggebau * Durch einen Erlass will Kurfürst Maximilian I. sicherstellen, dass die Mariensäule „in gebierender veneration, und respect erhalten, Insonderheit alle unsauberkeiten und verunehrungen verhietet und abgestellt werden“. Die Mariensäule wird deshalb mit einem Marmorgeländer mit den vier Bronze-Laternen umgeben. Auf dem Sockel der Mariensäule kommen im gleichen Jahr vier bronzene Heldenputti zur Aufstellung, die für Maria als „ecclesia militans“ [= „die in der Welt kämpfenden Kirche“] oder als Apokalyptisches Weib für die im Kampf der Konfessionen siegreiche katholische Kirche instrumentalisiert werden. Sie stellen eine Umsetzung des Psalm 91, Vers 13 dar: „Über die Schlange und den Basilisken wirst du schreiten, und den Löwen und den Drachen wirst du zertreten.“ In nahezu allen Veröffentlichungen über die Mariensäule verkörpert der Drache den Hunger, der Löwe den Krieg, der Basilisk die Pest und die Schlange den Unglauben oder falschen Glauben. Sie sollen, so die populäre Auffassung, die großen Plagen der Zeit veranschaulichen. Nach einer anderen Definition, die dem Programm des - im Jahr 1674 ausgebrannten - Zimmers der Religion in der Residenz entspricht, steht der Drache für die Häretiker [= Ketzer], der Löwe für die Heiden, die Schlange für die Juden und der Basilisk für die Schismatiker [= Protestanten, Kirchenspalter]. Aus einem Monument der persönlichen Frömmigkeit des Kurfürsten ist durch die Hinzufügung der Heldenputti zugleich ein „Denkmal des Triumphes des katholischen Glaubens über die Übel der damaligen Zeit“ geworden. Da Maximilian I. sowohl den Tag der Denkmalsweihe als auch das Datum für die alljährliche Dankprozession auf den Jahrestag der „Schlacht am Weißen Berg“ orientiert, macht er die Mariensäule auch zu einem unübersehbaren Symbol für den bisher größten Triumph baierischer Waffen über die protestantischen Feinde. Und damit macht er aus der Mariensäule eine Siegesssäule.

13. Februar 1681 – Max Emanuel geht auf Brautschau nach Eisenach

Eisenach * Kurfürst Max Emanuel bricht - inkognito - zur Brautschau nach Eisenach auf, wo er sich für die protestantische Prinzessin Eleonore Erdmute von Sachsen-Eisenach interessiert.

1. September 1683 – Baierische Soldaten machen der Landbevölkerung Angst

Österreich - Tulln * Die baierischen Truppen haben sich auf den Weg nach Wien gemacht. Die bunt zusammengewürfelte Soldateska verübt beträchtliche Exzesse. Haben die Wiener angesichts der Belagerung ihrer Stadt berechnete Angst vor den Türken, so fürchtet sich die Landbevölkerung mehr vor den durchziehenden befreundeten Soldaten, die sich nehmen, was sie begehren. Und wer den Forderungen der baierischen Soldaten nicht freiwillig nachkommt, der



wird mit Schlägen dazu gebracht. Die harte Behandlung der durchziehenden Soldaten und die zusätzliche Belastung der Bevölkerung führen zwar zu Protesten, die jedoch vergeblich sind. Bis Anfang September sammeln sich die Verteidigungstruppen im Tullner Becken, etwa 25 Kilometer von Wien entfernt.

19. August 1685 – Neuhäusl wird von der kaiserlichen Armee erobert

Neuhäusl - München - Wien * Auf die Entsatzschlacht von Gran folgt die Eroberung von Neuhäusl. Wieder ist Max Emanuel am Erfolg der Schlachten wesentlich beteiligt. Baierns Kurfürst hat schon am Beginn der Allianz mit Kaiser Leopold I. ein selbstständiges Kommando verlangt. Dass er sich der Befehlsgewalt einem in der Hierarchie unter ihm stehenden Herzog Carl von Lothringen unterordnen muss, wird von ihm als auf Dauer nicht hinnehmbar angesehen und führt deshalb zu steten Protesten. Je länger der Krieg dauert und je häufiger Kurfürst Max Emanuel entscheidend in die Kämpfe eingreift, desto lauter fordert er den Oberbefehl über alle kaiserlichen Truppen. Als Schwiegersohn hat sich die Beziehung zum Kaiser inzwischen besonders intensiviert, was die Ansprüche des Kurfürsten zusätzlich erhöht. Doch genau jene militärischen Tugenden, die Max Emanuel bisher auszeichneten, sprechen in Wien gegen die Übertragung einer so großen Verantwortung an den Kurfürsten, auch wenn er durch seine Kühnheit, Risikofreude, Spontanität und seiner Lust zum Handstreich ohne Rücksicht auf das eigene Leben die wichtigsten Siege für den Kaiser errang. Den Wiener Kriegsplanern ist Max Emanuel einfach zu ungestüm.

23. September 1699 – Die protestantischen Stände übernehmen den Gregorianischen Kalender

Regensburg • Die protestantischen Stände beschließen in Regensburg die Annahme eines „verbesserten Kalenders“, eben den Gregorianischen Kalender, der in den katholischen Gebieten schon lange eingeführt ist. Damit endet ein 117 Jahre andauernder Streit.

18. Februar 1700 – Mit der Kalenderumstellung ist die einheitliche Tageszählung erreicht

Deutschland * Auf den protestantischen Gebieten folgt auf den 18. Februar der 1. März 1700. Damit ist die einheitliche Tageszählung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation endgültig wieder erreicht. Bis zur Kalenderumstellung in den protestantischen Ländern werden alle Dokumente mit zwei Daten versehen.



15. Oktober 1705 – Lenggrieser Proteste gegen die Zwangsrekrutierungen

Lenggries * Bei Lenggries im Isarwinkel protestieren die Menschen gegen die Zwangsrekrutierungen.

1706 – Die Paulaner verkaufen ihr Bier fassweise

München - Au * Das „gesampte Handwerk der Burger unndt Pierprey zu München“ protestieren dagegen, dass „die Herrn Pauliner zu Neydegg sich Unndterstehen, das ihnen Vor Ihr Closter erlaubt eingepraundes Praunes pier yedermäniglichen nit allein maßweis, sondern auch Unndter dem raiff“, also fassweise, abgeben.

31. Oktober 1731 – Ausweisung von 20.000 Protestanten aus Salzburg

Salzburg * Der Salzburger Fürstbischof und Landesherr, Leopold Anton von Firmian, befiehlt die Ausweisung der in seinem Land lebenden Protestanten. Über 20.000 Salzburger müssen ihre Heimat verlassen. Den Besitzenden wird eine Frist von drei Monaten eingeräumt; die Besitzlosen - Tagelöhner, Knechte, Mägde - müssen sich innerhalb von acht Tagen auf den Weg machen. Mitnehmen dürfen sie nur das, was sie auf dem Leib tragen oder auf einer Karre hinter sich herziehen können.

18. März 1791 – Die Schleifung der Neuhauserbastion beginnt

München * Mit der angeordneten Schleifung der Neuhauser-Bastion bildet sich umgehend eine Initiativgruppe, die mit den Unterschriften mehrerer Hundert Münchner Bürger gegen die „gänzliche Schleifung der Wallanlagen“ protestiert. Sie betrachten es nun als „unverantwortlich, Wälle, welche fast eineinhalb Jahrhunderte stehen, und deren Herstellung mehr als drei Millionen gekostet hatte, ohne gewichtigen Nutzen, oder besondere Notwendigkeit einzuwerfen“.

6. April 1791 – Offener Protest gegen die Entfestigungsmaßnahmen

München * Naturgemäß erregen die eingeleiteten Entfestigungsmaßnahmen und das Einreißen der Stadtmauer die Gemüter der Münchner und führen umgehend zum offenen Protest gegen



Kurfürst Carl Theodor. In einem Protestschreiben, das von mehreren Hundert Münchner Bürgern unterschrieben worden ist, wird der Durchstich der Neuhauser Straße ausdrücklich begrüßt, doch die gänzliche Schleifung der Wallanlagen lehnen sie ab. Die Unterzeichner betrachten es als „unverantwortlich, Wälle, welche fast eineinhalb Jahrhunderte stehen, und deren Herstellung mehr als drei Millionen gekostet hatte, ohne gewichtigen Nutzen, oder besondere Notwendigkeit einzuwerfen“.

9. Mai 1791 – Carl Theodor will nichts tun, was gegen das Wohl der Stadt gerichtet ist

München * Kurfürst Carl Theodor dementiert die Gerüchte, wonach die ganze Stadt entfestigt werden soll und versichert, er werde nichts tun, was gegen das Wohl der Stadt gerichtet sei. Gleichzeitig zeigt er sich über den Bürgerprotest verwundert, „da es ja gerade die Bürgerschaft gewesen ist, die im Jahre 1612, bei der Projektierung der neuen Wallanlage, sich gegen diese mit der Begründung aufgelehnt hätte, die neue Befestigung würde einst, bei veränderter Kriegsführung, unnütz und unbrauchbar“.

Januar 1792 – Den Ausbau des Torweges am Isartor angeordnet

München-Isarvorstadt * Sir Benjamin Thompson Reichsgraf von Rumford ordnet den Ausbau des Torweges am Isartor an. Rund hundert Meter östlich des Isartors – an der heutigen Einmündung von Rumford- und Thierschstraße – soll ein neuer Torplatz entstehen. Er ist als Verkehrsknotenpunkt geplant, zugleich aber auch als Ausweich- und Sammelplatz im Brandfall sowie als möglicher Marktplatz. Gerade dieser letzte Zweck darf jedoch nicht offen kommuniziert werden. In der Bevölkerung kursiert bereits das Gerücht, der wöchentliche Getreidemarkt könne vom Schrankenplatz auf den im Bau befindlichen Karlsplatz (Stachus) verlegt werden. Dieses Gerücht sorgt sowohl unter den Bürgern als auch in der Gemeindevertretung für Unmut und offenen Protest. Schließlich wird das Projekt am 5. April 1792 wieder eingestellt.

27. November 1794 – 63 Schlossergesellen legen die Arbeit nieder

München * 63 Schlossergesellen legen aus Protest gegen die Kündigung und Lohnverweigerung der zwei Schlossergesellen die Arbeit nieder. Der Stadtmagistrat lässt daraufhin zwei Rädelsführer und zwei Altgesellen einsperren. Neun Gesellen verweigern die Arbeitsaufnahme weiterhin. Sie werden zum Militärdienst verurteilt.



17. Dezember 1794 – Der Streik der Gesellen und Meister eskaliert

München * Gesellen und Meister nehmen Ratsmitglieder im Rathaus fest und ziehen protestierend zur Residenz. Kurfürst Carl Theodor sieht sich zum Nachgeben gezwungen und gesteht den Handwerkern die Erfüllung ihrer Forderungen sofort zu. Die Inhaftierten werden umgehend in die Freiheit gelassen.

15. September 1796 – Die Bauarbeiten für die heutige Rumfordstraße beginnen

München-Isarvorstadt * Graf Rumford lässt durch Militärkolonnen mit Arbeiten an einer Ringstraße, die heutige Rumfordstraße, beginnen. Er will das Gelände im unmittelbaren Vorfeld der Wälle räumen und zur leichteren Umfahrung der Stadt eine breite, verkehrstüchtige Straße anlegen lassen. Noch bevor die Besitzer protestieren und ihre bewegliche Habe in Sicherheit bringen können, werden die auf der geplanten Trasse liegenden Gartengrundstücke enteignet. Nicht einmal die Ernte ihrer Anpflanzungen dürfen sie noch einholen. So entsteht vor den Stadttoren die erste Umfahrung Münchens. Weil die Ringstraße als militärisch Straßenanlage begründet worden war, wehrt sich der Magistrat erfolgreich gegen jede finanzielle Beteiligung. Auch, als man die Straßenanlage als wesentlichen Beitrag zur Verschönerung Münchens ansah.

12. Mai 1799 – Der erste evangelische Gottesdienst in München

Schloss Nymphenburg * Kabinettsprediger Ludwig Friedrich Schmidt hält den ersten evangelischen Gottesdienst in München im Schloss Nymphenburg. Er ist mit der jungen Kurfürstin Friederike Wilhelmine Caroline Prinzessin von Baden nach München gekommen.

21. März 1800 – Die Stimme der öffentlichen Meinung über Max Joseph

München * Die Schrift „Die Stimme der öffentlichen Meinung über Max Joseph“ beschuldigt die Regierung: „Sie entfernte zwar die Schurken, die unter Carl Theodor den Hass und den Fluch des Volkes auf sich geladen hatten, aber dabei blieb sie auch stehen und hatte nicht den Mut, dieselben zu strafen. Zugleich offenbarte sich der Mangel an Grundsätzen immer deutlicher. Der Nepotismus, der Personalhass, die Intrigensucht lebten in voller Stärke wieder auf und schoben ihre untauglichen Kreaturen in die Reihe der schätzbaren Räte, deren Anstellung den Kollegen ihr ursprüngliches Ansehen wiedergegeben hatte“. Zum Thema Englische Subsidien kommt die Schrift zum Ergebnis: „Geringschätzung gegen den Kurfürsten, Hass gegen die



herrschenden Minister“. Es herrscht eine eisige Stimmung.

10. November 1800 – Die Amberger Verordnung beendet Baierns ausschließliche Katholizität

Amberg * In der Amberger Verordnung schreibt Kurfürst Max IV. Joseph, dass die Meinung, wonach die katholische Religionszugehörigkeit eine wesentliche Bedingung der Ansässigmachung in Baiern sei, sich als nachteilig für die Industrie und Kultur im Land erwiesen habe und sich diese weder aus der Reichs- noch in der Landesverfassung begründen lasse. Allerdings veröffentlicht er die Verordnung nicht in der üblichen Art, sodass der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt dem Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim das Münchner Bürgerrecht verweigert und so die Übernahme der Weingastwirtsgerechtsame der Eheleute Rasp verhindert.

9. Februar 1801 – Die von Franzosen besetzten Gebiete müssen geräumt werden

Lunéville * Der Friedensvertrag von Lunéville legt auch fest, dass die Franzosen die von ihnen besetzten rechtsrheinischen Gebiete räumen. Dennoch lassen sich die französischen Soldaten mit ihrem Abzug aus München ausreichend Zeit. In ihrem Siegestaumel kommt es zu einer Vielzahl von Ausschreitungen. Mit ihren Räubereien, Erpressungen und sogar etlichen Mordtaten betrachten sie die Münchner bald als Plage. Auch, als sie als Wachen an den Stadttoren auf die Idee kommen, von jedem Passanten 24 Kreuzer Zoll zu verlangen. Erst nach wiederholten Protesten der Betroffenen verbietet der Platzkommandant diese Eigenmächtigkeit. Die aus dem Osten abrückenden französischen Militäreinheiten belasten die Münchner mit zusätzlichen Quartierlasten.

29. Juli 1801 – Einbürgerungsbefehl an den Stadtmagistrat

München - Mannheim * Verärgert und sehr deutlich im Ton schreibt Kurfürst Max IV. Joseph nach der Ablehnung des Münchner Bürgerrechts an den Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim dem Stadtrat: „Nach reifer Überlegung und mit der Gewißheit, daß das Recht auf meiner Seite ist, befehle ich hiermit dem meinen Stadtmagistrat, spätestens morgen Abends 6 Uhr, dem Handelsmann Michel von Mannheim, das Bürgerrecht zu ertheilen, widrigenfalls ich mich genöthigt sehen würde, die strengsten Mittel zu ergreifen. Für den geringsten Exceß haftet jedes Magistratsglied persönlich“.



30. Juli 1801 – Münchens erster Protestant wird eingebürgert

München - Mannheim * Zähneknirschend wird der Kaufmann Johann Baltasar Michel in die Münchner Bürgerschaft „gnädigst großgünstig an- und aufgenommen“. Gleichzeitig gibt der Magistrat der Stadt seine Zustimmung zum geplanten Kauf der Rasp'schen Gastwirtsgerechtsame an Johann B. Michel. Die zu entrichtende Aufnahmegebühr ist mit 470 Gulden allerdings deutlich überhöht.

8. Juni 1802 – Ausschreitungen nach der Andechs-Wallfahrt

München-Kreuzviertel * Nachmittags um 17 Uhr kehren die Wallfahrer vom heiligen Berg in Andechs zurück. Sie ziehen feierlich durch das Sendlinger Tor in die Stadt ein. Nachdem der Pfingstdienstag als Feiertag und damit auch das Abhalten von Prozessionen bereits im Jahr 1771 abgeschafft worden war, schreitet das Militär ein. Es kommt zu Ausschreitungen. Eine rund 300 Personen umfassende Gruppe stürmt zur Hauptwache am Schannenplatz und weiter in Richtung Bürgersaal. Das Militär kann sich durchsetzen und die Protestierer zurückdrängen.

15. Juni 1802 – Die Karmelitinnen werden nach Neuburg an der Donau gebracht

München-Kreuzviertel - Neuburg * Um 4 Uhr früh wird ein Teil der zwanzig Karmelitinnen und zwei Novizinnen auf Wagen gesetzt und in ihre neue Niederlassung nach Neuburg gebracht, wo sie am späten Abend ankommen. Zu Protesten der Bevölkerung kommt es nicht.

10. Januar 1803 – Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung

München-Kreuzviertel * Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung von Katholiken, Lutheraner und Reformierten. Aus Anlass der Aufnahme fränkischer und schwäbischer Gebiete in den immer größer werdenden bayerischen Staat kommt es zu nachstehenden Bestimmungen: „Bei künftiger Besetzung der Staatsämter werden Wir nur auf die Würdigsten, ohne Unterschied der im deutschen Reiche eingeführten drei christlichen Religionen [gemeint sind die Katholiken, Lutheraner und Reformierten] den landesväterlichen Bedacht nehmen. Keinem unserer Untertanen, von welcher Konfession er sei, soll je etwas zugemutet werden dürfen, welches seiner Religions- oder Gewissensfreiheit entgegen wäre.“ Doch der Mann, der die positive Entwicklung der evangelischen Kirche in Bayern bremsen wird, steht in der Person des Kronprinzen Ludwig I. schon bereit.



18. Mai 1803 – Mischehen zwischen Katholiken und Protestanten werden erlaubt

München * Kurfürst Max IV. Joseph erlaubt sogenannte Mischehen zwischen Katholiken und Protestanten.

5. Juli 1806 – Die erste Protestantische Stadtpfarrei München

München * Kabinettsprediger Ludwig Friedrich Schmidt kann die Protestantische Stadtpfarrei München einrichten.

11. Dezember 1806 – Die Protestanten erhalten die Salvatorkirche

München-Graggenau - München-Kreuzviertel * Nachdem die Hofkapelle in der Residenz für die inzwischen über 1.200 evangelischen Gemeindemitglieder zu klein geworden ist, übergibt König Max I. Joseph den Protestanten die Salvatorkirche. Da dieses Gotteshaus von Anfang an zu klein ist, wird es jedoch nie als evangelische Kirche benutzt.

10. April 1809 – Lohe, Falkenau und Birkenleiten kommen zur Vorstadt Au

Vorstadt Au - Untergiesing * Die Lohe, die Falkenau, die Birkenleiten und das alte Untergiesing oder besser Nieder-Giesing auf dem heutigen Nockherberg und an der Ruhestraße kommen zur Vorstadt Au. Die Bewohner der Lohe und der Oberen Falkenau wollen aber die Lasten der städtischen Verfassung nicht auf sich nehmen und protestieren lautstark gegen die Zwangseingemeindung.

1812 – Der Streit um die Zugehörigkeit der Irrenanstalt

Vorstadt Au - Untergiesing * Nach der Trennung der Lohe und der Falkenau von der Vorstadt Au bleibt die Irrenanstalt zunächst innerhalb der Auer Gemarkung. Dagegen protestiert die Anstaltsverwaltung und erreicht die Zuordnung zur Gemeinde Giesing. Da jedoch das königliche Landgericht München, „das wegen der verhaßten und gegen dessen Willen erwirkte allerhöchst genehmigten Trennung der Loh und Falkenau immer feindselig für die Gemeinde Giesing gestimmt war“, darüber keinerlei Aufzeichnungen führt, kommen die Auer - clevere Vorstädter mit viel Phantasie im Geldeintreiben - dreißig Jahre später auf die Idee, von den



Giesingern die Rückvergütung von 1.515 Gulden für den Malzaufschlag zu verlangen, die die Gemeinde Giesing - nach Auffassung der Auer - seit über zehn Jahren zu Unrecht erhalten hat. Diese Biersteuer muss - für das in der Anstalt ausgeschenkte Bier - an die zugehörige Gemeinde bezahlt werden. Die Giesinger wehren sich dagegen.

2. April 1812 – Lohe und Obere Falkenau kommen nach Obergiesing

Untergiesing * Im Zuge ihrer Proteste erreichen die Bewohner der Lohe und der Oberen Falkenau gegen den erklärten Willen des Landgerichts München die formelle und zwei Jahre später, 1814, die politische Vereinigung mit Obergiesing, zu der sie kirchlich bereits seit 1809 gehören. Das alte Untergiesing oder besser Nieder-Giesing auf dem heutigen Nockherberg und an der Ruhestraße wird in die Au eingemeindet. Bis dahin ist Niedergiesing ein selbstständiger Weiler mit drei großen Bauernhöfen und Herbergen in der Falkenau und an der Nockherstraße, die in früherer Zeit „Bei den Jägerhäusln“ genannt wurden.

24. Oktober 1817 – König Max I. Joseph unterzeichnet das Konkordat mit dem Vatikan

München * Die Regierung legt den Konkordatsentwurf König Max I. Joseph zur Unterschrift vor. Neben dem Verzicht auf Kontrollrechte über die Kirche wird der Staat zum Unterhalt der Bischöfe sowie der Domkapitel und zur Wiederherstellung einiger Klöster für Unterricht, Seelsorge und Krankenpflege verpflichtet. Weil die religiöse Toleranz und Parität gefährdet scheint, das Konkordat die bayerischen Protestanten eindeutig zurückgesetzt hat und gleichzeitig die herausgehobene Stellung der katholischen Kirche im Staat auf ein göttliches Gesetz beruft, ergeht für die neue Verfassung ein neues Religionsedikt, welches den Vertrag mit dem Heiligen Stuhl stark relativiert. Durch einen politisch-juristischen Kunstgriff erhält das Religionsedikt Verfassungsrang, während das Konkordat nur ein Staatsgesetz ist und sich somit unterordnen muss.

31. Dezember 1820 – München hat 3.000 evangelische Bewohner

München * Die evangelische Gemeinde in München umfasst 3.000 Mitglieder.



1822 – Ein aussichtsloser Kampf gegen die Mayer'sche Lederfabrik

Untergiesing * Die bürgerliche Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au entschließt sich, nachdem sie jahrelang dem Geschehen in der Mayer'schen Lederfabrik tatenlos und voller Neid zugesehen hat, zu einem Protest bei „allerhöchster Stelle“ - vermutlich dem Königlichen Ministerium des Inneren - gegen die „gewissenlosen Gewerbebeeinträchtigungen, welche wir von den hiesig- und umliegenden Lederfabrikanten und Israeliten durch die widerrechtliche Anmaßung der Selbstfabrikation ihrer in Accord übernommenen Militärlieferungen viele Jahre hindurch sehr empfindlich zu erdulden hatten“. In der Folge fordert die Behörde den Lederfabrikanten auf, künftige Militäraufträge bei den ansässigen Schuhmachermeistern fertigen zu lassen. Doch die Freude der Schuster über ihren Sieg gegenüber dem Lederfabrikanten dauert nur kurz. Dem geschäftstüchtigen Fabrikbesitzer Ignaz Mayer gelingt es nämlich, den Schwabinger Schumacher Hanrieder davon zu überzeugen, dass er seine Werkstatt mit „Sack und Pack“ sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörden in die Untergiesinger Lederfabrik verlegt. Der Schuhmacher erhält dafür „eine wöchentliche Entschädigung [...], und [kann] sonach genüßlich sein Leben in Wohltätigkeit durchbringen“. Ignaz Mayer aber kann über den Trick der ausgeliehenen Hanriederischen Konzession - sehr zur Empörung der bürgerlichen Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au - seine Militärlieferungen auch künftig weiter in eigener Regie herstellen lassen. Der Schuhmacherzunft bleibt nur mehr das Beschreiten des Protestwegs. Ihr Protest gegen die „unerlaubte Transferierung einer Gewerbekonzession von einer Vorstadt in die andere“ findet beim Königlichen Landgericht zunächst positives Gehör. Doch die Regierung des Isarkreises hebt das Verbot umgehend wieder auf. Eine königliche Anweisung zieht schließlich einen Schlusstrich unter die Affäre - und zwar zugunsten der industriellen Produktion in der Lederfabrik. Es war das Königliche Handelsministerium, das sich in den Vorgang um die umstrittene Konzession einmischte und die Entscheidung zugunsten des Hoflieferanten beeinflusste. Wenn schon nicht das Einzelmitglied, so hätte doch die Schuhmacherzunft den Einfluss ihres Kontrahenten und damit die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen müssen. Immerhin ist Ignaz Mayer nicht nur der Schwiegersohn des dem bayerischen König als millionenschweren Kreditgebers unentbehrlich gewordenen Leonhard von Eichthal, sondern seit dem Jahr 1809 auch der Schwiegervater von Simon Freiherr von Eichthal, der bei der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine zentrale Rolle spielte. Der Hofbankier organisiert nicht nur die neue Kreditbank, sondern stellte auch dem späteren König Ludwig I. Mittel für seine Kunsteinkäufe zur Verfügung.

1825 – Rücklagen für den Bau einer protestantischen Kirche

München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag ermächtigt das Finanzministerium, jährlich



20.000 Gulden für den Bau einer protestantischen Kirche anzusetzen. Dafür muss die Salvatorkirche unentgeltlich zurückgegeben werden. Erweiterungsplanungen werden damit hinfällig.

1825 – Josef Schweiger öffnet sein „Theater vor dem Karlstor“ an alter Stelle wieder

München-Ludwigsvorstadt * Josef Schweiger öffnet sein „Theater vor dem Karlstor“ an alter Stelle wieder. So lange, bis der Neubau der protestantischen Matthäuskirche in der Sonnenstraße sein Budentheater verdrängt.

1826 – Ein kostengünstigerer Entwurf für die evangelische Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Oberbaurat Johann Nepomuk Pertsch erhält den Auftrag zur Erstellung eines kostengünstigeren Entwurfs für den Bau einer protestantischen Kirche in München. Als Standort für das evangelische Gotteshaus wird die Grünanlage in der Sonnenstraße festgesetzt.

5. August 1827 – Grundsteinlegung für die evangelische Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Der Grundstein für die evangelische Matthäuskirche in der Sonnenstraße, der ersten protestantischen Kirche Münchens, wird gelegt.

1828 – Mit Adrian Dick kommt die erste protestantische Familie nach Giesing

Obergiesing * Mit Adrian Dick kommt die erste protestantische Familie nach Giesing. Sie kommen aus der Rheinpfalz und schenken in seiner Gaststätte Zum Weinbauern ihren Rebensaft aus.

1830 – In München wohnen 6.000 Protestanten

München * Die evangelische Gemeinde in München ist auf 6.000 Mitglieder angewachsen.

25. August 1833 – Die evangelische Matthäuskirche wird eingeweiht



München-Ludwigsvorstadt * An König Ludwigs I. Geburtstag wird die evangelische Matthäuskirche in Anwesenheit der Königinmutter Caroline eingeweiht. Der katholische König selbst bleibt der Zeremonie allerdings fern.

14. August 1838 – König Ludwig I. erlässt die Kniebeugeverordnung

München * Als ein Beispiel der rückwärtsgewandten antikatholischen Maßnahmen kann die Kniebeugeverordnung für die Bayerische Armee gelten. Die Vorschrift über die Kniebeuge war vom damaligen Kurfürsten Max IV. Joseph im Jahr 1803 abgeschafft worden, nachdem Baiern kein ausgesprochen katholisches Land mehr war und Katholiken und Protestanten in der gleichen Armee dienten. Wenn also der Priester den Segen gab, knieten sich die Katholiken hin, während die Protestanten gemäß ihrer Glaubensauffassung stehen blieben. Nun befiehlt aber König Ludwig I., dass Alle niederzuknien haben.

13. November 1841 – Königin Caroline von Bayern stirbt

München - München-Kreuzviertel * Königin Caroline von Bayern stirbt. König Ludwig I. verbietet die Aufbahrung der Toten in der evangelischen Kirche. Sie wird stattdessen in die Herzog-Maxburg gebracht. Schloss Biederstein erbt ihre jüngste Tochter, die Herzogin Ludovika in Bayern.

18. November 1841 – Das Portal der Theatinerkirche bleibt geschlossen

München-Kreuzviertel * Der Sarg der evangelischen Königin Caroline wird in einem feierlichen Zug von der Herzog-Maxburg zur Theatinerkirche geleitet. Sechzehn evangelische Geistliche gehen vor dem Sarg, dahinter König Ludwig I. und weitere hohe monarchische Würdenträger. An der Theatinerkirche angekommen, bleibt das Kirchenportal geschlossen. Trotz schlechten Wetters muss die Aussegnung vor der Kirche vorgenommen werden. Erst dann können die sterblichen Überreste der Königin an die Priester des Kollegiatsstifts von Sankt Cajetan übergeben werden. Die katholischen Priester sind in gewöhnlicher Straßenkleidung erschienen, die Kirche ist dem Anlass entsprechend nicht ausgeschmückt, keine brennenden Kerzen, keine Orgelmusik, kein Gesang. Die evangelischen Geistlichen dürfen die Theatinerkirche nicht betreten. Der Sarg wird ohne Gebet und Segen in der Gruft abgestellt. Angeordnet hat diese Maßnahmen gegen die Häretikerin der Erzbischof von München-Freising, Lothar Anselm Freiherr von Gebsattel.



19. November 1841 – Ein Trauergottesdienst für Königin Caroline in der Theatinerkirche

München-Kreuzviertel * Der Trauergottesdienst für die verstorbene evangelische Königin Caroline findet in der noch immer ungeschmückten Theatinerkirche statt. Erzbischof Lothar Anselm Freiherr von Gebstätt untersagt auch hier Gebete, Gesang, Kerzen und geistliches Ornat.

1842 – Franz Xaver Zacherl führt das „Dampfbier“ ein

Vorstadt Au * Franz Xaver Zacherl führt als erster Münchner Brauer das sogenannte „Dampfbier“ ein. Dabei verwendet er den Dampf zum Heizen der Braupfanne und seine Kraft zum Bewegen der Maischmaschine. Das eigentliche Brauverfahren bleibt jedoch unverändert. Heftiger Widerstand gegen den Einsatz von Dampf als Ersatz der Handarbeit kommt von den Bräuknechten, die befürchten, dass die zischenden und fauchenden Ungeheuer ihre Arbeitsplätze vernichten würden. Mit ihrem Protest erreichen sie zunächst die vorläufige Entfernung der Maschinen, was die anderen Brauer mit der Einführung des neuen Brauverfahrens noch warten lässt. Damals singen die Zecher: „Z' Minga braun's mit Dampfkraft as Bier, D' Kraft deans b'halt'n, an Dampf ham na mia!“

14. Februar 1842 – Königin Carolines Herz wird in der Theatinerkirche beigesetzt

München-Kreuzviertel * Das Herz der ersten bayerischen Königin Caroline wird in einer goldenen Urne in der Theatinerkirche beigesetzt. Üblicherweise werden die Herzen der Wittelsbacher in der Altöttinger Gnadenkapelle untergebracht. Nicht aber die Herzen der evangelischen Familienmitglieder. Bei diesem feierlichen Trauerakt sind die katholischen Geistlichen in liturgische Kleider gehüllt. Den evangelischen Geistlichen wird aber erneut der Zutritt in die Kirche verweigert. Dies geschieht allerdings mit dem ausdrücklichen Einverständnis von König Ludwig I..

8. Oktober 1842 – Prinzessin Marie Friederike wird feierlich an ihren Bräutigam übergeben

Bayreuth * In Bayreuth wird die preußische Prinzessin Marie Friederike in einem protestantischen Gottesdienst feierlich an Bayern und ihren Bräutigam übergeben. Dieser ist allerdings nicht selbst anwesend, sondern wird von Finanzminister Carl Graf von Seinsheim vertreten.

16. Oktober 1842 – Ein Festzug mit Brautpaaren bewegt sich auf die Theresienwiese



München - München-Theresienwiese * An diesem Sonntag versammeln sich 35 Brautpaare, die aus den acht Regierungsbezirken des Königreichs Bayern stammen, samt ihren Eltern oder deren Stellvertreter, mit den Trauzeugen und der sonst an jedem Ort üblichen Begleitung eines Brautzeuges. Sie werden in der katholischen Michaelskirche beziehungsweise der evangelischen Matthäus-Kirche verehelicht. Nach einem gemeinsamen Mittagssmahl im Saal des Alten Rathauses bewegt sich der etwa 400 Personen umfassende und in den unterschiedlichen Trachten gekleidete „Hochzeiter“-Zug zur Theresienwiese, in die die 24 katholischen und elf protestantischen Brautpaaren in bayerischer Tracht einbezogen werden. Das Kronprinzenpaar eröffnet das Oktoberfest. Danach wohnen die Brautpaare gemeinsam mit der Herrscherfamilie dem Hauptpferderennen und der Preisverleihung des Landwirtschaftsfestes bei.

1. Mai 1844 – Der Ausbruch der Münchner Bierrevolution

München-Graggenau * Eigentlich soll dieser Tag für die Stadt ein besonderer Festtag werden: In der Allerheiligen-Hofkirche vermählt Erzbischof Lothar Anselm von Gebstättel den österreichischen Erzherzog Albrecht mit Prinzessin Hildegard von Bayern. Noch während der Trauungszeremonie wächst im „Maderbräu“ im Tal der Unmut über den erhöhten Bierpreis. Dort sitzende Artilleriesoldaten und Fuhrleute beginnen zu protestieren. Ein zeitgenössischer Bericht vermerkt, es seien „über den hohen Bierpreis verschiedene Aeußerungen“ gefallen, ohne diese näher zu beschreiben. Anschließend heißt es: „Sie weigerten sich, mehr als sechs Kreuzer für die Maaß zu bezahlen.“ Die Erklärungsversuche des Wirtes bleiben wirkungslos und heizen die Stimmung weiter an. Die Aufständischen beginnen, „einige steinerne Maaßkrüge zu zerschlagen“. Innerhalb kürzester Zeit schließen sich ihnen weitere Angehörige der arbeitenden Bevölkerung an. Der Bericht schildert die Eskalation: „Es verging keine Viertelstunde, so waren in genanntem Bräuhaus alle Fenster und Krüge zerschlagen, Thüren und Kreuzstöcke aus den Mauern gerissen und eine allgemeine Zerstörung aller Meublen in den Gastzimmern angerichtet.“ Aus dem anfänglichen Streit über den Bierpreis entwickelt sich ein offener Aufruhr. Der zeitgenössische Bericht stellt fest: „Nun wurde die Sache ernsthafter und nahm einen weit schlimmeren Charakter als ein gewöhnlicher Bierexzeß an.“ Mit Steinen und Knütteln bewaffnet zieht die Menge zu weiteren Brauhäusern im Tal. Dort setzt sich die Zerstörung fort: „Man zog, mit Steinen und Prügeln versehen, nach den anderen Bräuhäusern im Thal, und auch hier wurde alles zerschlagen. Zum Einsprengen der geschlossenen Thüren bediente sich die tobende Menge der Wagendeichsel – das Pflaster wurde aufgerissen, die stärksten Thorflügel eingeschlagen. [...] In der Zeit von ein und einer halben Stunde waren in sämtlichen Bräuhäusern der Stadt alle Fenster eingeschlagen, Thüren und Kreuzstöcke zertrümmert, Meubel und



Gerätschaften zerschlagen.“ Die herbeigerufenen Gendarmen sind nicht in der Lage, die Ausschreitungen unter Kontrolle zu bringen.

4. Mai 1844 – Polizeiliche Maßnahmen und Ende der Unruhen

München * Der Münchner Polizeidirektor versucht, die Unruhen mit einem Erlass einzudämmen: „Das Zechen in den Gasthäusern wird von 6 bis 11 Uhr vormittags gar nicht, und nachmittags nur so lange geduldet, als keine Exzesse verübt werden. Bei vorfallenden Exzessen werden die Gasthäuser durch die bewaffnete Macht geräumt, und die Gäste setzen sich der Gefahr der Arretierung aus.“ Damit untersagt die Polizei den vormittäglichen Ausschank und droht bei weiteren Ausschreitungen mit der gewaltsamen Räumung der Gasthäuser und der Festnahme der Gäste. Nicht nur schlecht bezahlte Tagelöhner und andere Angehörige der unteren Bevölkerungsschichten wenden sich gegen die Preiserhöhung. Auch herbeigerufene Soldaten zeigen Verständnis für die Protestierenden und weigern sich teilweise, gegen die Aufständischen vorzugehen.

5. Mai 1844 – Eine vermeintlich „geordnete“ Revolte

München * Der Bierkrawall von 1844 erscheint in manchen zeitgenössischen Schilderungen beinahe als vergleichsweise geordneter Aufstand. Angesichts zweier Todesopfer lässt sich das Geschehen jedoch kaum als harmlose, aus dem Ruder gelaufene „Riesengaudi“ abtun. Aufseiten der Ordnungskräfte kommt ein Soldat der Schweren Reiterei ums Leben. Die Aufständischen betrauern einen Bürger, der nach den Worten eines Chronisten von einem Gendarmen „mehr gegen dessen Absicht im Gewirr und eigentlich ganz unschuldigerweise mit dem Bajonett erstochen ward“. Der bekannte Stenograf Franz Xaver Gabelsberger schildert den Ablauf in einem Brief an einen Verwandten. Seiner Darstellung zufolge richtet sich die Gewalt gezielt gegen den Besitz der Brauer, während anderes Privateigentum weitgehend verschont bleibt: „Die Revolte wegen dem Biere lief, wenn man so sagen darf, mit einer solchen Ordnung und echt bayerischer Besonnenheit ab, daß außer den Brauhäusern, auf welche der derbe Unwille der Volksmasse und des Militärs selbst gerichtet war, keines Menschen Eigentum beschädigt oder gefährdet war. In den Brauern gehörenden Häusern blieb allerdings kein Fenster bis in den dritten Stock hinauf, keine Türe, kein Laden, kein Tisch noch Stuhl, kein Ofen noch Uhr, kein Geschirr usw. mehr ganz. Es ging alles auf Kommando und in zehn Minuten war der Volkshaufen mit dem Haus fertig, die Gendarmen durften sich kaum in die Nähe wagen, und bis das Militär kam, waren sie gewöhnlich schon an jedem Platz fertig. Diese Geschichte ging schon vor acht Uhr abends an, und bis die Soldaten zum Zapfenstreiche nach Hause kamen, war das



meiste schon abgetan und viele hatten fleißig mitgewirkt. Dies wiederholte sich drey Tage lang, bis die Bekanntmachung angeschlagen wurde: Die hiesigen Bräuer haben sich erklärt, das Bier um sechs Kreuzer verleiten zu wollen! Auch das Brot, nachdem auch Bäckern die Fenster eingeworfen worden waren, wurde gleich um vieles größer. Und da das Volk nichts anderes wollte, als wohlfeileres Bier und Brot, wohl einsehend, daß die Teuerung nur eine wucherische und erkünstelte war, so ist seitdem nun wieder alles vollkommen ruhig!“ Gabelsbergers Brief macht deutlich, dass viele Zeitgenossen die Ausschreitungen nicht als politischen Umsturzversuch, sondern als gezielten Protest gegen die Verteuerung von Bier und Brot verstehen. Seine Schilderung von „Ordnung“ und „Besonnenheit“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Menschen sterben, zahlreiche weitere verletzt werden und erhebliche Sachschäden entstehen.

1. Dezember 1845 – Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Abel

München-Kreuzviertel * Die Stände-Versammlung wird für den 1. Dezember 1845 einberufen und tagt bis zum 24. Mai 1846. Die feierliche Eröffnung der Zusammenkunft der Volksvertreter findet, wie bereits beim vorhergegangenen Treffen des Jahres 1842, in der Residenz statt. König Ludwig I. sucht das Ständehaus in der Prannerstraße nicht mehr offiziell auf. Neun Abgeordnete werden ausgeschlossen, darunter acht Protestanten. Nun kocht der Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Karl August von Abel hoch. Die evangelischen Untertanen fühlen sich schon seit längerer Zeit zurückgesetzt und ungerecht behandelt.

12. Dezember 1845 – König Ludwig I. muss den Kniebeugeerlass zurücknehmen

München * König Ludwig I. muss den sogenannten Kniebeugeerlass vollständig zurücknehmen.

3. Februar 1848 – Ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei

München * Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 29. Januar 1848 verstorbenen Joseph von Görres führen an der Residenz vorbei. Es ist ein öffentlicher Protest der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft. Wieder steht Ernst von Lasaulx, der Neffe von Joseph von Görres, im Mittelpunkt. Er will aus den Trauerfeierlichkeiten um den Verstorbenen eine Großdemonstration der Ultramontanen Partei inszenieren. Die Polizeidirektion versucht solche Selbstdarstellungen zu verhindern und verbietet zunächst einen geplanten Fackelzug. Dies auch aus Angst vor Krawallen verfeindeter Studentenverbindungen, deren eine das neu



gegründete Korps Alemannia ist.

9. Februar 1848 – König Ludwig I. lässt die Universität schließen

München-Maxvorstadt * König Ludwig I. lässt wegen der öffentlichen Proteste der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft die Universität schließen und verfügt, dass alle Studenten umgehend München zu verlassen haben. Als der der Burschenschaft Alemannia zugehörige Eduard Graf von Hirschberg am Odeonsplatz von anderen Burschenschaftlern bedrängt wird, zieht der Graf sein Messer und fuchtelt damit in der Luft herum. Dadurch eskaliert die Situation. Verletzt wird bei dieser Aktion jedenfalls niemand. Lola Montez mischt sich unter die Schaulustigen und sieht sich sofort einer bedrohlichen Verfolgungsjagd ausgesetzt. Sie kann gerade noch vor der aufgebrachten Menge in die Theatinerkirche flüchten, wo sie von ausgerückten Kürassieren in die Residenz eskortiert werden muss. König Ludwig I. tobt und lässt daraufhin umgehend die Universität bis zum Wintersemester schließen. Außerdem verfügt er, dass alle nicht aus München stammenden Studenten innerhalb von 48 Stunden die Stadt zu verlassen haben. In München sind etwa 1.500 Studenten immatrikuliert. Rund die Hälfte davon zieht vor das Haus des Rektors Friedrich Wilhelm von Thiersch, der die Betroffenen mit den Worten beruhigt: „Sagen Sie überall, Sie seyen arme Studenten aus München, die man aus der Stadt gewiesen, aus Gründen, die Sie vor aller Welt aussprechen dürfen.“

10. Februar 1848 – Bürgerprotest bei König Ludwig I.

München * Doch jetzt werden die Münchner richtig sauer. Die Bürgerschaft sieht sich in ihrem „friedlichen Handel und Wandel“ bedroht und übernimmt die Forderungen der Studenten. Steine fliegen, Militär sichert das Palais der Montez. Tausend Bürger eilen zum Rathaus und von dort zur Residenz und fordern die Wiedereröffnung der Universität. Bürgermeister Kaspar von Steinsdorf nimmt die Protestadresse der Münchner Bürger entgegen und setzt - begleitet von 2.000 angesehenen Münchner Bürgern - eine Audienz beim König durch. Eine Deputation, bestehend aus sieben Vertretern, will mit dem König sprechen, der jedoch einen Empfang der Abordnung kategorisch ablehnt und nur unter großem Einsatz seiner Familienmitglieder dazu überredet werden kann. Bei den Verhandlungen lehnt König Ludwig I. jegliches Zugeständnis kategorisch ab und droht der Stadt im Umkehrschluss mit der Verlegung der Residenz an einen anderen Ort. Cholerisch verabschiedet er die Mitglieder der Deputation: „Es bleibt dabei, ich lasse mich nicht schrecken; man kann mir mein Leben

21. Februar 1848 – In Paris kommt es zu öffentlichen Protesten

1. Mai 1848 – Erneuter Bierkrawall nach der Abdankung Ludwigs I.

22. Juni 1848 – Ein bewaffneter Aufstand in Paris fordert über 3.000 Tote

17. Oktober 1848 – Der Oktoberaufstand von 1848 beginnt

Seite 33/91



Protestierenden befinden sich Soldaten, Handwerksgesellen, Jugendliche und Frauen. Sie verlangen, den Preis für eine Mass Bier auf vier Kreuzer zu senken. Schon bald gehen die ersten Fensterscheiben zu Bruch. In Wirtshäusern und Geschäften kommt es zu Verwüstungen. Der Bierpreis ist jedoch nicht die alleinige Ursache der Ausschreitungen vom 17. und 18. Oktober. Die Münchner Brauer bieten das Winterbier bereits für viereinhalb Kreuzer beziehungsweise 18 Pfennige je Mass an. Damit liegt ihr Preis zwei Pfennige unter dem amtlich festgesetzten Satz. Dennoch fordern die Aufständischen eine weitere Senkung auf vier Kreuzer. Der Protest bringt somit auch die allgemeine soziale und politische Unzufriedenheit des Revolutionsjahres zum Ausdruck.

23. April 1849 – Das Königreich Bayern lehnt die Reichsverfassung ab

München * Das Königreich Bayern lehnt die Reichsverfassung ab. Der Landtag tagt zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. In der Folge kommt es zu einer breiten Protestbewegung, die sich in der Pfalz sogar zum Aufstand auswächst. „Es verstand sich bei den Pfälzern von selbst, wenn der König von Bayern nicht deutsch sein wollte, die Pfalz aufhören müsse, bayerisch zu sein“.

26. Oktober 1854 – Die Königinmutter Therese stirbt an der Cholera

München-Graggenau * Die Königinmutter Therese stirbt an der Cholera. Ihre Grabstätte befindet sich heute in der Basilika Sankt Bonifaz in München.

28. Oktober 1854 – Bestattung ohne den Ex-König Ludwig I.

München - Darmstadt * Der Ex-König Ludwig I. reist in Begleitung seiner Tochter, der Großherzogin Mathilde von Hessen, und seinem Sohn Adalbert mit dem Eilzug nach Darmstadt. Er will scheinbar bei der Bestattung seiner evangelischen Frau Therese in der Theatinerkirche einen möglichen Eklat ausweichen, wie er sich 1841 bei Königin Caroline ereignet hat.

31. Oktober 1854 – Die Ex-Königin Therese wird in der Theatinerkirche beigesetzt

München-Kreuzviertel * Die evangelische Ex-Königin Therese wird vorübergehend in der Gruft der Theatinerkirche beigesetzt.



1859 – Bierboykott statt Straßenkrawall

München * Als der Münchner Magistrat den Schankpreis auf sechs Kreuzer je Mass festsetzt, reagiert die Bevölkerung mit einer neuen Form des Protests: Viele Menschen verzichten bewusst auf Bier. Die Münchner Stadtchronik berichtet: „Bei dem Eintritt des erhöhten Bierpreises ließ, wie wenn es allgemein verabredet gewesen wäre, der Bierkonsum mit einem Male auffallend nach. Die sonst am zahlreichsten besuchten Gastlokalitäten blieben spärlich besucht und waren sehr lange vor der Polzeistunde gänzlich leer. Es bildeten sich förmlich Bierenthaltungsvereine. [...] Arbeiter der großen, bei vierhundert Köpfe zählenden Maschinenfabrik von Maffei [verpflichteten sich] durch eigene Unterschriften, [bei] Eintritt des Feierabends kein Bier zu trinken, so lange die hohen Bierpreise bestünden.“ Der Boykott zeigt Wirkung. Mehrere Brauer und Wirte bieten ihr Bier schließlich unter dem amtlich festgelegten Preis an. Dennoch bleibt der Verbrauch deutlich niedriger als in den Vorjahren. Die Stadtchronik hält fest: „Aber dem ohngeachtet blieb die Bierkonsumtion im heurigen Winter gegen frühere Jahre bedeutend zurück, denn viele Hunderte hatten sich bereits daran gewöhnt, weniger Bier zu trinken.“ Anders als bei den früheren Bierkrawallen setzen die Münchner ihren Protest nun mit Konsumverzicht und wirtschaftlichem Druck durch.

1. Juni 1866 – Erneuter Bierkrawall in München

München * Während sich der Konflikt zwischen Österreich und Preußen zuspitzt und Bayern auf österreichischer Seite mobil macht, entzündet sich in München erneut ein Aufruhr am Bierpreis. Vom Sterngarten zieht eine protestierende Menge unter dem Ruf „Das Bier ist zu teuer!“ zum Karlstor. Auf ihrem weiteren Weg durch die Neuhauser Straße bis zum Färbergraben beschädigen die Aufständischen zahlreiche Brauereien und Wirtshäuser. Nur das Pschorr-Brauhaus bleibt verschont. Der alte Pschorr versichert der Menge: „Geht's nur weiter, ich geb das Bier schon um sechs Kreuzer.“ Auf die Frage „Ist's aber auch wahr?“ antwortet er: „Ganz gewiss!“ Daraufhin zieht die Menge weiter. Bei der Spatenbrauerei greifen schließlich Chevaulegers mit blanken Säbeln ein. Bei den gewaltsamen Zusammenstößen kommen zeitgenössischen Berichten zufolge zwei Menschen ums Leben; mehr als 100 werden verletzt.

September 1867 – Der Ostbahnhof-Standort wird neu festgelegt

München-Haidhausen * Nur wenige Wochen nach der vorhergehenden Entscheidung, stellt die Generaldirektion der kgl. Staatseisenbahnen fest, dass sie wegen bautechnischer Schwierigkeiten auf den Bau der Sedlmayr'schen Alternative zugunsten der



Eichthal'schen verzichten muss. Und diese Entscheidung steht felsenfest. Da bewirkten selbst die Proteste des Besitzers der Franziskaner-Leistbrauerei, Joseph Sedlmayr, der die getroffene Entscheidung lauthals als „Resultat gelungener Agitation und Privatspekulation“ bezeichnet, nichts mehr. Als eindeutiger Gewinner geht aus diesem monatelangen Tauziehen Carl von Eichthal hervor. Der Hofbankier hat anno 1856 zusammen mit den bedeutendsten deutschen Großunternehmern und Bankchefs die Ostbahn-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen. Carl von Eichthal gehört unter anderem dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten sowie der Abgeordnetenversammlung an und verfügt damit über einen massiven Informationsvorsprung, der seine Eisenbahngeschäfte mit der Bodenspekulation verschmelzen lässt. Bei der Entscheidungsfindung für die äußere Bahnlinie und dem Bahnstandsstandort am Kuisl war es zumindest nicht hinderlich, dass Gustav von Schlör vor seiner Ernennung zum Handelsminister lange Jahre Direktor bei der Ostbahngesellschaft war. Eichthal und Schlör kennen sich persönlich gut und dem entsprechend gut sind die geschäftlichen Verbindungen zwischen dem Bankier und dem Minister. Darüber, ob es interne Absprachen zwischen den beiden Akteuren gab oder dass der einflussreiche Bankchef Druck auf den Staatsminister ausübte, lässt sich nur spekulieren.

1868 – Der Untergiesinger Eisenbahndamm entsteht

München-Untergiesing * Zur optimalen Straßenführung legt die Bahnverwaltung „einen Eisenbahndamm von der Brücke angefangen bis zum Berge von Giesing, und durch diesen einen aufsteigenden tiefen Einschnitt“ an. Damit wird Untergiesing in zwei Hälften zerschnitten. Proteste der Untergiesinger stellen heraus, dass mit dem plumpen und unansehnlichen Bahndamm die Vorstadt in ihrer baulichen Entwicklung beeinträchtigt, dass zumindest die in der Nähe des Damms liegenden Grundstücke entwertet und der Bevölkerung eine „unästhetische und unerträgliche Last aufgebürdet“ wird. Der Stadtrat befürchtet bei einem Bruch des Hochwasserdamms der Isar können die hereinströmenden Wassermassen große Teile Untergiesings überschwemmen. Statt des festen Bahndammes fordert man deshalb die Herstellung der Bahntrasse auf Pfeilern. Die Bahnverwaltung hält aber die vorgetragenen Hochwasserängste für stark übertrieben, da genügend Öffnungen für Straßen und Bäche vorgesehen sind. Gleichzeitig stellt sie die - berechnete - Frage, ob eine leichtere Bauweise etwas an der Lautstärke und der Ästhetik ändern würde. Zum Bau des Bahndamms wird auf der gesamten Strecke zwischen dem Bergeinschnitt und der Braunauer Brücke ein sieben Meter hohes Holzgerüst aufgebaut. Diese Konstruktion trägt eine Rollbahn, mit der die Erdmassen aus dem Hangeinschnitt abtransportiert und anschließend auf beide Seiten der Holzkonstruktion herabgekippt werden. Das Holzgerüst verschwand nach und nach im aufgeschütteten



Eisenbahndamm. Zehn Monate sind dafür vorgesehen, um die 60.000 Kubikmeter Erdreich, die beim Aushub des Einschnitts zwischen dem Giesinger Berg und dem Ostbahnhof anfallen, auf den Bahndamm zu verteilen. Voraussetzung ist aber, dass die Bauarbeiter pro Tag rund 750 Waggons der Rollbahn mit Erdreich be- und entladen. Auf dem Streckenabschnitt sind drei Rollbahnzüge mit jeweils siebzehn Waggons ständig im Einsatz. Zu erheblichen Problemen führen nach der Inbetriebnahme der Bahnstrecke die Lärmentwicklung an der Eisenbahnbrücke am Kolumbusplatz und dem gesamten Weg des Damms. Der Lärmpegel war noch höher wie heute, da die Schienen ohne jede Geräuschdämmung direkt auf die eisernen Brückenläufe montiert worden waren.

1871 – Die Alt-Katholiken erhalten für elf Jahre die Nikolaikirche am Gasteig

München-Haidhausen * Der Magistrat der Stadt München überlässt - gegen den geharnischten Protest der katholischen Kirche - den Alt-Katholiken die Nikolaikirche am Gasteig für insgesamt elf Jahre.

1871 – Münchner Maurer treten in den Bierstreik

München * Aus Protest gegen schwankende Bierqualität sowie offene und verdeckte Preiserhöhungen treten Münchner Maurer in den Bierstreik. Sechs Wochen lang verzichten sie auf Bier und trinken stattdessen demonstrativ Milch. Schließlich eskaliert der Konflikt in gewaltsamen Ausschreitungen. Aus Sorge vor weiteren Angriffen bringen mehrere Brauer ihre Ehefrauen und Kinder vorübergehend außerhalb Münchens in Sicherheit. Erst als sich die Lage beruhigt, kehren die Familien in die Stadt zurück.

10. November 1873 – Grundsteinlegung für die evangelische Markuskirche

München-Maxvorstadt * Der Grundstein für die evangelische Markuskirche an der Gabelsbergerstraße in der Maxvorstadt wird gelegt.

1874 – Bierboykott mit Milch und Limonade

München * Im seit Jahren andauernden Bierpreisstreit greifen Münchner Arbeiter erneut zu einem wirkungsvollen Protestmittel: Ganze Belegschaften meiden jene Gaststätten, die den Preis für



einen Liter Bier auf neun Kreuzer erhöhen. Zeitgenössisch ist noch häufig vom englischen „Strike“ die Rede. Genau genommen legen die Arbeiter ihre Arbeit jedoch nicht nieder, sondern organisieren einen gezielten Bier- und Wirtsboykott. Auch Maurer aus Haidhausen und Giesing schließen sich der Bewegung an. Sie versprechen auf Ehrenwort, so lange Milch statt Bier zu trinken, bis der Preis wieder auf acht Kreuzer sinkt. Münchner Zeitungen stärken die Durchhaltungsmoral der Boykottierenden und veröffentlichen sogar Rezepte für preiswerte Ersatzgetränke. Unter der Überschrift „An das durstige Publikum“ empfiehlt die „Volksstimme“ eine selbst hergestellte Brauselimonade: „Wer da glaubt, das Bier nicht entbehren zu können, der mache den Versuch: Kaufe bei einem Materialisten ungefähr für 18 Kreuzer Weinsteinensäure, um neun Kreuzer doppeltkohlensaures Natron, nehme zu einem halben Liter Wasser zwei Teile Natron, einen Teil Weinsteinensäure, und das billigste Selterswasser ist fertig. Um 27 Kreuzer hat man eine ganze Woche Selterswasser – statt saurem Bier!“ Der organisierte Konsumverzicht zeigt einen Wandel der Protestformen: An die Stelle gewaltsamer Bierkrawalle tritt zunehmend der wirtschaftliche Druck auf Wirte und Brauer. Wer das Bier verteuert, soll darauf sitzen bleiben.

25. Juli 1874 – Bereits 43 Wirte senken den Bierpreis

München * Trotz des Widerstands der Brauer weitete sich der Bierboykott aus. Einer zeitgenössischen Meldung zufolge zwingt die Protestbewegung inzwischen 24 Wirte zum Einlenken. Insgesamt schenken bereits 43 Gaststätten den Liter Bier wieder für acht Kreuzer aus. Beim Streikkomitee gehen fortlaufend weitere Beitrittserklärungen ein: „Der Bierstrike der Arbeiter hat bis heute 24 Wirthe zur Kapitulation genöthigt. Die Gesamtzahl der Wirte, die das Bier zu 8 kr. geben, beträgt bereits 43. Fast stündlich kommen neue Anmeldungen beim Strike-Comite.“ Der Bericht greift anschließend Gabriel Sedlmayr und eine Aktienbrauerei mit scharfer Polemik und einer antisemitischen Beschimpfung an. Diese Wortwahl verdeutlicht, wie sehr die Auseinandersetzung um den Bierpreis inzwischen von persönlichen Angriffen und antisemitischer Agitation überlagert wird.

1. Januar 1875 – Ein Kompromiss beendet den Bierkrieg

München * Nach jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Wirten und Brauern endet der Münchner Bierboykott. Der allgemeine Preis für einen Liter Bier pendelt sich bei achteinhalb Kreuzern ein. Damit liegt er zwischen den von den Arbeitern geforderten acht Kreuzern und den von zahlreichen Wirten verlangten neun Kreuzern. In gehobenen Gaststätten müssen die Gäste allerdings weiterhin deutlich mehr bezahlen: Dort kostet der Liter Bier bis zu zehn Kreuzer. Der gefundene Kompromiss beendet zwar den organisierten Protest, beseitigt



jedoch nicht die Preisunterschiede zwischen den Münchner Wirtschaften.

28. Oktober 1877 – Die evangelische Markuskirche wird eingeweiht

München * Es leben 25.000 Protestanten in München. Da die evangelische Matthäuskirche in der Sonnenstraße mit ihren 1.500 Plätzen für die stetig wachsende Gemeinde zu klein geworden ist, hat man ein zweites Gebetshaus, die Markuskirche gebaut und an diesem Tag eingeweiht.

1878 – Das katholische Stadtpfarramt lehnt die Leichenverbrennung ab

Gotha * In Gotha entsteht Deutschlands erste Leichenverbrennungsanlage. Der Münchner Magistrat befragt daraufhin die drei Religionsgemeinschaften über Einwände gegen die Feuerbestattung. Während die Israelitische Kultusgemeinde keinerlei Einwand sieht und das protestantische Stadtpfarramt Änderungen des Ritus für unnötig erachtet, lehnt das katholische Stadtpfarramt die Leichenverbrennung kategorisch ab. Fürsprecher findet diese Bestattungsform bei den Sozialdemokraten. Sie fordern eine allgemeine Einführung der Feuerbestattung als einzige Möglichkeit, Chancengleichheit zu gewähren, da mit der Leichenverbrennung endlich die Klassenbegräbnisse hinfällig werden würden.

12. November 1880 – Öffentlicher Protest gegen den Antisemitismus

Deutsches Reich * 75 bedeutende Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker veröffentlichen die „Notabeln-Erklärung“ gegen den Antisemitismus. Sie verteidigen die Gleichberechtigung der Juden.

31. Dezember 1880 – 28.530 evangelische Einwohner in München

München * In München leben 28.530 evangelische Personen.

1882 – Grundstück für die neue Hauptsynagoge gesichert

München-Kreuzviertel * Die Bauplatzsuche für die neue Synagoge ist von Erfolg gekrönt. Auf persönliche Intervention von König Ludwig II. stellt die Königliche Krongutsverwaltung eines der



begehrtesten Grundstücke im innerstädtischen Bereich der Haupt- und Residenzstadt dafür zur Verfügung. Es kostet 348.000 Mark und ermöglicht den Bau eines freistehenden und repräsentativen Sakralbaus. Damit hat die jüdische Gemeinde erreicht, was den protestantischen Gläubigen bis zum heutigen Tag verwehrt blieb: Ein Gotteshaus innerhalb der alten Stadtmauern.

1882 – Die protestantische Schule an der Herrnstraße

München-Graggenau * Für die evangelischen Schulkinder des Münchner Ostens ist die protestantische Schule an der Herrnstraße zuständig. Lediglich den Kindern des ersten und des zweiten Schuljahres ist es wegen der Länge und Gefährlichkeit des Schulweges gestattet, die entsprechenden Klassen in einer katholischen Schule zu besuchen. Von diesem Entgegenkommen machen jedoch nur wenige Schüler Gebrauch, da die Mehrzahl der Eltern befürchtet, ihre Kinder würden von dem „katholischen Geist dieser Klassen“ negativ beeinflusst werden und nehmen deshalb lieber den Weg in die Stadt in Kauf.

10. Juni 1882 – Valentin Ludwig Fey wird getauft

München-Ludwigsvorstadt * Valentin Ludwig Fey wird in der Matthäuskirche nach evangelischem Ritus getauft.

1. Mai 1883 – Heinrich Vogelsang erwirbt die heutige Lüderitzbucht

Deutsch-Südwestafrika * Der 22 Jahre alte Kaufmannsgehilfe Heinrich Vogelsang erwirbt im Auftrag des Bremer Tabakhändlers Adolf Lüderitz die Bucht von Angra Pequena, die heutige Lüderitzbucht in Deutsch-Südwestafrika, und ein zirka 40 Meilen langes und 20 Meilen tiefes Landstück, um darauf einen Handelsposten zu errichten. Das Land gehörte bis dahin dem Volk der Nama in Bethanien. Vogelsangs Verhandlungspartner war Josef Frederiks II.. Der vereinbarte Kaufpreis für das circa 70 mal 35 Kilometer große Gebiet beträgt 250 alte Gewehre und 100 englische Pfund. Adolf Lüderitz hoffte auf dem - allgemein als wertlos angesehenen - Land, das sich um die Bucht herum erstreckte, Bodenschätze zu finden. Nach dem Vertragsabschluss wird dem Verkäufer jedoch erklärt, dass es sich nicht um englische Meilen [= 1,609 Kilometer], sondern selbstverständlich um preußische Meilen zu 7,532 Kilometer handelte. Josef Frederik II. hatte damit einen Großteil seines Stammesgebietes von rund 300 mal 150 Kilometer an Heinrich Vogelsang verkauft. Adolf Lüderitz beansprucht fortan ein um das



sechszehnfache größeres Gebiet. Die Nama fühlten sich von den Deutschen zurecht getäuscht, konnten sich aber trotz ihrer Proteste nicht durchsetzen. Dieser Handel ging als „Meilenschwindel“ in die Geschichte ein.

November 1883 – Die Bedeutung des Isarquaies für München

München-Lehel * Ein Artikel in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ befasst sich mit der Bedeutung des Isarquaies für München. Der Verfasser betont darin die städtebaulich „unvergleichlich günstige Lage des Mariannenplatzes“, der sogar als Bauplatz für den Justizpalast in Erwägung gezogen worden ist. Der evangelischen Kirchenverwaltung erscheint der Bauplatz als sehr teuer, weshalb sie noch das Gelände der „I. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung“ am Isartorplatz ins Gespräch bringt. Die Lokalbaukommission schlägt ihrerseits noch Standorte auf der südlichen beziehungsweise nördlichen Kohleninsel vor. Schließlich einigt man sich doch auf den Mariannenplatz als Standort für die Lukaskirche. Das Gotteshaus sollte eigentlich die protestantische Kirche für den Münchner Osten werden, doch bereits 1889 wurde am Preysingplatz in Haidhausen die Johanneskirche als evangelische Notkirche erbaut. Nun haben die Protestanten auch ihren Sammelpunkt jenseits der Isar. Doch das war bestimmt kein Zufall, denn der Architekt beider Kirchen ist Albert Schmidt, der gleichzeitig - heute kaum vorstellbar - den acht Mitgliedern der protestantischen Kirchenverwaltung in München angehörte. „Der soziale Status der protestantischen Gemeindemitglieder lag deutlich über dem Durchschnitt. Viele gehörten der geistigen und finanziellen Oberschicht an“, weshalb die Gruppierung sehr selbstbewusst auftrat, was im fundamental katholischen Bayern ganz bestimmt auch nötig war [und ist?].

1885 – Namensgebung für die evangelischen Kirchen

München-Ludwigvorstadt - München-Maxvorstadt * Die beiden evangelischen Kirchen erhalten ihre Namen: Matthäuskirche und Markuskirche.

1887 – Forderungen nach protestantischen Schulen und Kirchen

München-Haidhausen - München-Au - München-Giesing * Die protestantischen Bewohner der Vorstädte Haidhausen, Au und Giesing fordern neben der Errichtung einer Notkirche die Einrichtung von evangelischen Klassen. Es war nämlich zu dieser Zeit den evangelischen



Kindern nicht erlaubt, in Haidhausen die Schule zu besuchen; sie mussten in die protestantische Schule an der Herrnstraße im Tal ausweichen. Nur Erst- und Zweitklässlern gestattete man - wegen der Länge des Schulwegs - den Besuch der Haidhauser Schule an der Kirchenstraße. Doch die meisten protestantischen Eltern machten aus Angst vor „dem katholischen Geist dieser Klassen“ keinen Gebrauch davon.

16. September 1887 – Die neue Hauptsynagoge wird feierlich eingeweiht

München-Kreuzviertel * Um 17 Uhr erfolgt - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus. Architekt der Münchner Synagoge ist Albert Schmidt, der zuvor schon die Planungen für die protestantische Lukas-Kirche, die Deutsche Bank und den Löwenbräukeller ausgeführt hat. Der gesamte Kostenaufwand von über 1,5 Millionen Mark für die Kirche und das danebenstehende Gemeindehaus hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Jüdischen Kultusgemeinde bis an die Grenzen des Erträglichen belastet. Die Finanzierung des ehrgeizigen Bauvorhabens erfolgt in erster Linie durch Geld- und Sachspenden, aber auch durch den Verkauf von Betstühlen, die zwischen 200 und 1.700 Mark kosten. Der Preis richtet sich nach seinem Platz innerhalb des Sakralraums und der Nähe zur Heiligen Lade. Die neue Haupt-Synagoge entwickelte sich rasch zu einem Mittelpunkt des religiösen und kulturellen Lebens der Münchner Juden. Neben den Gottesdiensten wird das Haus auch für Konzerte und Vorträge genutzt. Das Anwachsen der Kultusgemeinde und der damit verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand macht den Bau eines neuen Gemeindehauses notwendig.

11. März 1888 – Von der Wirtshausrauferei zum Bierkrawall

München-Au * Nicht jeder Bierkrawall entsteht aus Protest gegen steigende Preise, die Obrigkeit oder die Brauereien. Das zeigt eine große Massenschlägerei, die als „Salvatorschlacht“ in die Münchner Stadtgeschichte eingeht. Zwar steigt der Preis für die Mass während der Starkbiersaison 1888 um einen Pfennig. Diese Erhöhung bildet jedoch lediglich den angespannten Hintergrund der Ereignisse. Ausgelöst wird die gewaltsame Auseinandersetzung am 23. März durch einen scheinbar nichtigen Anlass. Was zunächst wie eine gewöhnliche Wirtshausrauferei beginnt, entwickelt sich zu einem der bekanntesten Bierkrawalle des ausgehenden 19. Jahrhunderts.



27. Juni 1888 – Forderung nach Errichtung einer ersten und zweiten Klasse

München - München-Haidhausen * Die „protestantischen Einwohner der Vorstädte rechts der Isar“ erheben bei der Lokalschulkommission die Forderung nach Errichtung je einer ersten und zweiten Klasse in Haidhausen. Die Schulbehörde ist jedoch - aufgrund der in Haidhausen herrschenden Schulraumnot - nicht in der Lage, dem Antrag zu entsprechen, stellt aber die Errichtung der gewünschten Klassen nach der Fertigstellung des Erweiterungsbaues der Wörthschule für das Jahr 1891/92 in Aussicht.

September 1888 – Am Mariannenplatz soll die dritte evangelische Kirche entstehen

München-Lehel * Die Münchner Gemeindegemeinden beschließen, der protestantischen Kirchengemeinde den Mariannenplatz zum Bau ihrer dritten Kirche zu überlassen. Als Bedingungen werden gestellt, dass der Bau innerhalb der nächsten drei Jahre begonnen und als ein der Quaistraße entsprechender und monumentaler Bau ausgeführt werden muss.

20. Oktober 1889 – Einweihung der protestantischen Johanneskirche

München-Haidhausen * Aktive Protestanten haben über 30.000 Mark an Spendengeldern gesammelt, um am Haidhauser Preysingplatz eine Notkirche, die Johannes-Kirche, mit 200 Sitzplätzen zu errichten. An diesem Tag wird die Kirche eingeweiht.

1892 – Valentin Ludwig Fey geht in die rein protestantische Herrnschule

München-Au - München-Grägenau * Valentin Ludwig Fey wechselt in die rein protestantische Schule an der Herrnstraße über. Den Schulbesuch empfindet er als „Siebenjährige Zuchthausstrafe“.

Juli 1892 – Kurt Eisner heiratet die Protestantin Lisbeth Hendrich

Eberswalde * Kurt Eisner heiratet in Eberswalde - gegen den ausdrücklichen Wunsch seiner Eltern - die Protestantin Lisbeth Hendrich.

22. Juni 1893 – Forderungen nach weiteren evangelischen Klassen



München-Haidhausen * Der protestantische Kirchenbauverein wendet sich an die Lokalschulkommission, um eine dritte und vierte evangelische Klasse in Haidhausen zu errichten.

29. Juni 1893 – Grundsteinlegung für die evangelische Lukaskirche

München-Lehel * Der Grundstein für die evangelische Lukaskirche im Lehel wird gelegt.

1895 – 57.478 Protestanten leben in München

München * Die evangelische Gemeinde Münchens umfasst 57.478 Mitglieder.

1896 – Dritte und vierte evangelische Klassen in Haidhausen

München-Haidhausen * Nach wiederholten Gesuchen an die Lokalschulkommission werden in Haidhausen eine dritte und vierte evangelische Klasse eingerichtet.

29. November 1896 – Die evangelische Lukaskirche wird eingeweiht

München-Lehel * Die evangelische Lukaskirche wird eingeweiht. Ihr Baustil ist historisierend mit eindeutig herausragenden Jugendstilelementen. Das Evangelische Gemeindeblatt stellt mit Genugtuung fest, dass die „Kirchengemeinde die Kosten des großen Werkes, ohne Lotterie, Kollekte oder dergleichen, auf ihre eigenen Schultern genommen“ hat. Die Lukaskirche wird oftmals als der Dom der evangelischen Mitbürger in München bezeichnet. Sie wird heute vom tosenden Verkehr und Lärm der Steinsdorfer Straße eingezwängt.

1900 – Es gibt nur eine einzige evangelische Gemeinde in München

München - München-Haidhausen - Perlach * Es gibt nur eine einzige evangelische Gemeinde in München. Danach wird für alle östlich der Isar gelegenen Stadtteile die Kirchengemeinde St. Johannes, mit der Notkirche in der Haidhauser Preysingstraße, gebildet. Auch in Perlach gibt es viele evangelische „Linksrheinern“; doch diese gehören damals noch nicht in den Burgfrieden Münchens.



6. Juni 1901 – Der Kirchenbauverein fordert ein evangelisches Schulhaus

München-Haidhausen * In Haidhausen gibt es vier evangelische Knaben- und fünf evangelische Mädchenklassen. Da aber die protestantischen Klassen in der Unterbringung gegenüber den katholischen Klassen wesentlich benachteiligt sind, fordert der evangelische Kirchenbauverein die Erbauung eines evangelischen Schulhauses in Haidhausen.

20. Juni 1901 – Der Antrag für ein evangelisches Schulhaus wird genehmigt

München-Haidhausen * Die Lokalschulkommission entspricht dem Antrag des evangelischen Kirchenbauvereins auf Errichtung einer evangelischen Schule in Haidhausen.

3. Juli 1901 – Cosima Wagner protestiert vor Gott und den Menschen

Bayreuth - Bogenhausen - Haidhausen * Cosima Wagner ist der zügig fortschreitende Baufortgang des Prinzregenten-Theaters ungeheuer. Protestierend legt sie „vor Gott und den Menschen“ einen schriftlichen Eid ab, in dem sie betont, dass es „des Meisters endgültiger Wille“ gewesen sei, dass „sein Theater einzig in Bayreuth stehe“.

1902 – Protestantischen Klassen werden in die Wörthschule verlegt

München-Haidhausen * Protestantischen Klassen werden in die Wörthschule verlegt und dafür kleinere katholische Klassen der Wörthschule in den von den evangelischen Kindern verlassenen Schulräumen an der Kirchenstraße übersiedelt.

November 1902 – Proteste gegen die Eisenbrücke

München-Giesing * Gegen die Verschiebung der eisernen Wittelsbacher Brücke an die Stelle der heutigen Tierparkbrücke erheben sich - wegen der Zerstörung des Landschaftsbildes - erhebliche Widerstände. Als Alternative soll nun eine Betonbrücke mit fünf Bögen durch Professor Friedrich von Thiersch ausgeführt werden.

Dezember 1902 – Proteste des Isartalvereins gegen die Brückenplanungen



München-Giesing * Der Isartalverein - unter seinem Vorsitzenden Gabriel von Seidl - will sowohl die Verlegung der eisernen Wittelsbacher Brücke verhindern, befürchtet aber zugleich die Zerstörung des Landschaftsbildes durch eine Betonbrücke.

17. September 1904 – Proteste gegen den Hungerkünstler Ricardo Sacco

München-Theresienwiese * Als sich der Hungerkünstler Ricardo Sacco während des Oktoberfestes zur Schau stellt, kommt es zu Protesten der Münchner Bevölkerung. Sie will es nicht dulden, dass ein Mensch inmitten der „Genüsse des Festes“ hungert.

3. Oktober 1904 – Die Flurschule wird eröffnet

München-Haidhausen * Die Flurschule wird als 5. Haidhauser Schule eröffnet. Sie ist zugleich die 5. evangelische Schule in München.

5. Oktober 1908 – Österreich-Ungarn annektiert Bosnien und Herzegowina

Wien - Bosnien - Herzegowina - Paris - London - Petersburg - Berlin * Österreich-Ungarn annektiert - ohne Rücksprache mit den Großmächten - Bosnien und Herzegowina, gliedert sie also in die k.u.k. Monarchie ein. Die Großmächte Frankreich, England und Russland sowie die Balkanstaaten protestieren gegen die österreichische Annektion. Ein Krieg wird nur verhindert, weil sich das Deutsche Reich mit Hinweis auf die Nibelungentreue auf die Seite von Österreich-Ungarn stellt.

1909 – Das erste vollautomatische Großstadtwahlamt Europas in Schwabing

München-Schwabing * Das in Schwabing befindliche erste vollautomatische Großstadtwahlamt Europas macht eine Vielzahl von Vermittlungskräften überflüssig. Die Eröffnung des Selbstwahlamtes führt zu Protesten. In einem Gutachten äußert ein Münchner Arzt, „dass durch das Wählen die Fernsprechteilnehmer eine Schädigung ihres Nervensystems erfahren würden“. Die Aufregung legt sich erst, nachdem die Telefonabonnenten die Vorteile des Selbstwählens erkannt haben.

Mai 1911 – Bischof Faulhaber löst sämtliche Simultankirchen auf



Speyer * Kurz nachdem Michael Faulhaber zum Bischof ernannt worden ist, löst er im Bistum Speyer sämtliche Simultankirchen auf. Das sind Gebetshäuser, in denen seit langer Zeit Katholiken und Protestanten - zu verschiedenen Zeitpunkten - ihre Andachten abhalten.

1913 – 86.000 Protestanten leben in München

München * Münchens evangelische Gemeinde hat 86.000 Mitglieder.

1914 – Planungen für den Bau einer evangelischen Kirche in Giesing

München-Giesing * Bis zum Ersten Weltkrieg steigt die Zahl der Protestanten in Giesing so sehr an, dass man einen eigenen Kirchenbau plant.

29. Juni 1914 – Grundsteinlegung für die evangelische Johanneskirche

München-Haidhausen * Der Grundstein für die evangelische Johanneskirche in Haidhausen wird gelegt. Mit dem Anwachsen der evangelischen Kirchengemeinde ist der Behelfsbau zu klein geworden. Eine neue Kirche auf dem gleichen Platz muss her. Als Architekt wird Albert Schmidt erkoren, der zuvor schon die Lukas-Kirche erbaut hat. Außerdem hat er sich einen Namen gemacht mit dem Bau der Synagoge, der Deutschen Bank und des Löwenbräukellers.

25. Juli 1914 – Flammender Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer

Berlin * Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei - SPD veröffentlicht einen Massenprotest gegen den drohenden Krieg, in dem es heißt: „Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung.“ In 160 Städten finden bis Ende Juli 288 Versammlungen und Aufmärsche statt, an denen sich nach Angaben des Veranstalters mehr als eine Dreiviertel Million Menschen beteiligen. Alleine die große Antikriegsdemonstration der SPD in Berlin am 28. Juli umfasst über 100.000 Teilnehmerinnen



und Teilnehmer. Und das, obwohl die Kundgebung vom Berliner Magistrat ausdrücklich verboten worden ist.

26. Juli 1914 – Österreich hat seine Truppen an der Grenze zu Russland mobilisiert

Berlin * Während im Berliner Lustgarten die SPD noch „flammenden Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer“ erhebt und sich in den folgenden Tagen bei weiteren Straßendemonstrationen Tausende Menschen gegen den Krieg beteiligen, hat Österreich-Ungarn bereits seine Truppen an der Grenze zu Russland mobilisiert.

4. August 1914 – Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien

Berlin - Brüssel * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gibt vor dem Reichstag eine Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien ab. Die Reaktionen der Abgeordneten finden sich in den eckigen Klammern wieder: „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; [lebhaft Zustimmung] und Not kennt kein Gebot! [Stürmischer Beifall] Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, [Bravo!] vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. [Erneutes Bravo.] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. [Hört! Hört!] Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. [Lebhaft Zustimmung.]

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. [Sehr richtig!] Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. [Bravo!] Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! [Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.] Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn“.

7. Mai 1915 – Ein deutsches U-Boot versenkt den Passagierdampfer Lusitania

Irland * Ein deutsches U-Boot versenkt vor der Südküste Irlands den britischen Passagierdampfer Lusitania. In nur 18 Minuten sinkt das Schiff. 1.198 Menschen sterben, darunter 128 US-Amerikaner. Nur 761 Passagiere können gerettet werden. Amerikanische Proteste bewirken



die vorübergehende Einstellung des Uneingeschränkten-Boot-Krieges des Deutschen Reichs.

1. April 1916 – Glocken für die evangelische Johanneskirche

München-Haidhausen * Schon am Tag vor der Einweihung der evangelischen Haidhauser Johanneskirche läuten schon deren Glocken. Sie tragen die Inschriften: „Ehre sei Gott in der Höhe“, „Friede auf Erden“ und „Den Menschen ein Wohlgefallen“. Die Glocken waren ursprünglich für eine Gemeinde in Ostpreußen bestimmt, die durch die Kriegszerstörungen keine Kirche und keinen Turm mehr hatte.

2. April 1916 – Die evangelische Johanneskirche wird eingeweiht

München-Haidhausen * Die evangelische Johanneskirche in Haidhausen wird eingeweiht. Die Kirchenchronik vermerkt: „Ein erstaunlicher Vorgang ist die Fertigstellung und Einweihung der St.-Johannes-Kirche in Haidhausen. In einer Zeit, in der alle Kräfte des Volkes angespannt werden müssen, um dem Krieg seinen Tribut zu zollen, kann die protestantische Gemeinde Münchens ihr sechstes Gotteshaus erstellen und in Gebrauch nehmen. Die große neuromanische Kirche mit ihrem hohen Turm tritt an die Stelle der Notkirche von 1889“.

3. März 1917 – Bei den Petersburger Putilow-Werken bricht ein Streik aus

Petersburg * Bei den Putilow-Werken, einem Petrograder Rüstungsbetrieb, bricht ein Streik aus. Die Gründe sind in der wirtschaftlichen Zerrüttung und dem erfolglosen Kriegsverlauf zu suchen. Die Direktion des Werkes reagiert darauf mit der Aussperrung von 30.000 Beschäftigten, was umgehend zu einer Protestdemonstration gegen die katastrophale Versorgungslage führt.

8. März 1917 – In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution

Petersburg * In Petrograd beginnt die eigentliche Revolution. In den Putilow-Werken wird erneut gestreikt, die Streikenden demonstrieren für eine bessere Versorgung, vor allem mit Brot. Gegen 14 Uhr treten die Arbeiterinnen in der Fabrik Ayvas ebenfalls in den Ausstand. Sie demonstrieren gegen die Brotknappheit und für die Rückholung ihrer Männer von der Front. Den protestierenden Frauen schließen sich im Laufe des Tages rund 130.000 Arbeiter an. Dabei schlagen die



Kundgebungen ins Politische um: „Weg mit der Monarchie! Schluss mit dem Krieg!“ steht auf den Transparenten. Die Lage in Petrograd gerät immer mehr außer Kontrolle. Es kommt zu den ersten schweren Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und dem Militär. Sehr schnell gibt es in den Betrieben Wahlen zu Arbeiterräten. Eine Form der Selbstorganisation, die die Arbeiter schon im Jahr 1905 entwickelt hatten. Daraus entstehen in der Folge Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Land.

9. März 1917 – Die Petersburger Proteste münden in einen Generalstreik

Petersburg * In den folgenden Tagen münden die Proteste in einen Generalstreik, aber auch in Plünderungen und Ausschreitungen. Die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage, da sich die herbeigerufenen Soldaten mit den Demonstranten verbrüdern. Zar Nikolaus II. reagiert auf die Streiks, indem er dem Militär befiehlt, mit Waffengewalt gegen die aufbegehrende Menschenmenge vorzugehen. Am Nachmittag schießen Angehörige eines Garderegiments auf die „Aufrührer“. Sechzig Demonstranten sterben. Das bewirkt jedoch genau das Gegenteil, da nun auch an anderen Orten die Proteste beginnen. Ganze Regimenter wechseln die Seiten. An anderen Orten dagegen gingen Soldaten gegen die Polizei vor.

25. August 1917 – Fünf Anführer des Matrosenaufstandes werden zum Tode verurteilt

Wilhelmshaven * Fünf Anführer des Matrosenaufstandes vom 5. August 1917 werden zum Tode verurteilt. Drei Todesurteile werden in Haftstrafen umgewandelt. Der Oberbefehlshaber der deutschen Flotte, Admiral Reinhard Scheer, besteht jedoch auf der Erschießung der beiden Heizer Max Reichpietsch und Albin Köbis, die als Hauptredner bei den Protestversammlungen aufgetreten waren.

31. Januar 1918 – Polizei-Attacken gegen die streikenden Arbeiter

Berlin * Am Humboldtshain im Stadtviertel Gesundbrunnen wächst die Zahl der demonstrierenden Menschen immer stärker an. Dem Großaufgebot der berittenen Gendarmerie stellt sich eine Menschenmenge entgegen und ruft: „Schluss mit dem Völkermorden!“ Da ziehen die Polizisten ihren Säbel und sprengen nach Art einer Kavallerie-Attacke in die Menge hinein. „Gellende Schreie und Protestrufe wurden laut. Stöhnend sank ein Arbeiter zu Boden. Daraufhin wurden die Berittenen umringt. Ein Reiter stürzte, andere wurden vom Pferd gerissen“, schreibt ein Augenzeuge.



1. Februar 1918 – Protestmarsch der Streikenden zum Polizeipräsidium

München-Schwabing * Am Vormittag treffen sich die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Geschützwerke, Teile der Belegschaft der Lokomotivfabrik Maffei sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger und des BMW-Werkes zur Auftaktveranstaltung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie in einem Protestmarsch zum Polizeipräsidium in der Ettstraße. Stand bisher die Friedensfrage im Mittelpunkt, so wird nach der Verhaftungsaktion die Freilassung der Gefangenen zur Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck hat die Versammlung eine vierköpfige Kommission gewählt, die beim Polizeipräsidenten die Freilassung der Inhaftierten erwirken soll. Da - nach Aussage des Polizeipräsidenten - die Polizei keine Einflussmöglichkeiten auf die gerichtlichen Entscheidungen hat, muss die Kommission ohne Ergebnis wieder abziehen.

1. Februar 1918 – Marsch zur Maffei-Maschinenfabrik

München-Schwabing * Die Streikenden der Bayerischen Geschützwerke beenden ihren Protestmarsch zu einer Kundgebung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie weiter zur Maffei-Maschinenfabrik.

16. Juli 1918 – Frauen-Demo vor der Lebensmittelkartenverteilstelle

München-Obergiesing * Hunderte Frauen aus den östlichen und südlichen Stadtvierteln Münchens versammeln sich vor der Lebensmittelkartenverteilstelle in der Silberhornstraße in Giesing, um gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung zu protestieren. Sie ziehen weiter zum Lebensmittelamt in der Thalkirchner Straße und von dort zum Rathaus, wo sie „laute Rufe um Brot“ erheben. Der Ausschuss für Lebensmittelversorgung bewilligt daraufhin die „Abgabe von verbilligtem Gemüse und ein Pfund Frühkartoffeln für den Kopf und die Woche“.

30. September 1918 – Glocken zur Verwendung als Kriegsmaterial

München * Die zur Verwendung als Kriegsmaterial bestimmten zehn Glocken der sechs protestantischen Kirchen ist abgeschlossen.

3. November 1918 – Antimonarchische Parolen vor dem Wittelsbacher Palais



München-Maxvorstadt * Auch vor dem Wittelsbacher Palais, dem eigentlichen Münchner Wohnsitz der königlichen Familie, brüllen Menschen antimonarchische Parolen. König Ludwigs III. Familie wohnt zwar zum Zeitpunkt der Protestaktion nicht in seinem Lieblingswohnsitz an der Brienner Straße, sondern in der Residenz. Doch seit dem Umsturz von 1848 hat es keine derartige direkte und ungehinderte Provokation gegen einen regierenden Monarchen in Deutschland mehr gegeben.

6. November 1918 – Das Militär ist von der neuen Regierung völlig unbeeindruckt

Berlin * Da sich das Militär völlig unbeeindruckt von der neuen Regierung zeigt und die deutschen Wehrbehörden auch weiterhin junge Männer zum Wehrdienst einziehen, als sei nichts geschehen, protestieren die Unabhängigen Sozialdemokraten gegen die Fortsetzung des Krieges und rufen die Arbeiterschaft auf, sich bereitzuhalten. Denn „die Geschicke des deutschen Volkes werden durch dunkle Mächte gelenkt, die bereit sind, das Verderben des Volkes zu vollenden“. Sie zählen zu den „Mächten der Finsternis“ offenbar auch die „Regierungssozialisten“ mit ihren Aufrufen, die Ruhe zu bewahren: „Jede selbstständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden.“

7. November 1918 – Eine Versammlung nach den Vorstellungen Erhard Auers

München-Theresienwiese * Die Versammlung verläuft zunächst ganz nach den Vorstellungen Erhard Auers. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter marschieren geschlossen an. Um 15:15 Uhr beginnen die Ansprachen, dafür sind 15 Minuten vorgesehen. Der MSPD-Führer und weitere Funktionäre halten ihre Reden an der Bavaria, in der sie hervorheben, dass die Sozialdemokratische Partei weder zum Streik noch zur Revolution auffordert, sondern die Entwicklung zum Volksstaat auf parlamentarischen Wegen erreichen möchte. Um 15.45 Uhr lassen sie dann über eine Resolution abstimmen, danach löst sich die Versammlung auf. Nun formieren sich die Teilnehmer zur großen Friedensdemonstration. Mit einem Musikkorps an der Spitze marschiert der größte Teil der Massendemonstration unter Führung von Erhard Auer in vollkommener Disziplin über die Landwehrstraße, Sonnenstraße, Karlsplatz, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Brienner Straße, Residenzstraße, Maximilianstraße und schließlich längs der Isar entlang bis zum Friedensengel. Hier löst sich der Protestmarsch nach einer kurzen Schlussansprache des MSPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten Franz Schmitt auf.



11. November 1918 – Die Oberste Heeresleitung soll die Disziplin aufrecht erhalten

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten ermächtigt die Oberste Heeresleitung - OHL, Anordnungen zu treffen, mit denen die notwendige Disziplin aufrecht erhalten werden soll. Dagegen gibt es heftige Proteste der Soldatenräte, was die Regierung zur Präzisierung seiner Anordnung zwingt. Die Ermächtigung soll nur für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen gelten.

14. November 1918 – Die Bayerische Mittelpartei wird in Nürnberg gegründet

Nürnberg * In Nürnberg wird die Bayerische Mittelpartei - BMP gegründet. Die Anhängerschaft der Partei rekrutiert sich aus protestantischen Kreisen des Bildungsbürgertums und der Beamtenschaft sowie des protestantischen fränkischen Mittelstands, des Kleinbauernums und der Deutschnationalen. Sie lehnt - wie die Deutschnationale Volkspartei - DNVP, die sie sich im März 1920 als bayerischer Landesverband anschließen wird, - die Staatsform der Republik ab.

20. November 1918 – Pacelli begründet seine Ablehnung der Regierung Eisner

München - Vatikan * Der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., berichtet in seinem dritten analytisch-zusammenfassenden Bericht ausführlich an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri zur Deutung und Auswirkung der Revolution nach Rom. In diesem Brief begründet Nuntius Pacelli auch, warum er den Kontakt zur neuen bayerischen Regierung unter Kurt Eisner ablehnt: Die Entscheidung zum Kulturkampf statt zum pragmatischen Kompromiss. Das Entgegenkommen der neuen Regierung ist nur taktisch bis zur nächsten Wahl, danach beginnt die offene Kirchenfeindschaft. Ein diplomatischer Kontakt wird die Katholiken nur verwirren und demobilisieren, anstatt sie auf den Gegner einzuschwören. Die Regierung Eisner besteht aus Juden, Atheisten und Protestanten, alles Sozialisten. Mit solchen Leuten sind keine anständigen Beziehungen möglich. Eisner ist ein ostgalizischer Jude, der wegen politischer Verbrechen mehrfach bereits eingesperrt war.

26. November 1918 – Protest gegen Kurt Eisners Kriegsschuldfrage

Berlin - München * Das Auswärtige Amt in Berlin protestiert gegen die Veröffentlichungen von Kurt Eisner zur Kriegsschuldfrage. Dr. Friedrich Wilhelm Mücke, der Bayerische Gesandte in Berlin, droht daraufhin dem Auswärtigen Amt mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen



durch die Bayerische Regierung.

29. November 1918 – Von der Verletzung der Abrüstungsbestimmungen

München * Auf der Kabinettsitzung wird über die Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Waffenstillstandsabkommens beraten. Dabei stellt sich heraus, dass die Stilllegung der Munitionsindustrie in München 8.000 Arbeiter erwerbslos machen würde. Es wird nichts unternommen, die Produktion wird noch bis Mitte Januar 1919 fortgesetzt. Die Räte protestieren nicht. Für Kurt Eisner ist es ein bedrückendes und moralisches Dilemma, denn es ist nicht nur ein Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen, sondern auch eine stillschweigende Verleugnung eines Ziels der Revolution.

6. Dezember 1918 – Die Verhaftung des Vollzugsrats verhindert

Berlin * Zur selben Zeit wird der Versuch unternommen, den Vollzugsrat zu verhaften. Er ist neben dem Rat der Volksbeauftragten das wichtigste Organ der Revolution. Weil sich die Betroffenen gegen die Verhaftung wehren und protestieren, kommt der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn mit Kräften der Sicherheitswehr dem Vollzugsrat zu Hilfe. Die Verhaftung scheitert - die Putschisten müssen erfolglos abziehen.

6. Dezember 1918 – Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Spartakusgruppe

Berlin * Die Spartakusgruppe hat für den 6. Dezember drei Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen beim Polizeipräsidium angemeldet. Die Protestveranstaltungen werden mit der Auflage genehmigt, dass keine Waffen mitgeführt werden. Die drei Versammlungen finden am späten Nachmittag in den Germania-, Sophien- und Andreas-Sälen statt. Die Redner üben harsche Kritik an der Regierung und protestieren gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Während der Versammlungen verbreitet sich die Nachricht von der mutmaßlichen Verhaftung des Vollzugsrats und von Friedrich Eberts Ausrufung zum Präsidenten. Entsprechend erregt beginnen gegen 16:30 Uhr die Demonstrationen.

7. Dezember 1918 – Die USPD solidarisiert sich mit Spatakus

Berlin * Die undurchsichtigen Vorgänge und das Blutbad vom 6. Dezember steigert das



Misstrauen der USPD gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten. Die Freiheit, das Berliner Parteiorgan der USPD, solidarisiert sich mit dem Streikaufruf von Spartakus mit folgenden Zeilen:

„Wir verstehen die Empörung und teilen die Gefühle unserer Genossen. Wir begrüßen ihre Initiative. Der Streik soll ein Protest sein gegen das ruchlose Vorgehen in der Chausseestraße, gegen gegenrevolutionäre Umtriebe und eine Sympathiebezeugung für die armen Opfer!“

10. Dezember 1918 – Die Räte bilden eine Kommission zur Überprüfung der Richtlinie

München * Auf der Sitzung der bayerischen Arbeiterräte erklärt Innenminister Erhard Auer, dass er über 600 Telegramme herausgegeben hat, in denen Beschlüsse von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten aufgehoben worden sind. Die Sitzung ist aufgrund von Protesten gegen die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte der Räte aus der Provinz einberufen worden. Man beschließt eine Kommission zur Überprüfung der Richtlinie.

17. Dezember 1918 – Die Volksmarinedivision alarmiert den Räte-Kongress

Berlin * Protestierende Soldaten unter dem Führer der Volksmarinedivision, Heinrich Dorrenbach, erscheinen im Plenum des Ersten Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und alarmieren die anwesenden Delegierten. Sie fühlen sich durch die zurückgekehrten Fronttruppen, dem Kriegsministerium und der Stadtkommandantur bedroht. Wo die Frontsoldaten auf die Räte treffen, kommt es zu Zusammenstößen. Versuche, die Soldatenräte zu behindern oder gleich ganz aufzulösen sowie die Embleme der Revolution zu beseitigen, sind keine Einzelfälle.

18. Dezember 1918 – Die Protesterklärung der Bayerischen Bischofskonferenz

München * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber reagiert auf die „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918 überraschend pragmatisch und ist sogar bereit, die Schulaufsicht kampflos aufzugeben. Auf der Bayerischen Bischofskonferenz erstellen die Bischöfe allerdings eine gemeinsame Protesterklärung gegen die schulpolitischen Maßnahmen der Revolutionsregierung. Die Bischöfe beklagen darin die einseitige Verletzung des im Konkordat anerkannten Rechts und betonen die langjährige und treue Mitarbeit der Kirche im Erziehungswesen.



18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

20. Dezember 1918 – Den Vatikan über die Protesterklärung zur Schulaufsicht informiert

München - Vatikan * Uditore Lorenzo Schioppa informiert den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri über Protesterklärung des bayerischen Episkopats gegen die vom bayerischen Ministerrat erlassene „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918.

20. Dezember 1918 – Massiver Protest zur Abwehr der bolschewistischen Strömungen

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP, die Deutsche Volkspartei - DVP und die Nationalliberale Partei - NLP wenden sich in einem außerordentlich scharfen Appell an die vorläufige bayerische Regierung und fordern die Abwehr der „bolschewistischen Strömungen“



und der „Übergriffe der Räte“.

29. Januar 1919 – Die Freisinger Erklärung der bayerischen Bischöfe

Freising * Für den Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber ist Kultusminister Johannes Hoffmann ein „ausgesprochener Kulturkämpfer und Kirchenhasser“. In ihrer Freisinger Erklärung fassen die Bischöfe ihren „flammenden Protest“ zusammen und prangern in einem Hirtenbrief die Maßnahme als „Fehdehandschuh gegen den Herrn selbst“ an. Der Hirtenbrief beginnt so: „Herodes der Kindermörder ließ die unschuldigen Kinder von Bethlehem hinschlachten. Unbekümmert um das Weinen und Wehklagen der Mütter, unbekümmert um das Todeswimmern der sterbenden Kinder, ließ er an wehrlosen Kindern seine Wut aus, um mit ihnen den neugeborenen König der Juden, den vermeintlichen Anwärter seines Thrones aus dem Weg zu schaffen.“ In einer extrem polemischen und ehrverletzenden Art geht es weiter: „Geliebte Erzdiözesanen! Am letzten Montag ist im Volksstaate Bayern eine Verordnung ergangen, die vor dem Richterstuhl Gottes schwerer wiegt als der Blutbefehl des Herodes. Durch eine Verordnung des Unterrichtsministers wurde der Religionsunterricht in allen bayerischen Schulen als Pflichtfach abgesetzt und als Wahlfach der Willkür der Eltern und Vormünder ausgeliefert.“

3. Februar 1919 – BVP-Proteste gegen den Religionsunterrichts-Erlass

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP hält in allen Stadtteilen Protestversammlungen gegen den Religionsunterrichts-Erlass ab, der den Besuchszwang der Religionsstunden abgeschafft hat.

13. Februar 1919 – In München wird ein Rätekongress abgehalten

München-Ludwigsvorstadt * Vom 13. bis zum 20. Februar findet im Münchner Deutschen Theater ein Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte statt. Ministerpräsident Kurt Eisner berichtet über den in Bern stattgefundenen Internationalen Sozialistenkongress. Er beschimpft dabei die Pressevertreter als Pressegesindel, da sie Berichte gefälscht hätten. Daraufhin verlassen die Anwesenden Pressevertreter den Kongress und stellen die Berichterstattung ein. Sämtliche Münchner Blätter protestieren in einer Erklärung gegen diese Behandlung der Presse. Unabhängig davon wird der Kongress - allerdings ohne Erfolg - versuchen, die Existenz der Räte im künftigen parlamentarischen Bayern sicherzustellen.



3. März 1919 – Eine militante Rhetorik

Berlin * Anders als die Streikführer der USPD und der SPD, die die Arbeiter zum friedlichen und gewaltfreien Protest aufriefen, sind die Aufrufe der KPD und des Parteiorgans Rote Fahne von militanter Rhetorik geprägt. Die Rote Fahne ist davon überzeugt, dass Blut vergossen werden muss. „Auf zum Kampfe! Auf zum Generalstreik! Nieder mit Ebert-Scheidemann-Noske, den Mördern, den Verrätern! Nieder mit der Nationalversammlung! Alle Macht den Arbeiterräten!“

8. März 1919 – Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags

München * SPD, USPD und der Bauernbund legen dem Rätekongress einen gemeinsamen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags vor. Der Rätekongress nimmt den Antrag gegen die Stimmen der extremen Linken an. Dem Antrag voraus geht die Ablehnung, Bayern zur sozialistischen Räterepublik auszurufen. Aus Protest gegen diese Beschlüsse erklären die zwei Vertreter des Revolutionären Arbeiterrats, Max Levien und August Hagemeister, sowie Fritz Sauber vom Soldatenrat, ihren sofortigen Austritt aus dem Zentralrat.

29. März 1919 – Protest gegen den Entwurf der Weimarer Verfassung

München * Dipl.-Ing. Otto Ballerstedt vom Bauernbund legt in einer von ihm einberufenen Versammlung Protest gegen die im Entwurf der Weimarer Verfassung beabsichtigte Beseitigung der bayerischen Reservatsrechte ein. Er sagt: „Für Großpreußen haben wir in Süddeutschland kein Verständnis. Wir wollen ein großes deutsches Reich mit wahrhaft gleichberechtigten Bundesstaaten.“

3. April 1919 – Die Presse polemisiert gegen die Einberufung des Landtags

München - Freistaat Bayern * Gegen die Einberufung des Landtags polemisiert die Presse lautstark: Die Landtagsabgeordneten hätten sich nicht als würdige Volksvertreter erwiesen und seien nach dem 21. Februar feige aus der Hauptstadt geflohen. Daher können die Münchner guten Gewissens auf ihre Rückkehr verzichten. Die Räte, vor allem die Kommunisten und die Anarchisten unter ihnen, fühlen sich durch Hoffmanns Ankündigung provoziert. Sie antworten mit Demonstrationen und Protestveranstaltungen in ganz Bayern.

3. April 1919 – Protestversammlung der Erwerbslosen



München-Au * Die Erwerbslosen protestieren in einer Versammlung im Münchner-Kindl-Keller gegen die Preissteigerungen von Brennmaterial und die am 1. April vorgenommene Erhöhung der Straßenbahn-Fahrpreise. Sie stellen weitreichende Forderungen an die Regierung Hoffmann. Sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden, „so wären die Erwerbslosen Münchens zur Selbsthilfe gezwungen“.

5. April 1919 – Der Ältestenrat verzichtet auf die Landtags-Einberufung

München * Der Ältestenrat des Landtags beschließt - unter Protest - den Verzicht auf Einberufung des Landtags. Begründung: „Um einen offenen Bürgerkrieg zu vermeiden“.

7. April 1919 – Die Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss

München * Die KPD-Zeitung Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss. Unter dem Titel „Arbeiter! Folgt nur den Parolen der kommunistischen Partei!“ protestiert die Zeitung, dass „durch die Proklamierung einer Scheinräterepublik der Gedanke des Rätesystems verwässert oder erwürgt wird“. Die „Abhängigen“ und die „Unabhängigen“, SPD und USPD, sind nicht befugt und geeignet, „an Stelle des gesamten Proletariats die Räterepublik zu verkünden“. Sie fordert dagegen die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik, da nur sie „die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend befreien kann“.

16. April 1919 – Erich Mühsam tritt in den Hungerstreik

Ebrach * Erich Mühsam tritt im Zuchthaus Ebrach in einen Hungerstreik, um gegen seine Verhaftung und die Zustände im Zuchthaus zu protestieren.

1. Mai 1919 – Das Freikorps Lützow zieht ins Perlacher protestantische Pfarrhaus

Perlach * Als das Berliner Freikorps Lützow einzieht, gewährt der ehemalige Feldgeistliche, Robert Hell, der Pastor der evangelischen St.-Paulus-Kirche in Perlach, Hans von Lützow und seinen Offizieren Quartier im protestantischen Pfarrhaus. Pfarrer Hell schreibt: „In Perlach selbst wurden nach dem Wegzug der Regierungstruppen von Anhängern der Roten Armee gegen die Leute, welche ‚die Preußen‘ im Quartier gehabt, Drohungen ausgestoßen [...]“.



1. Mai 1919 – Kämpfe: Der Stachus-Kiosk brennt lichterloh

München * Am Nachmittag dringen eigenmächtig operierende Freikorps von der Residenz aus bis zum Lenbachplatz vor. Die Marine-Brigade Ehrhardt erreicht - von Schleißheim kommend - gegen Mittag Schwabing und beteiligt sich später an den Kämpfen am Stachus. Auch aus Regensburg stammende Soldaten sowie Angehörige des Freikorps Grafing und die Batterie Zenetti sind an diesen Kämpfen beteiligt. Dort entfacht sich ein mehrstündiges Gefecht. Die Rotarmisten leisten erbitterten Widerstand und verteidigen den Stachus mit Gewehrfeuer. Ein Zeitzeugenbericht schildert die weiteren Ereignisse: „Mittlerweile hatten die Regierungstruppen bei der Anlage an der Deutschen Bank ein Geschütz in Stellung gebracht und eine Brandbombe in den Kiosk gesetzt, der bald lichterloh aufflammte und die Roten Gardisten zwang, ihren verzweifelten Widerstand aufzugeben und sich gegen die protestantische Kirche und das Kaufhaus Horn zurückzuziehen. Bald war der Karlsplatz zum wütendsten Kampfplatz geworden. [...] Gegen Abend bekamen die Regierungstruppen Verstärkungen von der Herzog-Wilhelm-Straße und dem Sendlingertor-Platz her. Die Rotgardisten wurden über den Karlsplatz in den Justizpalast und gegen die Elisenstraße geworfen, von wo aus sie heftigen Widerstand leisteten. Das an der Deutschen Bank postiert gewesene Geschütz wurde infolgedessen bis zum Wittelsbacher-Brunnen zurückgezogen und beschoss in den Nachmittagsstunden den Justizpalast, der an der gegen den Stachus gerichteten Seite zwei Treffer im dritten Stock erhielt. [...] Viele Spartakisten flüchteten in den Mathäser“. Doch es gibt auch Gegenwehr von anderer Seite, die die Weißen Truppen letztlich zum Abziehen zwingen. Dazu zählen auch die Teilnehmer der Maikundgebung auf der Theresienwiese, die dort „waffenlos demonstriert“ haben und sich nun auf dem Nachhauseweg befinden.

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte fordern zur waffenlosen Demonstration auf

München * In einem anderen Pakataufruf der Betriebs- und Soldatenräte Münchens wird aufgefordert „waffenlos“ auf einer Maikundgebung auf der Theresienwiese zu demonstrieren. Die Räte „protestieren mit Entrüstung gegen die fluchwürdigen Verbrechen jener Elemente, welche durch ihr Handeln die heilige Sache des Proletariats im Kampf für die Menschlichkeit verraten haben“. Sie fordern auf: „Soldaten! Laßt Eure Waffen in den Kasernen! Arbeiter! Laßt Eure Waffen in den Betrieben! Kommt mit den Frauen und Kindern heraus auf alle großen Plätze und Wiesen! Ungebeugt wird das Proletariat an diesem Tage seine Räte und den Geist seiner Räterepublik hochhalten. Es lebe der Rätegedanke!“

8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen



Weimar - Deutsches Reich * Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.

13. Mai 1919 – SPD-Massenkundgebung gegen die Versailler Friedensbedingungen

Berlin * Die SPD ruft zu einer Massenkundgebung gegen die Versailler Friedensbedingungen in Berlin auf. Etwa 10.000 Menschen beteiligen sich an dieser Protestkundgebung. Eine erstaunlich geringe Anzahl.

28. Juni 1919 – Den Versailler Vertrag unter Protest angenommen

Berlin * Die Reichsregierung nimmt den Versailler Vertrag unter Protest an.

1920 – Der Evangelische Verein für München-Giesing wird gegründet

München-Obergiesing * Der Evangelische Verein für München-Giesing wird gegründet. Er tagt im Cafe-Restaurant Giesing, der späteren Bergstube, dem heutigen Cafe Giesing.

13. Januar 1920 – 42 Tote bei Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz

Berlin * Etwa 100.000 Menschen protestieren vor dem Reichstagsgebäude gegen das Betriebsrätegesetz, das in zweiter Lesung diskutiert wird. Nach Handgreiflichkeiten schließt die preußische Sicherheitspolizei in die Menge. 42 Demonstranten sterben, 105 werden verletzt.

Februar 1921 – Evangelischer Sonntagsgottesdienst im Turnsaal der Kolumbusschule

München-Au * Bis zur Fertigstellung der Martin-Luther-Kirche kann auch im Turnsaal der Kolumbusschule der evangelische Sonntagsgottesdienst abgehalten werden.



12. September 1921 – Ministerpräsident Gustav von Kahr tritt aus Protest zurück

München * Gustav Ritter von Kahr tritt aus Protest als Ministerpräsident zurück und übernimmt seinen früheren Posten als Regierungspräsident von Oberbayern wieder. Der Grund für seinen Protest ist die am 29. August erlassene Republikschutz-Verordnung, die im Anschluss an die Ermordung von Matthias Erzberger erlassen worden war. Dadurch kann Kahr die Auflösung der Einwohnerwehr nicht verhindern.

26. September 1923 – Gustav Ritter von Kahr wird zum Generalstaatskommissar ernannt

München * Die bayerische Regierung ernennt Gustav Ritter von Kahr - aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung - zum Generalstaatskommissar, auf den die gesamte exekutive [= vollziehende] Gewalt übergeht. Er hat damit diktatorische Vollmachten.

Gustav von Kahr, Otto von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, und der Chef der Landespolizei, Hans Ritter von Seisser, regieren den Freistaat Bayern als Triumvirat und bereiten zusammen mit Rechtsradikalen in Norddeutschland den Staatsstreich in München und Berlin vor.

1925 – Protest gegen den Teilabriss der Bogenhausener Georgskirche

München-Bogenhausen * Die Georgskirche soll umgebaut und dazu das Gotteshaus teilweise abgerissen werden. Die Pläne lösen massive Proteste aus, an denen sich als prominente Mitstreiterin auch Liesl Karlstadt beteiligt. Die Nationalsozialisten stellen sich den gläubigen Katholiken als Bewahrer und Helfer der Kirche dar und so entscheidet man sich bald darauf für den Neubau der Kirche Heilig Blut. Inzwischen ist aber schon der nördliche Teil des Friedhofs zur Schaffung des Erweiterungsbaues aufgelassen worden.

1925 – Die evangelischen Giesinger gründen die Martin-Luther-Gemeinde

München-Giesing - München-Haidhausen * Die evangelischen Giesinger trennen sich von „St.-Johannes“ in Haidhausen und gründen die selbstständige „Martin-Luther-Gemeinde“.

27. Juni 1926 – Der Grundstein für die Giesinger Martin-Luther-Kirche wird gelegt



München-Obergiesing * Der Grundstein für die Giesinger Martin-Luther-Kirche wird gelegt. Auf gleicher Höhe sollen sich hier zwei Kirchen einander gegenüberstehen: der katholische Kathedralbau der Heilig-Kreuz-Kirche und die evangelische Martin-Luther-Kirche. Die Kirche steht auf dem Grund des ehemaligen Lehner-Bauerhofs. Ihre bewusste Platzwahl solle die Präsenz der protestantischen Gemeinde in Giesing betonen.

1927 – Ein evangelischer Betsaal in der Volksschule an der Kolumbusstraße

München-Au * Eine der Turnhallen der Volksschule an der Kolumbusstraße dient der evangelischen Gemeinde bis zum Bau der Martin-Luther-Kirche als Betsaal.

1927 – Sie sehen in Adolf Hitler den neuen „Heiland und Erlöser“

Thüringen * Seit dem Jahr 1927 sammeln ehemals bayerische Pfarrer in Thüringen Protestanten, die den „völkischen Enthusiasmus“ an die Stelle des „christlichen Glaubensbekenntnisses“ setzen und in Adolf Hitler den neuen „Heiland und Erlöser“ sehen.

1. Januar 1927 – Die evangelische Martin-Luther-Kirche wird eingeweiht

München-Obergiesing * Die Martin-Luther-Kirche ist fertig zur Einweihung. Natürlich erreichte diese Kirche nicht die Dimensionen der katholischen Heilig-Kreuz-Kirche, ist aber mit elf Metern Breite und 19 Metern Länge durchaus eine der größeren evangelischen Kirchen Münchens. Auf jeden Fall ist sie die höchstgelegene. Bereits am Tag der Einweihung reichen ihre 800 Plätze nicht mehr aus für die hereindrängenden Giesinger Protestanten. Anders als bei früheren Kirchenbauten ist hier ein Zentrum mit Kirche und großem Pfarrhaus entstanden. Trotz der hohen Kosten von 971.225 Mark kann man die Kirche noch mit reichem Bauschmuck und einer Orgel ausstatten. Außen, auf der Bronzetür des Hauptportals, sind die wichtigsten der 95 Thesen Luthers zu lesen; rechts und links davon stehen die Figuren der vier Evangelisten und der vier großen Propheten. Das Innere der Kirche ist mit Gemälden ausgestattet, die alle einem theologischen oder geschichtlichen Programm folgen.

Februar 1928 – Parlamentarischer Disput über Josephine Bakers Auftritt

Wien * Als Josephine Baker für Februar 1928 einen Auftritt im Wiener Ronacher ankündigt,



gehen die Wogen hoch. Eine fast nackte, dunkelhäutige Frau ist für das Wien der 1920er-Jahre zu viel. Die konservativen und katholischen Kreise protestieren, organisieren Aufmärsche und warnen, dass „der schwarze Teufel kommt“. Tageszeitungen sprechen vom „Negerskandal“, Vertreter der katholischen Kirche organisieren Sondergottesdienste zur Buße gegen Bakers „schwere Verstöße gegen die Moral“, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - NSDAP - Wiens protestiert gegen ihre „obszönen“ Auftritte und fordert ein Auftrittsverbot. Es wird öffentlich und sogar im Parlament diskutiert, ob man ihren Auftritt nicht verbieten sollte. Ein christsozialer Abgeordneter meint, dass Josephine Baker eine Gefährdung der öffentlichen Moral sei. „Wir können keine pornografischen Tanzaufführungen zulassen.“ Worauf ein liberaler Abgeordneter kontert: „Gott hat die Menschen nackt erschaffen. Wenn wir Nacktheit verbieten, kommt das Blasphemie gleich.“

Mai 1928 – Proteste gegen Baker-Auftritt in Budapest, Stockholm und Zagreb

Europa * Nicht nur in Wien, sondern auch in Budapest, Stockholm und Zagreb kommt es während Josephine Bakers Europa-Tournee zu zum Teil massiven Protesten. Ihr Kommentar zu solchen Vorkommnissen lautete nur: „Farbige sind nicht genötigt, zu provozieren: Die Zwischenfälle ereignen sich ganz von alleine.“

1930 – Die politischen Unruhen im roten Giesing wachsen

München-Obergiesing * Während der Wirtschaftskrisen wachsen die politischen Unruhen im roten Giesing, sodass mehrmals Gottesdienste in der Martin-Luther-Kirche gegen kommunistische Störer geschützt werden müssen. Der Grund ist, dass viele Giesinger Gemeindemitglieder im Nationalsozialismus den „Retter religiöser Werte“ sehen.

1931 – Bürgerproteste verzögern das Tocal-Genehmigungsverfahren

München-Bogenhausen * Aufgrund von Bürgerprotesten dauert das Genehmigungsverfahren für den Betrieb einer Chemieanlage des Pharma-Unternehmens Pharmacia M. Schmidt & Co, den späteren Tocal-Werken, auf dem Anwesen des ehemaligen Betz'schen Anwesens zehn Jahre lang.



17. Dezember 1932 – Tischgebet im Maximilianeum

München-Haidhausen * Der als Vorstand der Stiftung Maximilianeum frisch eingesetzt 34-jährige Ministerialrat Hans Rheinfelder erregt Aufsehen, da er das Tischgebet bei den gemeinsamen Mahlzeiten einführt. Das entspricht aber in keinsten Weise der Tradition des Zusammenlebens im Maximilianeum. Da Rheinfelder zudem auf ein katholisches Tischgebet besteht, kommt es zuerst zu Protesten der evangelischen Studenten.

Februar 1933 – In der NS-Parteiform zum evangelischen Gottesdienst

München-Obergiesing * Nach dem Regierungswechsel erscheinen viele Gemeindemitglieder in ihren Partei- beziehungsweise SA-Uniformen zu den evangelischen Gottesdiensten in die Martin-Luther-Kirche.

16. April 1933 – Der „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ gegen Thomas Mann

München * Gegen den „Wagner-Vortrag“ Thomas Manns organisieren der Bayerische Staatsoperndirektor Prof. Hans Knappertsbusch und der Generalmusikdirektor Prof. Dr. Hans Pfitzner einen „Protest der Stadt München“. Dieser wird in den Münchner Neuesten Nachrichten abgedruckt und ist von den führenden Vertretern des künstlerischen Lebens Münchens unterzeichnet worden. Darunter der Präsident der Akademie der Bildenden Künste, Prof. Dr. German Bestelmeyer; der Bildhauer Bernhard Bleeker; Oberbürgermeister Karl Fiehler; der Akademieprofessor Olaf Gulbransson; der Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, Clemens von Frankenstein; der Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß; der Präsident der Industrie- und Handelskammer Josef Pschorr und viele andere Honoratioren mehr. In dem Protestschreiben heißt es: „Nachdem die nationale Erhebung Deutschlands festes Gefüge angenommen hat, kann es nicht mehr als Ablenkung empfunden werden, wenn wir uns an die Öffentlichkeit wenden, um das Andenken an den großen deutschen Meister Richard Wagner vor Verunglimpfung zu schützen. Wir empfinden Wagner als musikalisch-dramatischen Ausdruck tiefsten deutschen Gefühls, das wir nicht durch ästhetisierenden Snobismus beleidigen lassen wollen, wie das mit so überheblicher Geschwollenheit in Richard-Wagner-Gedenkreden von Herrn Thomas Mann geschieht. [...] Wir lassen uns eine solche Herabsetzung unseres großen deutschen Musikgenies von keinem Menschen gefallen, ganz sicher aber nicht von Herrn Thomas Mann, [...]. Wer sich selbst als derart unzuverlässig und unsachverständig in seinen Werken offenbart, hat kein Recht auf Kritik wertbeständiger deutscher Geistesriesen.“ Thomas



Mann wiederholt seinen Vortrag in Amsterdam, Brüssel und Paris. Doch nach dem „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ kann er nicht mehr in seine Heimatstadt zurückkehren.

26. April 1933 – Die SPD protestiert gegen die Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger

München-Gruggenau * Die SPD protestiert gegen die Ernennung des Reichskanzlers Adolf Hitler und des Reichsstatthalters Franz Ritter von Epp zu Münchner Ehrenbürgern. Das ist der Anlass, weshalb die NSDAP-Stadträte die SPDler bei der nächsten Sitzung aus dem Sitzungssaal prügeln werden. In einer Erklärung lehnt die NSDAP „jede weitere Zusammenarbeit mit den marxistischen Arbeiterverrättern“ ab. Die SPD-Stadträte fordert sie auf, „sofort und ein für allemal aus der Gemeindevertretung zu verschwinden“.

12. Mai 1933 – Oskar Maria Graf veröffentlicht: „Verbrennt mich! - Ein Protest“

Wien * Oskar Maria Graf veröffentlicht in der marxistischen Wiener Arbeiter-Zeitung unter der Überschrift „Verbrennt mich! - Ein Protest“ seine Nachverbrennung. „Laut ‚Berliner Börsencourier‘ stehe ich auf der ‚weißen Autorenliste‘ des neuen Deutschlands, und alle meine Bücher, mit Ausnahme meines Hauptwerkes ‚Wir sind Gefangene‘, werden empfohlen: Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des ‚neuen‘ deutschen Geistes zu sein! Vergebens frage ich mich: Womit habe ich diese Schmach verdient? [...] Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht zu verlangen, dass meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen. Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selbst wird unauslöschlich sein wie eure Schmach!“ Oskar Maria Graf

Juni 1933 – Eine Webekampagne für die nordisch-völkischen Deutschen Christen

München * Vor den Kirchenwahlen beginnen die nordisch-völkischen Deutschen Christen auch in Bayern eine großangelegte Webekampagne.

22. Juli 1933 – Reichskanzler Hitler unterstützt die Deutschen Christen

Berlin * Noch am Vorabend der Kirchenwahlen macht Hitler in einer Rundfunkrede klar, was die evangelischen Christen zu wählen haben: „Die Kräfte einer lebendigen Bewegung. Diese Kräfte



sehe ich in jenem Teil des evangelischen Kirchenvolkes in erster Linie versammelt, die als Deutsche Christen bewusst auf den Boden des NS-Staates getreten sind“.

23. Juli 1933 – Der Kirchenvorstand besteht zu 50 Prozent aus NS-Parteigenossen

München-Obergiesing * Der gewählte Kirchenvorstand der evangelischen Martin-Luther-Kirche besteht zu fünfzig Prozent aus NS-Parteigenossen. Der Münchner Dekan sagt: „Dass der Wunsch geherrscht hat, es möchten in unseren Kirchenvorständen besonders auch solche Männer Platz finden, die in der deutschen Freiheitsbewegung an hervorragender Stelle stehen - das war allen verständlich. Wir brauchen diese Männer in der kirchlichen Arbeit“. Hauptsache ist, dass die Gottlosen-Propaganda ihr Ende findet.

1934 – Mit der Martin-Luther-Kirche ist die Gefängnisseelsorge verbunden

München-Obergiesing * Mit der Martin-Luther-Kirche ist die Gefängnisseelsorge im Gefängnis Stadelheim verbunden. Da die Zahl der Hinrichtungen ständig ansteigt, muss Pfarrer Alt zweimal in der Woche den Verurteilten tröstend beistehen, darunter auch den Geschwistern Scholl.

22. Januar 1938 – Vertrauliche Verhandlungen über den Abbruch der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Vertrauliche Verhandlungen zwischen der Sonderbaubehörde Ausbau der Hauptstadt der Bewegung und der evangelischen Landeskirche über den Abbruch der Matthäuskirche aus verkehrstechnischen Gründen beginnen.

9. Juni 1938 – Die evangelische Matthäuskirche soll umgehend abgerissen werden

München - München-Ludwigsvorstadt * Gegen 18:00 Uhr wird auf einer Besprechung im Bayerischen Innenministerium dem Pfarrer Friedrich Loy mitgeteilt, dass die evangelische Matthäuskirche umgehend abgerissen werden soll. Um 22:00 berät die Kirchenverwaltung der Matthäuskirche, unter welchen Bedingungen sie sich zum Abbruch der Kirche bereit erklären kann.

10. Juni 1938 – Trotz Verhandlungen eine Abrissfirma beauftragt



München - München-Ludwigsvorstadt * Am Vormittag beschäftigt sich der Landeskirchenrat mit den Abrissplanungen der Matthäuskirche und bestätigt und ergänzt die Beschlüsse der Kirchenverwaltung der Matthäuskirche. In einer Besprechung im Innenministerium um 13 Uhr werden die Beschlüsse dargelegt. Am Abend wird die evangelische Gemeinde benachrichtigt, dass das Innenministerium bereits eine Abrissfirma beauftragt hat. Die Abbrucharbeiten sollen am 13. Juni beginnen.

11. Juni 1938 – Landesbischof Meiser interveniert gegen den Abriss der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Der evangelische Landesbischof Dr. Hans Meiser interveniert am Vormittag gegen den Abriss der evangelischen Matthäuskirche. Da Meiser unter den gegebenen Umständen sich weiteren Verhandlungen verweigert, zieht das Innenministerium den Auftrag an die Baufirma vorläufig zurück. Um 16 Uhr erklärt sich Gauleiter Adolf Wagner bereit, auf die vom Landeskirchenrat erarbeiteten Forderungen einzugehen. Als vorläufiger Versammlungsraum wird der Matthäus-Kirchengemeinde der Weiße Saal in der ehemaligen Augustinerkirche, der inzwischen zum Polizeipräsidium gehört, zugesichert.

12. Juni 1938 – Erster Abschiedsgottesdienst in der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Am Abend findet ein Abschiedsgottesdienst der evangelischen Gesamtgemeinde in der Matthäuskirche statt. Der evangelische Landesbischof Dr. Hans Meiser hält die Predigt.

13. Juni 1938 – Zweiter Abschiedsgottesdienst in der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Um 20 Uhr wird der Abschiedsgottesdienst für die evangelische Matthäus-Kirchengemeinde mit einer Predigt des Pfarrers Friedrich Loy abgehalten. Noch während des Gottesdienstes werden die Abbruchgerüste aufgebaut.

14. Juni 1938 – Die Abrissarbeiten an der evangelischen Matthäuskirche beginnen

München-Ludwigsvorstadt * Die Kult- und Kunstgegenstände werden aus der evangelischen Matthäuskirche entfernt. Die Abrissarbeiten beginnen.



26. Juni 1938 – Erste Planungen für eine neue Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Die evangelische Matthäus-Kirchengemeinde erfährt davon, dass der Architekt German Bestelmeyer mit Planungen für eine neue Matthäuskirche beauftragt worden ist.

26. Juni 1938 – Öffentliche Zustimmung und weitere Nutzung des Synagogen-Geländes

München-Kreuzviertel * Während der Abriss der Hauptsynagoge voranschreitet, feiert die nationalsozialistische Propaganda die Zerstörung des Gotteshauses. Die NS-Zeitung „Der Stürmer“ kommentiert den Vorgang am 26. Juni 1938 mit den Worten: „Ein Schandfleck verschwindet.“ Anders als beim wenige Tage später beginnenden Abriss der evangelischen Matthäuskirche regt sich gegen die Zerstörung der Synagoge in der Öffentlichkeit kein nennenswerter Protest. Die Beseitigung des jüdischen Sakralbaus zur Schaffung neuer Verkehrs- und Freiflächen wird weitgehend widerspruchslos hingenommen. Der ebenfalls vorgesehene Abriss des jüdischen Gemeindehauses in der Herzog-Max-Straße 3–5 wird jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen übernimmt das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS die Gebäude. Ab 1940 befindet sich dort eine Dienststelle des Lebensborn e. V., einer nationalsozialistischen Organisation zur Förderung der bevölkerungspolitischen Ziele des Regimes.

27. Juni 1938 – Das Dach der der evangelischen Matthäuskirche ist abgedeckt

München-Ludwigsvorstadt * Das Dach der der evangelischen Matthäuskirche ist abgedeckt.

28. Juni 1938 – Die Vorhalle der evangelischen Matthäuskirche wird gesprengt

München-Ludwigsvorstadt * Die Vorhalle der evangelischen Matthäuskirche wird gesprengt.

3. Juli 1938 – Der Turm der evangelischen Matthäuskirche wird gesprengt

München-Ludwigsvorstadt * Der Turm der evangelischen Matthäuskirche wird gesprengt.

6. Juli 1938 – Die evangelische Matthäuskirche ist abgerissen



München-Ludwigsvorstadt * Die Abbrucharbeiten an der evangelischen Matthäuskirche sind beendet. Auf dem Gelände befindet sich jetzt ein Parkplatz.

November 1938 – Ein Bauplatz für den Neubau der evangelischen „Matthäuskirche“

Berlin - München-Ludwigsvorstadt * Adolf Hitler ordnet von Berlin aus den Bauplatz für den Neubau der evangelischen „Matthäuskirche“ am Sendlinger-Tor-Platz an.

Januar 1939 – Elisabeth Braun muss den zusätzlichen Vornamen „Sara“ annehmen

München-Bogenhausen * Obwohl Elisabeth Braun am 4. Oktober 1920 der Evangelisch-lutherische Kirche beigetreten war, muss sie ihrem Vornamen den Zusatz „Sara“ hinzufügen.

21. April 1939 – Nutzung des Weißen Saales in der ehemaligen Augustinerkirche

München-Kreuzviertel * Der evangelischen Matthäus-Kirchengemeinde wird die Nutzung des Weißen Saales in der ehemaligen Augustinerkirche - rückwirkend zum 15. Juni 1938 - vertraglich zugesprochen. Die Unterhalts- und etwaige Instandsetzungskosten gehen zu Lasten der Kirchengemeinde.

2. September 1939 – Die evangelische Kirche steht hinter Hitlers Krieg mit Polen

München * Mit einem Aufruf des Geistlichen Verwaltungsrates stellt sich die evangelische Kirche hinter Hitler und seinen Krieg mit Polen.

1. Oktober 1939 – Für die Ernte auf den polnischen Schlachtfeldern wird Gott gedankt

München * Zum Erntedankfest wird in den evangelischen Kirchen eine „Kanzelabkündigung des Geistlichen Vertrauensrates“ verlesen. Darin wird für „die Ernte auf den polnischen Schlachtfeldern Gott gedankt“.

3. Oktober 1939 – Glockengeläut nach dem Einmarsch in Warschau



München * Auf Anordnung des Landeskirchenrates der evangelischen Kirche werden nach dem Einmarsch in Warschau die Kirchenglocken sieben Tage lang von 12 bis 13 Uhr geläutet.

April 1941 – Kultusminister Wagner lässt Kruzifixe aus den Schulräumen entfernen

München * Kultusminister Adolf Wagner lässt die Kruzifixe aus den Schulräumen entfernen und durch „zeitgemäßen Wandschmuck“ ersetzen. Die Verordnung führt zu massiven Elternprotesten.

7. September 1943 – Die Obergiesinger Martin-Luther-Kirche wird von Bomben zerstört

München-Obergiesing * Die Bomben des Zweiten Weltkriegs vernichteten die Obergiesinger Martin-Luther-Kirche bis auf den Turm und die Außenmauern.

14. Juli 1945 – Protest gegen Soldateneinsatz zur Trümmerbeseitigung

München • In einer Leserschrift empört sich Alfred Schwingenstein darüber, dass bei den Trümmerbeseitigungen kriegsgefangene deutsche Soldaten eingesetzt werden, während heute noch ehemalige NSDAP-Parteifunktionäre frei durch die Straßen der Stadt gehen.

1946 – Die Hörfunkserie „Es dreht sich um Karl Valentin“ wird eingestellt

München * Die Hörfunkserie des Bayerischen Rundfunks „Es dreht sich um Karl Valentin“ wird nach Protestbriefen aus Hörerkreisen nach der fünften Folge wieder eingestellt.

23. März 1947 – Die evangelische Matthäus-Notkirche wird eingeweiht

München-Ludwigsvorstadt * Die evangelische Matthäus-Notkirche - Ecke Nußbaum- und Ziemssenstraße vor dem Krankenaus - wird eingeweiht. Das provisorische Gotteshaus ist eine Holzbaracke.

24. April 1953 – Gegen die Öffnung der Läden auch am Samstagsnachmittag



München * Einige Münchner Firmen, darunter C&A Brenninkmeyer und Salamander, wollen ihre Läden auch am Samstagsnachmittag nach 14:00 Uhr offen halten. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften und rufen zu Protesten auf.

1. Mai 1953 – Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagnachmittag

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an die Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes - DGB auf dem Königsplatz bewegt sich ein Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagsnachmittag durch die Luisenstraße in Richtung Bahnhofplatz. Da sich der Protestzug nach der polizeilichen Aufforderung nicht auflöst, greift die Staatsmacht auf der Höhe des Luisenbunkers mithilfe eines Wasserwerfers ein. Die mit Stahlhelm und Karabiner bewaffnete Bereitschaftspolizei löst mit Kolbenhieben den Protestzug auf. Vom Wasserwerfer gejagt bricht der 59-jährige Bahnangestellte Georg Bachl an der Ecke Luisen-/Prielmayerstraße tot zusammen.

13. Juni 1953 – Kundgebung für den Samstag-Nachmittag-Ladenschluss

München * Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen - HBV und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft - DAG haben zur Kundgebung für den Samstag-Nachmittag-Ladenschluss aufgerufen. Der Protestmarsch bewegt sich vom Arbeitsamt in der Maistraße über den Sendlinger-Tor-Platz zum Stachus und von dort weiter in die Altstadt, wo er sich in der Kaufingerstraße vor C&A Brenninkmeyer staut. Demonstranten blockieren im Inneren des Geschäfts die neumodernen Rolltreppen.

20. Juni 1953 – 10.000 Münchner protestieren gegen die Samstagsöffnung

München * Die Firmen C&A Brenninkmeyer und Salamander halten ihre Geschäfte - wie angekündigt - auch an diesem Samstag bis 17:00 Uhr offen. Etwa 10.000 Münchner protestieren gegen diese Maßnahme. Es kommt zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen. Vier Hundertschaften der Bayerischen Bereitschaftspolizei - wieder mit Stahlhelm und Karabiner bewaffnet - versuchen unter Zuhilfenahme eines Wasserwerfers die Aufständischen zu vertreiben. Die Protestierer flüchten zwar beim Anblick des Wasserwerfers, doch wenn dieser nach fünf Minuten wieder zum Befüllen der Wassertanks in die Ettstraße fahren muss, sind die Demonstranten schon wieder da.

Nach Auffassung der Polizei ist der Wasserwerfer „das humanste Zwangsmittel der Polizei, er schafft keine Märtyrer, wie das vielleicht beim Gebrauch des Gummiknüppels der Fall wäre,



sondern er macht lächerliche Gestalten aus den Demonstranten“.

19. September 1953 – Der Löwe auf dem Löwenbräu-Festzelt darf wieder brüllen

München-Theresienwiese * Der 4,50 Meter große Löwe auf dem Löwenbräu-Festzelt darf wieder brüllen. Die Öffentlichkeit hatte für die Maulkorb-Maßnahme des Stadtrats kein Verständnis gezeigt. Im Gegenteil, der brüllende Löwe war zu einem Wahrzeichen des Oktoberfestes geworden. Gemeinsam mit der Löwenbrauerei protestierten die Wiesnbesucher gegen den Maulkorb.

27. März 1954 – Protestmarsch gegen das Kaufhaus C&A Brenninkmeyer

München * Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben zu einem neuen Protestmarsch mobilisiert, den das Verwaltungsgericht wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung auf Antrag des Kaufhauses C&A Brenninkmeyer verbietet. Unabhängig davon setzt sich der Protestmarsch mit rund 2.000 Demonstranten von der Herzog-Wilhelm-Straße aus in Bewegung. Es kommt zur Eskalation mit der martialisch auftretenden Polizei, nachdem etwa fünfzig berittene Polizisten versuchen, die Demonstranten und Passanten in die Seitenstraßen abzudrängen. Mehrere hundert Polizisten gehen mit ihren Karabinern gegen die Menschen vor, schlagen zum Teil auf diese ein und nehmen 53 Demonstranten fest. Schaufensterscheiben gehen durch Polizeipferde zu Bruch. Der berühmt-berüchtigte Wasserwerfer steht bereit. Einige Demonstrantinnen und Demonstranten werden schwer verletzt, der Verkehr ist für Stunden unterbrochen, das normale Leben setzt erst in den Abendstunden wieder ein.

1955 – Einweihung der neuen evangelischen Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Einweihung der neuen evangelischen Matthäuskirche am Sendlinger-Tor-Platz.

4. August 1956 – Halbstarken-Proteste auf der Auer Dult

München-Au * Während der Jakobi-Dult des Jahres 1956 gibt es erhebliche Schwierigkeiten, nachdem rund 150 Jugendliche nach der Schlussstunde das Dultgelände nicht verlassen wollen. Sie johlen, pfeifen und leisten Widerstand gegen die Maßnahmen der Polizei. Erst das



herbeigerufene Überfallkommando kann die Ordnung wieder herstellen.

5. August 1956 – Die Halbstarken-Proteste auf der Dult gehen weiter

München-Au * Am Nachmittag trifft sich eine größere Anzahl von Jugendlichen und Halbwüchsigen vor allem bei den Fahrgeschäften auf der Auer Jakobi-Dult. Sie pöbeln die Polizeibeamten an und beschimpfen sie. Gegen 20:20 Uhr weigern sich etwa 100 Jugendliche am Autoskooter den Platz zu räumen. Die Aufforderung zur Räumung des Platzes wird von den Burschen mit Geschrei und Pfeifen beantwortet. Der Widerstand gegen die Räumungsversuche der Polizei ist zunächst völlig passiver Natur. Die Burschen bleiben meist mit Händen in der Hosentasche hartnäckig stehen und müssen von den Beamten durch fortwährendes Schieben aus dem Dultgelände entfernt werden. Nach etwa 10 Minuten ist das Dultgelände geräumt und die Beamten werden wieder zurückgezogen. Da ziehen zwei Jugendliche mit Geschrei und Gejohle über den bereits leer geräumten Platz, denen sich eine lärmende Horde junger Burschen anschließt, die mit lautem Geschrei über den Platz marschiert. Auch die nunmehr erfolgte Festnahme der beiden Jungen ändert nichts mehr. Die Jugendlichen rotten sich zusammen. Die erneut eingesetzten Polizeibeamten werden teilweise von der Masse der Jugendlichen, die sich inzwischen auf etwa 300 erhöht hat, eingekeilt und muss von Gummiknüppeln Gebrauch machen. Sie werden mit Geschrei und Schimpfworten bedacht. Die eingesetzten Funkstreifenwagen werden mit Steinen beworfen.

17. August 1956 – Lassen uns von Lausbuben nicht auf der Nase herumtanzen!

München - München-Au * Innenminister Dr. August Geislhöringer von der Bayernpartei äußert sich gegenüber der Süddeutschen Zeitung zu den Vorfällen mit den „Halbstarken“ auf der Auer Dult folgendermaßen: „Wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen, am wenigsten von Lausbuben!“

5. Juni 1962 – Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen

München-Maxvorstadt * Im Anschluss an ein Jazzkonzert kommt es an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen, als nach dem Ende des Konzerts in der Aula der Universität zahlreiche Konzertbesucher die Musiker auffordern, auf dem Geschwister-Scholl-Platz weiterzuspielen. Als die mit Buhrufen begrüßte Polizei eintrifft, kommt es zu Rangeleien und zwei Festnahmen. Die



Polizei wird von den Protestierern durch eine Blockade am Wegfahren gehindert. Dabei werden auch die Reifen des Einsatzwagens zerstochen. Die bedrängten Polizisten rufen Verstärkung, die mit zwei Funkstreifenwagen, dem Kleinen und Großen Überfallkommando sowie dem Bereitschaftszug der Stadtpolizeischule am Ort der Auseinandersetzung eintrifft. Der Polizeimacht gelingt es an diesem Abend die Menge zu zerstreuen. Es kommt zu weiteren sieben Festnahmen. Die so Festgesetzten werden alle wegen Aufruhr und Landfriedensbruch angezeigt. Dieses Geplänkel geht als „Unikrawall“ in die Geschichte ein.

21. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle beginnen

München-Schwabing * An Fronleichnam, einem katholischen Feiertag in Bayern, beginnen die sogenannten „Schwabinger Krawalle“. Das erste Aufeinandertreffen zwischen Polizei und etwa 50 Zuhörern von drei Gitarrenspielern erfolgt gegen 21:45 Uhr - weit weg von jedem Wohnblock - im Englischen Garten am Monopteros. Doch es läuft glimpflich ab, denn die Jugendlichen folgen der Aufforderung der Polizei und gehen auseinander. Eine knappe halbe Stunde später löst am Wedekindplatz eine andere Streifenwagenbesatzung - ebenfalls ohne größere Probleme - eine aus etwa 150 Personen bestehende Ansammlung auf, die sich um drei Gitarristen gruppiert hat. Um 22:35 Uhr kommt es an der Leopold-/Ecke Martiusstraße zum dritten Polizeieinsatz und daraus resultierend zur tätlichen Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer aus etwa 200 Personen bestehenden Gruppe, die sich um fünf Gitarristen gebildet hat. Die Band besteht aus den Gymnasiasten Michael Erber und Klaus Olbrich, den Lehrlingen Wolfram Kunkel und Hans (Sitka) Wunderlich und dem jungen Schreiner Rüdiger Herzfeldt. Sie singen und spielen russische Volkslieder. Nachdem sich einige Anwohner über die Störung der Nachtruhe bei der Polizei beschwert haben, treffen zwei Beamte am „Tatort“ ein und fordern die jungen Gitarrespieler zum Einsteigen in den Funkstreifenwagen auf. Das Einschreiten der Polizei gegen die Musiker wird von den Zuhörern - „spontan und ohne vorherige Planung“ - als Festnahme gedeutet. Diese artikulieren daraufhin ihren Unmut ziemlich laut und unmissverständlich. Es kommt zu Rangeleien mit den Ordnungshütern, die nun ihrerseits Verstärkung anfordern, nachdem die Randalierer die Luft aus den Reifen des Polizeiautos lassen. Mit einem ersten Gummiknüppeleinsatz kann die Polizei die auf mehrere hundert Menschen angewachsenen Protestierer vom Schauplatz abdrängen. Kaum dass die Polizisten abgerückt sind, läuft eine noch größere Menschenmenge als zuvor (Schätzungen sprechen von 5.000 Personen) auf die Leopoldstraße und blockiert den Auto- und Straßenbahn-Verkehr mit Stühlen und indem sie sich selbst auf der Straße niederlassen. Erst nach der zweimaligen Räumung der Straße und der Festnahme von 41 Personen erklärt die Polizei um 1:40 Uhr den Einsatz für beendet. Laut Polizeibericht kommen 90 Beamte zum Einsatz. Zwei Protestierer werden nachträglich zur



Anzeige gebracht.

22. Juni 1962 – Die Schwabinger Krawalle gehen weiter

München-Schwabing * Freitag. Die Schwabinger Krawalle gehen weiter. Ab 21 Uhr laufen „unzählige junge Leute [...] immer weiter in die Fahrbahn hinein“ und blockieren damit die Leopoldstraße. Nach Beschwerdeanrufen trifft die Polizei ein. Der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und der Polizeipräsident Manfred Schreiber sprechen mit den Protestierenden. Letztlich werden sie aber von den 10.000 Anwesenden niedergeschrien und ausgepiffen, weshalb es zur zweiten gewaltsamen Räumung der Leopoldstraße kommt. Die Auseinandersetzungen dauern bis in die frühen Morgenstunden an. Laut Polizeibericht kommen über 100 Polizisten zum Einsatz, die 24 Protestierer festnehmen und vier weitere nachträglich zur Anzeige bringen.

23. Juni 1962 – Bei einer Straßenschlacht werden 14 Randalierer schwer verletzt

München-Schwabing * Samstag. Wieder versammeln sich bis zu 10.000 Protestierer auf der Leopoldstraße und erstellen Straßenblockaden. Mit Feuerwerkskörpern versuchen sie die Pferde der berittenen Polizei scheu zu machen. Flaschen und Steine fliegen in Richtung der Polizei. Dabei werden drei Beamte verletzt. Bei einer regelrechten Straßenschlacht, bei der die Polizei vom massiven Schlagstockeinsatz gebrauch macht, werden 14 Randalierer schwer verletzt. Der Student Georg Friz schwebt nach einem Leberriß in Lebensgefahr. Nach Ansicht von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel haben an diesem Samstag weniger die Studenten als „vor allem der Pöbel aller Stadtviertel“ in Schwabing ihr Unwesen getrieben. Laut Polizeibericht kommen über 150 Polizisten zum Einsatz. 16 Protestierer werden festgenommen und neun nachträglich zur Anzeige gebracht.

24. Juni 1962 – Wieder beginnen die Straßenblockaden

München-Schwabing * Sonntag. Die Proteste der Schwabinger Krawalle lassen zwar nach, doch Pressebeobachter zählen immer noch 3.000 Teilnehmer. Sogar Studentengruppen wenden sich nun gegen die Fortsetzung des Protests. Wieder beginnen die Straßenblockaden. Es kommt zu den „härtesten Auseinandersetzungen“, die sich auch an der besonders hohen Zahl von Festnahmen ablesen lässt. Man schiebt die Gewalttätigkeit der Halbstarken-Szene zu. Doch spätere Untersuchungen können diese Mutmaßung nicht bestätigen. Der Anteil der Studenten an



den Protestveranstaltungen hat sich gegenüber dem Vortag prozentual sogar erhöht. Laut Polizeibericht kommen über 450 Polizisten zum Einsatz, die 85 Protestierer festnehmen und 13 nachträglich zur Anzeige bringen.

25. Juni 1962 – Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße

München-Schwabing * Montag. Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße. Mehrere hundert Jugendliche blockieren erneut den Verkehr auf dem Boulevard. Gegen 1 Uhr räumt die Polizei die Straße. Rund 200 Protestierer werden „eingekesselt“ und anschließend festgenommen, darunter auch der spätere RAF-Terrorist Andreas Baader. Damit enden die Schwabinger Krawalle. Laut Polizeibericht kommen an diesem Tag rund 360 Polizisten zum Einsatz. 35 Protestierer werden festgenommen, sieben nachträglich zur Anzeige gebracht. Darüber hinaus werden über 200 Anwesende zur Personalienfeststellung kurzfristig in Gewahrsam genommen. Dass die Stadtpolizei an allen Tagen keine Wasserwerfer einsetzt, liegt an der in der Leopoldstraße verkehrenden Straßenbahn. Man hätte nämlich aus Sicherheitsgründen die Strom führenden Oberleitungen außer Betrieb nehmen müssen. Außerdem befürchtet man angesichts der sommerlichen Temperaturen, dass ein Wasserwerfer zur weiteren „Erheiterung“ der Protestierenden beigetragen hätte. Fazit: Gegen 248 Personen werden Ermittlungen wegen der Beteiligung an den Schwabinger Krawallen aufgenommen. Darunter finden sich lediglich 13 Frauen. Fast drei Viertel der Verfahren werden eingestellt. 54 Angeklagte werden verurteilt; es gibt 13 Freisprüche. Das Durchschnittsalter der Verurteilten liegt bei 22 Jahren. Von den jungen Berufstätigen werden auffällig viele verurteilt. Während aus dem akademischen Nachwuchs nur jeder Zehnte eine Strafe erhält, ist es bei den Nichtakademikern nahezu jeder Zweite. Es werden sechs Gefängnisstrafen zwischen drei und dreizehn Monaten ausgesprochen, wovon fünf auf Nichtakademikern fallen. Die Geldstrafen liegen zwischen 40 und 1.000 DMark. Die Jungakademiker kommen mit Geldbußen und Strafen auf Bewährung davon. Gegen Angehörige der Stadtpolizei werden 143 Verfahren eröffnet. Lediglich 14 Polizisten werden aber mit Anklagen konfrontiert. Vier Ordnungshüter werden rechtskräftig verurteilt. Darunter ist nur ein Stadtpolizist, der an den Einsätzen vor Ort beteiligt war. Die drei Anderen sind als Aufseher in der Polizeihaftanstalt tätig. Der Bezirksausschuss Schwabing-Freimann protestiert in einer Resolution gegen die Ausschreitungen, die das „Machwerk verantwortungsloser, ortsfremder Elemente“ gewesen sei und bedankt sich ausdrücklich bei der Münchner Polizei für das mutige und tatkräftige Einschreiten.

26. Juni 1962 – 250 Demonstranten treffen sich am Monopteros



München-Lehel - Englischer Garten * Am Monopteros im Englischen Garten treffen sich rund 250 Protestierer zu einer vom Ordnungsamt verbotenen Kundgebung. Doch statt der Protestkundgebung wird über die Ereignisse der Schwabinger Krawalle diskutiert und in einer Resolution eine genaue Überprüfung der Vorfälle und die Kennzeichnung der Polizisten mit Dienstnummern gefordert. Die Versammlung wird aufmerksam von der Polizei beobachtet. Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität distanziert sich per Flugblatt von den Protesten.

29. Juni 1962 – Das Studentenparlament missbilligt das Verhalten der Protestierer

München-Maxvorstadt * Das Studentenparlament der Ludwig-Maximilians-Universität missbilligt das „teilweise kriminelle Verhalten“ einzelner Protestierer. Es schreibt aber die Hauptschuld an den Ausschreitungen bei den Schwabinger Krawallen dem „unklugen und rücksichtslosen Vorgehen der Polizei“ zu.

1. September 1962 – Der AStA veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Krawallen

München-Maxvorstadt * Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Schwabinger Krawallen. Er stellt fest, dass es sich dabei insgesamt um keine Studentenunruhen gehandelt hat. Nur an den ersten Protestabenden waren Studenten führend beteiligt. Der Stadtpolizei wird ein „taktisch unkluges Vorgehen“ bescheinigt.

4. Juli 1966 – Steine und Tintenfässer fliegen gegen das US-Generalkonsulat

München-Maxvorstadt * Am amerikanischen Unabhängigkeitstag demonstrieren Kriegsgegner gegen den Vietnamkrieg, in den Amerika 1963 militärisch eingegriffen hat. Steine und Tintenfässer fliegen gegen das Gebäude. Das Generalkonsulat in München wird zum Symbol eines US-Imperialismus und damit zur Zielscheibe zahlreicher Protestaktionen.

7. November 1968 – Beate Klarsfeld ohrfeigt Bundeskanzler Kiesinger

Berlin * Beate Klarsfeld verschafft sich mit einer Pressekarte Zugang zum CDU-Parteitag in der Berliner Kongresshalle und ohrfeigt den deutschen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der der



NSDAP seit 1933 angehört hatte, wegen seiner Nazi-Vergangenheit. Beate Klarsfeld wird noch an demselben Tag zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird jedoch zur Bewährung ausgesetzt. „Es war eine symbolische Aktion der jungen Generation, der Nazi-Kinder gegen die Nazi-Väter“, sagt Beate Klarsfeld.

8. Oktober 1969 – Die Konche des Ludwig II.-Denkmals wird entfernt

München-Au - München-Isarvorstadt * Aufgrund eines Beschlusses des Stadtrats vom 8. Oktober 1969 werden die Reste des Denkmalbaus (Konche) auf der Corneliusbrücke im Winter 1969/70 samt aufgestockter Terrasse und Treppenanlage abgebaut. Das geschieht freilich gegen den Protest der „Königstreuen“.

25. November 1969 – John Lennon gibt aus Protest seinen MBE-Orden zurück

London * John Lennon schickt seinen Orden Member of the British Empire zurück, um damit gegen die britische Nigeria-Politik und den Vietnam-Krieg zu protestieren.

1970 – Letzte Reste der Ludwig-II.-Denkmal-Anlage abgetragen

München-Au - München-Isarvorstadt * Die noch vorhandene Denkmal-Anlage auf der Corneliusbrücke für König Ludwig II. wird - gegen Proteste der Bevölkerung - abgetragen.

24. November 1972 – Ein Protestsong wird zu einem beliebten Weihnachtslied

Großbritannien * Der John Lennon/Yoko Ono-Song „Happy Xmas (War Is Over)“ erscheint jetzt auch in Großbritannien. Auf der B-Seite befindet sich „Listen, The Snow Is Falling“, eine Komposition von Yoko Ono. Das Protestlied gegen den Vietnamkrieg hat sich inzwischen zu einem klassischen Weihnachtslied entwickelt, das es sogar unter die ersten zehn Plätze der beliebtesten Weihnachtslieder geschafft hat.

10. Juli 1978 – Das Bayerische Kultusministerium schließt die Schack-Galerie

München-Lehel * Das Bayerische Kultusministerium schließt die Schack-Galerie. Die besten



Stücke der Sammlung sollen in die Neue Pinakothek wandern, der Rest im Depot Aufnahme finden. „Angesichts der jüngsten Terroranschläge“, so die Begründung, sei „die Sicherheit der benachbarten Staatskanzlei“ nicht mehr garantiert. Erst der Protest von Museumsfachleuten, Fachverbänden und der Presse beendete das, wie sich die Süddeutsche Zeitung ausdrückt, das „Münchner Trauerspiel“.

9. November 1979 – Kirchenproteste gegen den Film „Das Leben des Brian“

York * Der Erzbischof von York ruft alle Christen und besorgten Bürger auf, die zuständigen Gremien vor dem Film „Das Leben des Brian“ zu warnen, „so wie in anderen Fällen, wo es schien, dass ein Film den Wert des Menschen missachtet [...]“. Wie viele andere religiöse Kritiker hat auch er den Film zuvor nicht gesehen.

6. November 1980 – 2.000 Rekruten legen auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab

München-Maxvorstadt * Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr legen 2.000 Rekruten auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab. Generalmajor Wolfgang Kessler und Ministerpräsident Franz Josef Strauß sprechen dabei von der „Erhaltung des Friedens durch Abschreckung“. Die Vereidigung auf dem Königsplatz ruft Erinnerungen an die Aufmärsche während der NS-Zeit wach, weshalb parallel zur Gelöbnisfeier eine Protestveranstaltung der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung stattfindet. Transparente mit der Aufschrift „Auf Hitlers Plattenmeer gelobt nunmehr die Bundeswehr“ werden von den Demonstranten mitgetragen.

März 1983 – Der Widerstand vernetzt sich überregional

Schwandorf * An den Protesten in der Region beteiligen sich neben Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden zunehmend auch überregionale Gruppen der Anti-Atomkraft-Bewegung.

Oktober 1984 – Andachten und Spaziergänge verbinden den Widerstand

Wackersdorf * Regelmäßige ökumenische Andachten, Bittgänge und „Sonntags-Spaziergänge“ verbinden kirchliche, bürgerschaftliche und umweltpolitische Formen des Protests.



11. Dezember 1985 – Die Rodung des Taxöldener Forstes beginnt

Wackersdorf * Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am Vortag einen Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Genehmigung zurückgewiesen hat, beginnt die DWK mit der Rodung des Baugeländes im Taxöldener Forst. Ein massives Polizeiaufgebot sichert die Arbeiten gegen Proteste und Besetzungsversuche. Damit beginnt die sichtbare Umsetzung des WAA-Projekts.

21. Dezember 1985 – Die „Freie Republik Wackerland“ entsteht

Wackersdorf * Während einer Weihnachtspause der Rodungsarbeiten besetzen WAA-Gegner das Gelände erneut und errichten ein zweites, deutlich größeres Hüttendorf. In den folgenden Tagen entstehen mehr als 50 Hütten, Zelte und Baumhäuser. Die Besetzer nennen das Protestdorf – in Anlehnung an die „Freie Republik Wendland“ – die „Freie Republik Wackerland“.

24. Dezember 1985 – Weihnachten in der „Freien Republik Wackerland“

Wackersdorf * Die Bewohner des Hüttendorfs und zahlreiche Unterstützer feiern gemeinsam Heiligabend in der „Freien Republik Wackerland“. Die friedliche Weihnachtsfeier findet große öffentliche und mediale Beachtung und macht das Protestdorf weit über die Oberpfalz hinaus bekannt.

31. Dezember 1985 – Ein Holzkreuz wird zum Symbol des christlichen Widerstands

Wackersdorf * Bei einer Jahresschlussandacht in der „Freien Republik Wackerland“ segnet Pfarrer Andreas Schlagenhauser ein zehn Meter hohes Holzkreuz. Die Christusfigur schnitzt der Burglengenfelder Bildhauer Stefan Preisl direkt im Hüttendorf aus einem Fichtenstamm. Kreuz und Andacht unterstreichen die große Bedeutung des christlich geprägten Widerstands gegen die WAA.

5. Januar 1986 – Kulturfest in der „Freien Republik Wackerland“

Wackersdorf * Etwa 15.000 Menschen besuchen am 5. und 6. Januar ein zweitägiges Kultur- und Solidaritätsfest im Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Zu den Höhepunkten gehört der



gemeinsame Auftritt des Kabarettisten Gerhard Polt und der Biermösl Blosn auf der sogenannten „WAAldbühne“. Mit Musik, Kabarett und politischen Beiträgen bekunden die Künstler ihre Solidarität mit den Bewohnern des Protestdorfs und den Gegnern der WAA.

7. Januar 1986 – Die „Freie Republik Wackerland“ wird geräumt

Wackersdorf * Nach 18 Tagen räumen rund 3.000 Polizisten und Bundesgrenzschützer das zweite Hüttendorf „Freie Republik Wackerland“. Mehr als 700 Besetzer, die das Gelände nicht freiwillig verlassen, werden festgenommen oder vorübergehend in Gewahrsam genommen. Anschließend reißen die Einsatzkräfte die Hütten und Baumhäuser ab. Bei der Räumung der „Freien Republik Wackerland“ sägen Einsatzkräfte das Holzkreuz ab und entfernen es vom Gelände. Die Christusfigur wird kurze Zeit später zurückgegeben und von WAA-Gegnern zum nahe gelegenen Franziskus-Marterl gebracht. Dort wird sie an einem Baum befestigt.

2. März 1986 – Erna Sielka stirbt am Bauzaun

Wackersdorf * Die 61-jährige Wackersdorferin Erna Sielka erleidet am Bauzaun einen Herzinfarkt, nachdem sie kurz zuvor ein Gerangel zwischen WAA-Gegnern und der Polizei miterlebt hat. Demonstranten und Polizeisanitäter versuchen vergeblich, sie wiederzubeleben. Ihr Tod überschattet die Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

30. März 1986 – Die Osterproteste beginnen

Wackersdorf * Am Ostersonntag demonstrieren rund 30.000 Menschen am WAA-Baugelände. Während die große Mehrheit friedlich protestiert, versuchen kleinere militante Gruppen, den Bauzaun zu beschädigen oder zu überwinden. Die Polizei setzt Wasserwerfer ein. Die Auseinandersetzungen markieren den Beginn eines von heftigen Konflikten geprägten Osterwochenendes.

31. März 1986 – 100.000 Menschen beim Ostermarsch - ein Demonstrant stirbt

Wackersdorf * Am Ostermontag demonstrieren rund 100.000 Menschen gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Die überwiegende Mehrheit protestiert friedlich; am Bauzaun kommt es jedoch erneut zu Auseinandersetzungen. Die Polizei setzt Wasserwerfer sowie CN- und



erstmalig in großem Umfang CS-Reizgas gegen Demonstranten ein. Der 38-jährige Ingenieur Alois Sonnleitner erleidet einen schweren Asthmaanfall und stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus. Ein Zusammenhang mit dem CS-Gas-Einsatz wird vermutet, bleibt jedoch medizinisch und politisch umstritten.

10. Mai 1986 – Anti-Atom-Protest auf dem Marienplatz

München-Graggenau * Auf dem Münchner Marienplatz demonstrieren zahlreiche Menschen gegen die Nutzung der Kernenergie und die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erhält die Anti-Atom-Bewegung starken zusätzlichen Zulauf.

19. Mai 1986 – Die „Pfungtschlacht von Wackersdorf“

Wackersdorf * Am Pfingstmontag erreichen die Auseinandersetzungen am WAA-Bauzaun ihren Höhepunkt. Die Polizei setzt Schlagstöcke, Wasserwerfer und Reizgas ein; Reizstoffkörper werden auch aus Hubschraubern abgeworfen. Die Ereignisse gehen als „Pfungtschlacht von Wackersdorf“ in die Geschichte ein. Mehrere Hundert Menschen werden auf beiden Seiten verletzt. Die Angaben schwanken jedoch erheblich: Während das Historische Lexikon Bayerns rund 400 Verletzte nennt, sprechen zeitgenössische Protestchroniken von mehreren Tausend Betroffenen. Die höheren Zahlen schließen offenbar auch leichtere Beschwerden infolge des Reizgaseinsatzes ein.

22. Mai 1986 – Der Bayerische Rundfunk blendet den „Scheibenwischer“ aus

München * Nur wenige Tage nach den schweren Pfingstausschreitungen in Wackersdorf verweigert der Bayerische Rundfunk die Ausstrahlung einer atomkritischen Ausgabe der ARD-Kabarettssendung „Scheibenwischer“. Die Sendung unter der Leitung von Dieter Hildebrandt reagiert auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und setzt sich satirisch mit Kernenergie, radioaktiver Belastung und der Informationspolitik der Behörden auseinander. Besondere Kritik der BR-Führung richtet sich gegen den von Lisa Fitz vorgetragenen Sketch „Der verstrahlte Großvater“. BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller fordert zunächst vergeblich, die Ausgabe im gesamten ARD-Programm abzusetzen. Nachdem sich die übrigen Rundfunkanstalten weigern, koppelt der Bayerische Rundfunk sein Fernsehprogramm für die gesamte Dauer der Sendung aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Die „Scheibenwischer“-Ausgabe ist deshalb in



Bayern nicht zu sehen. Die Entscheidung löst heftige Proteste aus. Zahlreiche Zuschauer beschwerten sich telefonisch beim Sender; zeitweise sind die Leitungen überlastet. Videokopien der Sendung werden in Bayern verbreitet und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgeführt. Medien, Künstler und Oppositionspolitiker bewerten das Vorgehen als Zensur und werfen dem Bayerischen Rundfunk politische Rücksichtnahme auf die atomkraftfreundliche Staatsregierung vor. Der BR weist diesen Vorwurf zurück und begründet die Nichtausstrahlung mit Inhalt und Form der satirischen Beiträge. Der Vorgang verstärkt bei vielen WAA-Gegnern den Eindruck, dass nicht nur um ein Industrieprojekt, sondern auch um Meinungsfreiheit, unabhängige Berichterstattung und die demokratische Kontrolle staatlicher Entscheidungen gestritten wird.

7. Juni 1986 – Österreichische WAA-Gegner werden zurückgewiesen

Bayerisch-österreichische Grenze * Die Bayerische Grenzpolizei verweigert mehreren Hundert österreichischen WAA-Gegnern die Einreise. Unter anderem werden am Grenzübergang Kiefersfelden sieben Busse mit rund 400 Demonstranten zurückgewiesen, die zu einer Kundgebung nach Wackersdorf fahren wollen. Die Behörden begründen die Maßnahme mit dem Ausländergesetz und möglichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Aus Protest blockieren Demonstranten zeitweise die Autobahn auf österreichischer Seite.

28. Juni 1986 – Die Einreiseverbote lösen einen politischen Konflikt aus

Bayerisch-österreichische Grenze * Die bayerischen Behörden hindern erneut mehr als 300 österreichische WAA-Gegner an der Einreise zu einer Kundgebung in Wackersdorf. Das Vorgehen löst in Österreich heftige Proteste aus. Politiker, Kommunen und Anti-Atom-Initiativen kritisieren die Zurückweisungen als Einschränkung demokratischer Rechte. Besonders die Stadt und das Land Salzburg engagieren sich zunehmend gegen die WAA. Aus dem Streit entwickelt sich ein länger anhaltender politischer Konflikt zwischen Bayern und Österreich, den die Medien später als „Alpenfehde“ bezeichnen.

26. Juli 1986 – Das „deutsche Woodstock“ wird zum Höhepunkt des Widerstands

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 26. und 27. Juli das fünfte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Mehr als 100.000 Menschen reisen nach Burglengenfeld und machen die Veranstaltung zum bis dahin größten Rockkonzert der Bundesrepublik. Das später als „deutsches Woodstock“ bezeichnete Festival bildet zugleich den kulturellen Höhepunkt des



Widerstands gegen die WAA. Auf der Bühne stehen unter anderem BAP, Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg, Die Toten Hosen, Rio Reiser, Haindling, die Biermösl Blosn, Wolf Maahn, Wolfgang Ambros, Purple Schulz, Anne Haigis, Marian Gold, Kevin Coyne, Herwig Mitteregger, Fritz Brause, die Rodgau Monotones, Die Firma, das Frankfurter Kurorchester, Chris McGregor und Théâtre du Pain. Viele Künstler verzichten ganz oder weitgehend auf ihre Gagen und bekunden öffentlich ihre Solidarität mit den WAA-Gegnern. Rund 7.000 Polizisten begleiten und überwachen die Veranstaltung. Entgegen den zuvor geäußerten Befürchtungen bleibt das Festival vollständig friedlich. Die Bilder der riesigen, gewaltfrei protestierenden Menschenmenge finden bundesweit Beachtung und verändern die öffentliche Wahrnehmung des WAA-Widerstands.

August 1986 – Papst Johannes Paul II. bekräftigt die Existenz des Satans

Rom-Vatikan * Papst Johannes Paul II. bekräftigt die Existenz des Satans. Hexenangst ist aber beileibe keine rein katholische Angelegenheit. Hexenglauben findet sich auch unter Protestanten. Vor allem pietistisch geprägte Richtungen innerhalb der protestantischen Konfession bejahen eine angstbesetzte Vorstellung vom Teufel.

29. September 1986 – Pfeifkonzert gegen Franz Josef Strauß

Schwandorf * Bei einem Wahlkampfauftritt von Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Schwandorfer Sepp-Simon-Stadion protestieren mehrere Hundert WAA-Gegner innerhalb und außerhalb des Stadions. Mit einem anhaltenden Pfeif- und Brüllkonzert bringen sie ihre Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage und der Politik der Staatsregierung zum Ausdruck. Ein außergewöhnlich großes Polizeiaufgebot sichert die Veranstaltung.

29. September 1986 – Pfeifkonzert gegen Franz Josef Strauß

Schwandorf * Bei einem Wahlkampfauftritt von Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Schwandorfer Sepp-Simon-Stadion protestieren mehrere Hundert WAA-Gegner innerhalb und außerhalb des Stadions. Mit einem anhaltenden Pfeif- und Brüllkonzert bringen sie ihre Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage und der Politik der Staatsregierung zum Ausdruck. Ein außergewöhnlich großes Polizeiaufgebot sichert die Veranstaltung.



November 1986 – Baufortschritt und juristische Aufarbeitung

Wackersdorf - Schwandorf * Während die Arbeiten auf dem WAA-Gelände fortgesetzt und die Baustelleneinrichtungen erweitert werden, beschäftigen die zurückliegenden Proteste zunehmend Polizei und Justiz. Gegen zahlreiche Demonstranten laufen Ermittlungs- und Strafverfahren, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung. Zugleich werden einzelne Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht. Sie betreffen unter anderem unverhältnismäßige Gewaltanwendung bei Demonstrationen, Räumungen und Festnahmen. Der WAA-Konflikt verlagert sich damit zunehmend vom Bauzaun in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte.

April 1987 – Der Kampf um die öffentliche Meinung geht weiter

Wackersdorf - Schwandorf * Die DWK und ihre Tochtergesellschaften weiten ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Wiederaufarbeitungsanlage aus. Sie betreiben Informationszentren auf dem ehemaligen BBI-Gelände und in Schwandorf, werben für die versprochenen Arbeitsplätze und unterstützen örtliche Einrichtungen und Vereine. Das Sponsoring soll die gesellschaftliche Akzeptanz des Projekts in der Region erhöhen. Die WAA-Gegner setzen ihre vielfältigen Protestaktionen fort. Ökumenische Andachten am Franziskus-Marterl, Sonntagsspaziergänge zum Bauzaun, Blockaden, Kulturveranstaltungen und grenzüberschreitende Aktionen halten den Widerstand öffentlich sichtbar. Der Konflikt wird damit zunehmend auch als Kampf um Zustimmung, Deutungshoheit und gesellschaftlichen Einfluss geführt.

8. August 1987 – Das sechste Anti-WAAhnsinns-Festival

Burglengenfeld * Auf dem Lanzenanger findet am 8. und 9. August das sechste Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Nach dem Großereignis des Vorjahres rücken wieder kleinere und regionale Musikgruppen in den Mittelpunkt. Das Festival hält den kulturellen Protest gegen die WAA öffentlich sichtbar. Auf der Bühne stehen Kevin Coyne, Mr. Booze, Sachwerk, Grand Slam, Rock-'n'-Rolls-Royce and the Brass Brothers Connection, Männer ohne Nerven, Fancy Guts, Einfürst, Apfelkuchen, Sacco & Mancetti, Stargazer und Müngersdorfer Stadion.

Oktober 1987 – Debatte über Gewalt und Gewaltfreiheit



Wackersdorf * Brandanschläge, beschädigte Baumaschinen und umgesägte Strommasten verschärfen den Konflikt um die WAA. Die Taten werden überwiegend militanten beziehungsweise autonomen Gruppen zugerechnet. Bürgerinitiativen, kirchliche Gruppen und andere Vertreter des regionalen Widerstands distanzieren sich ausdrücklich von Gewalt und halten am friedlichen Protest fest. Innerhalb der Anti-WAA-Bewegung intensiviert sich zugleich die Debatte über Aktionsformen, Militanz und die Grenzen des zivilen Ungehorsams.

Oktober 1987 – Gauweilers RAF-Vergleich verschärft den Konflikt

München * Der bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler stellt öffentlich eine Verbindung zwischen militanten Teilen des Widerstands gegen die WAA und der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) her. Vertreter der Bürgerinitiativen weisen den Vergleich zurück und betrachten ihn als Versuch, die Protestbewegung zu kriminalisieren. Die Äußerungen heizen die ohnehin angespannte Stimmung vor der Großdemonstration am 10. Oktober zusätzlich an und vertiefen die politische Konfrontation zwischen Staatsregierung und WAA-Gegnern.

3. August 1988 – Erörterungstermin wird vorzeitig beendet

Neunburg vorm Wald * Nach 23 Tagen erklärt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen den Erörterungstermin zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung vorzeitig für beendet. Vorausgegangen sind anhaltende Auseinandersetzungen über den Ablauf und eine Protestaktion der Umweltorganisation Robin Wood, deren Aktivisten gelbe, als Atommüllbehälter gekennzeichnete Fässer in die Stadthalle rollen. Die Genehmigungsbehörde begründet die Beendigung mit den wiederholten Störungen. WAA-Gegner kritisieren dagegen, dass zahlreiche Einwendungen und sicherheitsrelevante Fragen nicht abschließend behandelt worden seien. Der umstrittene Abbruch beschäftigt später auch den Bayerischen Landtag.

6. September 1988 – „Salzburger Protestspiele“ gegen die WAA

Regensburg * Österreichische WAA-Gegner veranstalten in Regensburg die „Salzburger Protestspiele“. Künstler, Musiker und Aktivisten bringen den grenzüberschreitenden Widerstand mit kulturellen und politischen Beiträgen zum Ausdruck. Zu den Mitwirkenden gehört der österreichische Musiker Falco. Die Veranstaltung unterstreicht die enge Zusammenarbeit zwischen der oberpfälzischen und der österreichischen Anti-Atom-Bewegung. Die genaue



Abfolge und die einzelnen Spielorte innerhalb Regensburgs sind in den bislang ausgewerteten Quellen nicht eindeutig angegeben.

1. Oktober 1988 – Ärzte warnen vor den Gesundheitsgefahren der WAA

Wackersdorf * Rund 600 Ärzte und andere Angehörige medizinischer Berufe aus Deutschland und Österreich demonstrieren gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. Viele tragen als sichtbares Zeichen ihres Berufs weiße Kittel. Vom Wackersdorfer Marktplatz ziehen sie zum WAA-Gelände und warnen vor den gesundheitlichen Folgen radioaktiver Belastung. Zu den Teilnehmern gehören der Internist Herbert Begemann und der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. Richter bezeichnet die geplante WAA als Symbol einer „technokratischen Hybris“. Eine Podiumsdiskussion ergänzt die Protestveranstaltung.

1. November 1988 – Künstler protestieren gegen die WAA

Wackersdorf * Beim „Tag der Künstler gegen Wackersdorf“ setzen Kulturschaffende aus Bayern und Österreich ein öffentliches Zeichen für eine atomfreie Zukunft. An der grenzüberschreitenden Protestveranstaltung beteiligen sich unter anderem Künstler aus dem Umfeld des Salzburger Landestheaters. Kulturelle Beiträge, Gespräche und Aktionen verbinden den politischen Protest mit künstlerischen Ausdrucksformen.

31. Mai 1989 – Baustopp - das Ende der WAA Wackersdorf

Wackersdorf * Die DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH (DWW), die Projektgesellschaft der DWK, stellt die Bauarbeiten auf dem WAA-Gelände offiziell ein. Zugleich verzichtet sie darauf, den Sofortvollzug der ersten Teilerrichtungsgenehmigung weiter in Anspruch zu nehmen. Das Haupttor der Baustelle wird symbolisch geschlossen. Nach jahrelangen Protesten, gerichtlichen Auseinandersetzungen und steigenden Kosten ist das WAA-Projekt damit praktisch beendet. WAA-Gegner versammeln sich am sogenannten Roten Kreuz und feiern den Baustopp zunächst noch mit vorsichtiger Freude. Der 31. Mai 1989 gilt als entscheidender Schlusspunkt der WAA Wackersdorf; die bundespolitische Absicherung folgt am 6. Juni.



3. Juni 1989 – Letzte große Anti-WAA-Kundgebung in München

München-Graggenau * Auf dem Odeonsplatz findet wenige Tage nach dem Baustopp die letzte große Münchner Anti-WAA-Kundgebung statt. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und langjährige Aktivisten feiern das Ende des Projekts in Wackersdorf. Zugleich warnen die Teilnehmer davor, das Problem lediglich ins Ausland zu verlagern. Der Protest richtet sich deshalb auch gegen die geplante Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im französischen La Hague und im britischen Sellafield. Die Kundgebung verbindet Siegesfeier und Forderung nach einem grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie.

15. Juli 1989 – Das letzte Anti-WAAhnsinns-Festival

Burglengenfeld * Wenige Wochen nach dem Baustopp in Wackersdorf findet auf dem Lanzenanger das siebte und letzte Anti-WAAhnsinns-Festival statt. Rund 20.000 Menschen besuchen die zweitägige Veranstaltung, die Protestfestival und Feier über das absehbare Ende der WAA zugleich ist. Auf der Bühne stehen unter anderem Robert Cray, Udo Lindenberg, Ten Years After, Blue Cheer, Al Stewart, Georg Danzer, Herman Brood & His Wild Romance, Wolf Maahn, Phillip Boa and the Voodooclub, Biermösl Blosn, Peter Cornelius, Czeslaw Niemen, The Blues Band, The Daltons, Pankow, Groundhogs und Hans Söllner. Mit diesem Festival endet die Reihe der sieben Anti-WAAhnsinns-Festivals, die seit 1982 Musik und Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage verbinden.

6. Dezember 1992 – Lichterkette gegen Ausländerhass

München * 400.000 Münchnerinnen und Münchner protestieren mit Kerzen und Fackeln gegen brutale Übergriffe auf Ausländer.

1993 – Die Deutsche Eiche soll entkernt und gewinnbringend genutzt werden

München-Isarvorstadt * Das Haus in der Reichenbachstraße 13, in dem sich die Deutsche Eiche befindet, soll „entkernt“ und gewerblich gewinnbringend gestaltet werden. Nach weltweiten Protesten trennt sich die Grund- und Hausbesitzerin Monachia von der „problematischen Immobilie“. Dietmar Holzapfel, sein Vater Nicki Holzapfel und Dietmars Partner Josef Sattler kaufen gemeinsam die heruntergekommene und renovierungsbedürftige Deutsche Eiche.



2000 – Die evangelische Lukaskirche muss dringend saniert werden

München-Lehel * Die evangelische Lukaskirche erregt die Gemüter, als sich aus einer großen Rosette Steine lösen und auf einen Spielplatz fallen. Zum Glück passiert nichts, außer dass endlich mit der dringend notwendigen Sanierung begonnen wird.

12. November 2002 – Der Leichnam der evangelischen Königin Therese wird umgebettet

München-Maxvorstadt * Der inzwischen stark beschädigte Zinksarg - der 1854 verstorbenen und 1857 in die Sankt-Bonifazius-Kirche überführten Königin Therese - wird aus der Gruft geholt und in einen eigens angefertigten Marmorsarkophag an der Rückseite des Königsgrabes abgestellt.

8. November 2009 – Gedenktafel an die Reichskristallnacht am Alten Rathauses angebracht

München-Graggenau * Nach Protesten aus der Bevölkerung wird eine Kopie der Gedenktafel an die Reichskristallnacht neben dem Eingang des Alten Rathauses angebracht und enthüllt.

2011 – Nur noch 60 Prozent Christen in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland * Der Anteil der Christen an der Bevölkerung in Deutschland sinkt innerhalb von fünf Jahren um drei Prozent. Die evangelischen Kirchenmitglieder sinken in diesem Zeitraum um gut zwei Millionen auf 23,6 Millionen. Die Zahl der Katholiken sinkt um gut 1,5 Millionen auf 24,5 Millionen. Von rund 80 Millionen Bewohnern Deutschlands sind nur mehr 48,1 Millionen christlichen Glaubens. Das sind sechzig Prozent.

1. Juni 2018 – Ein Kreuz im Eingangsbereich der bayerischen Dienstgebäude

Freistaat Bayern * In jedem Dienstgebäude des Freistaats Bayern muss ein Kreuz angebracht werden. Das löst Proteste und deutschlandweit eine kontroverse Diskussion aus. Selbst Vertreter der christlichen Kirchen widersprechen dem Beschluss. Auch deshalb, weil Ministerpräsident Markus Söder erklärt: „Das Kreuz ist nicht ein Zeichen einer Religion.“ Im Kreuz spiegle sich vielmehr „unsere bayerische Identität und Lebensart“.

3. November 2022 – Klimaaktivisten kleben am Stachus



München-Kreuzviertel * Die „Letzte Generation“ setzt die Klimaproteste in München fort. Um 10:30 Uhr setzen und kleben sich 17 Aktivisten am Stachus auf die Straße und blockieren den Verkehr in beide Richtungen. Gegen 18:45 Uhr kommt es an gleicher Stelle zu einer weiteren Blockade, diesmal sind 15 Personen beteiligt. Weil sie schon am Vormittag mitgemacht haben und weitere Verkehrsstörungen ankündigen, beantragt die Polizei beim Amtsgericht erneut Gewahrsam. Der wird bei zwölf Personen für 30 Tage bis zum 2. Dezember angeordnet, die längstmögliche Dauer nach dem novellierten Bayerischen Polizeiaufgabengesetz. Zwei Aktivisten müssen am 4. November freigelassen werden, einer am 9. November.
